

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses (7. Ausschuss)

**zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksachen 16/2498, 16/2917 –**

**Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2004/109/EG
des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2004
zur Harmonisierung der Transparenzanforderungen in Bezug auf Informationen
über Emittenten, deren Wertpapiere zum Handel auf einem geregelten Markt
zugelassen sind, und zur Änderung der Richtlinie 2001/34/EG
(Transparenzrichtlinie-Umsetzungsgesetz – TUG)**

A. Problem

Mit der Transparenzrichtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2004 (Richtlinie 2004/109/EG) werden die Transparenzanforderungen für Informationen über Wertpapieremittenten harmonisiert. Es soll sichergestellt werden, dass Unternehmensinformationen europaweit bekannt gegeben und in Datenbanken verfügbar gehalten werden. Durch rechtzeitige, zutreffende und vollständige Veröffentlichung soll Anlegern eine hinreichende Grundlage für ihre Investitionsentscheidungen gegeben und das Vertrauen der Anlegerschaft in das Funktionieren des Kapitalmarktes gestärkt sowie ihre Investitionsbereitschaft gefördert werden. Die Transparenzrichtlinie ist bis zum 20. Januar 2007 in innerstaatliches Recht umzusetzen.

B. Lösung

Der Gesetzentwurf setzt die Transparenzrichtlinie in deutsches Recht um. Der Gesetzentwurf sieht insbesondere vor, dass in Abweichung von den bisherigen Regelungen die Anwendung der deutschen Veröffentlichungsvorschriften und ihre Beaufsichtigung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht künftig grundsätzlich den Sitz des Emittenten in Deutschland voraussetzt (Herkunftsstaatsprinzip). Ferner wird die Eingangsmeldeschwelle für Stimmrechtsmitteilungen auf 3 v. H. festgelegt. Darüber hinaus setzt die Vorlage Pflichten zu Inhalt, Veröffentlichung und Speicherung von Jahres- und Halbjahresfinanzberichten sowie von Zwischenmitteilungen der Geschäftsführung um. Dabei soll der „Bilanzzeit“ zusätzlich sicherstellen, dass die für die Finanzberichte maßgeblichen Verhältnisse des Unternehmens zutreffend dargestellt werden. Das bestehende Enforcement-Regime wird auf die inhaltliche Überprüfung der Halbjahresfinanzberichte ausgedehnt. Für Insolvenzfälle wird die Erfüllung der

Kapitalmarktpflichten sichergestellt. Darüber hinaus ist vorgesehen, Mitteilungen von Aktien- und Schuldtitelemittenten insbesondere über die Haupt- und Gläubigerversammlungen sowie über die Dividenden- und Zinszahlungen ausschließlich im elektronischen Bundesanzeiger zu veröffentlichen. Mit Änderungen des Kreditwesengesetzes, des Versicherungsaufsichtsgesetzes sowie des Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetzes (WpÜG) soll der erforderliche Gleichlauf mit den Zurechnungsnormen bei Stimmrechtsmitteilungen im Wertpapierhandelsgesetz hergestellt werden.

Der Finanzausschuss empfiehlt insbesondere folgende Änderungen des Gesetzesentwurfs:

- Beschränkung des Enforcements der Halbjahresfinanzberichte auf anlassbezogene Prüfungen;
- Wahlrecht zur prüferischen Durchsicht von Halbjahresfinanzberichten;
- flexibler Zeitrahmen für den Mitteilungszeitraum der Zwischenmitteilung der Geschäftsführung;
- Übergangsregelung für die elektronische Einladung zur Hauptversammlung sowie für die Veröffentlichungen in einem Börsenpflichtblatt;
- Ausnahmen von der Übersetzung bei Veröffentlichungen aus Drittstaaten;
- Einführung eines Wissensvorbehalts beim Bilanzzeitid;
- Ahndung einer Nichtabgabe des Bilanzzeitids als Ordnungswidrigkeit;
- Änderung der Stimmrechtszurechnung nach § 30 Abs. 1 WpÜG im Konzern;
- Herabsetzung der Gebühr für die Führung des Unternehmensregisters.

Annahme in geänderter Fassung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Der Finanzausschuss empfiehlt darüber hinaus die Annahme einer Entschliebung, in der die Bundesregierung aufgefordert wird, zu den Erfahrungen mit der Veröffentlichung von Informationen im Sinne des § 30b Abs. 1 und 2 des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG) sowohl im elektronischen Bundesanzeiger wie auch in einem Börsenpflichtblatt einen Bericht vorzulegen. Ferner soll die Bundesregierung in dem Bericht auf die praktischen Erfahrungen mit der bestehenden Auslegungspraxis der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht eingehen, nach der bei Erstellung von Wertpapierprospekten eine Hinweisbekanntmachung in Wirtschafts- oder Tageszeitungen (§ 14 Abs. 3 Satz 2 des Wertpapierprospektgesetzes – WpPG) auch für die Veröffentlichung sog. Final Terms (§ 8 Abs. 1 Satz 6 WpPG) verlangt wird.

Einstimmige Annahme

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Zusätzliche Ausgaben für die öffentlichen Haushalte des Bundes und der Länder sind nicht zu erwarten.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Gesetzentwurf auf den Drucksachen 16/2498, 16/2917 in der aus der nachstehenden Zusammenstellung ersichtlichen Fassung anzunehmen;
2. folgende EntschlieÙung anzunehmen:

„Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, zur Jahresmitte 2008 einen Bericht vorzulegen über die praktischen Erfahrungen mit den durch das Transparenzrichtlinie-Umsetzungsgesetz neu gefassten Pflichten zu Veröffentlichungen der Emittenten betreffend Hauptversammlungen, Dividendenzahlungen, Ausgabe neuer Aktien und ähnliches sowie Gläubigerversammlungen, Zinszahlungen und Umtausch-, Zeichnungs- und Kündigungsrechte (§ 30b Abs. 1 und 2 Wertpapierhandelsgesetz). Der Bericht soll insbesondere eingehen auf die Erfahrungen mit der Übergangsregelung, nach der diese Veröffentlichungen bis zum 31. Dezember 2008 nicht nur im elektronischen Bundesanzeiger sondern auch in einem Börsenpflichtblatt vorzunehmen sind (§ 46 Abs. 4 Wertpapierhandelsgesetz). Der Bericht soll außerdem eingehen auf die praktischen Erfahrungen mit der bestehenden Auslegungspraxis der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, bei der Erstellung von Wertpapierprospekten eine Hinweisbekanntmachung in Wirtschafts- oder Tageszeitungen (§ 14 Abs. 3 Satz 2 Wertpapierprospektgesetz) auch für die Veröffentlichung sog. final terms (§ 8 Abs. 1 Satz 6 Wertpapierprospektgesetz) zu verlangen.“

Berlin, den 29. November 2006

Der Finanzausschuss

Eduard Oswald
Vorsitzender

Georg Fahrenschon
Berichterstatter

Nina Hauer
Berichterstatterin

Frank Schäffler
Berichterstatter

Zusammenstellung

des Entwurfs eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2004 zur Harmonisierung der Transparenzanforderungen in Bezug auf Informationen über Emittenten, deren Wertpapiere zum Handel auf einem geregelten Markt zugelassen sind, und zur Änderung der Richtlinie 2001/34/EG (Transparenzrichtlinie-Umsetzungsgesetz – TUG)*
– Drucksachen 16/2498, 16/2917 –
mit den Beschlüssen des Finanzausschusses (7. Ausschuss)

Entwurf

Beschlüsse des 7. Ausschusses

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2004 zur Harmonisierung der Transparenzanforderungen in Bezug auf Informationen über Emittenten, deren Wertpapiere zum Handel auf einem geregelten Markt zugelassen sind, und zur Änderung der Richtlinie 2001/34/EG (Transparenzrichtlinie-Umsetzungsgesetz – TUG)*

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Inhaltsübersicht

Artikel 1	Änderung des Wertpapierhandelsgesetzes
Artikel 2	Änderung der Wertpapierhandelsanzeige- und Insiderverzeichnisverordnung
Artikel 3	Änderung des Börsengesetzes
Artikel 4	Änderung der Börsenzulassungs-Verordnung
Artikel 5	Änderung des Handelsgesetzbuchs
Artikel 6	Änderung des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuche
Artikel 7	Änderung des Investmentgesetzes
Artikel 8	Änderung des Kreditwesengesetzes
Artikel 9	Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes
Artikel 10	Änderung des Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetzes
Artikel 11	Änderung des Wertpapierprospektgesetzes
Artikel 12	Änderung des Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetzes
Artikel 13	Änderung des Aktiengesetzes
Artikel 14	Änderung <i>der Justizverwaltungskostenordnung</i>
Artikel 15	Inkrafttreten

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2004 zur Harmonisierung der Transparenzanforderungen in Bezug auf Informationen über Emittenten, deren Wertpapiere zum Handel auf einem geregelten Markt zugelassen sind, und zur Änderung der Richtlinie 2001/34/EG (Transparenzrichtlinie-Umsetzungsgesetz – TUG)*

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Inhaltsübersicht

Artikel 1	Änderung des Wertpapierhandelsgesetzes
Artikel 2	Änderung der Wertpapierhandelsanzeige- und Insiderverzeichnisverordnung
Artikel 3	Änderung des Börsengesetzes
Artikel 4	Änderung der Börsenzulassungs-Verordnung
Artikel 5	Änderung des Handelsgesetzbuchs
Artikel 6	Änderung des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuche
Artikel 7	Änderung des Investmentgesetzes
Artikel 8	Änderung des Kreditwesengesetzes
Artikel 9	Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes
Artikel 10	Änderung des Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetzes
Artikel 11	Änderung des Wertpapierprospektgesetzes
Artikel 12	Änderung des Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetzes
Artikel 13	Änderung des Aktiengesetzes
Artikel 14	Änderung des Münzgesetzes
Artikel 14a	Aufhebung der Verordnung über die Herstellung und den Vertrieb von Medaillen und Marken
Artikel 15	Inkrafttreten

* Dieses Gesetz dient der Umsetzung der Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2004 zur Harmonisierung der Transparenzanforderungen in Bezug auf Informationen über Emittenten, deren Wertpapiere zum Handel auf einem geregelten Markt zugelassen sind, und zur Änderung der Richtlinie 2001/34/EG (ABl. EU Nr. L 390 S. 38).

Entwurf

Beschlüsse des 7. Ausschusses

Artikel 1**Artikel 1****Änderung des Wertpapierhandelsgesetzes****Änderung des Wertpapierhandelsgesetzes**

Das Wertpapierhandelsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. September 1998 (BGBl. I S. 2708), zuletzt geändert durch Artikel 10a des Gesetzes vom 22. Mai 2005 (BGBl. I S. 1373), wird wie folgt geändert:

Das Wertpapierhandelsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. September 1998 (BGBl. I S. 2708), zuletzt geändert durch Artikel 10a des Gesetzes vom 22. Mai 2005 (BGBl. I S. 1373), wird wie folgt geändert:

- | | |
|--|--|
| 1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert: | 1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert: |
| a) Nach der Angabe zu § 2a wird folgende Angabe eingefügt:
„§ 2b Wahl des Herkunftsstaates“. | a) unverändert |
| b) Nach der Angabe zu § 10 wird folgende Angabe eingefügt:
„§ 11 Verpflichtung des Insolvenzverwalters“. | b) unverändert |
| c) Die Angabe zu § 15 wird wie folgt gefasst:
„§ 15 Mitteilung, Veröffentlichung und Übermittlung von Insiderinformationen an das Unternehmensregister“. | c) unverändert |
| d) Die Angabe zu § 15a wird wie folgt gefasst:
„§ 15a Mitteilung von Geschäften, Veröffentlichung und Übermittlung an das Unternehmensregister“. | d) unverändert |
| e) Die Angabe zur Überschrift des Abschnitts 5 wird wie folgt gefasst:
„Abschnitt 5
Mitteilung, Veröffentlichung und Übermittlung von Veränderungen des Stimmrechtsanteils an das Unternehmensregister“. | e) unverändert |
| f) Die Angabe zu § 25 wird wie folgt gefasst:
„§ 25 Mitteilungspflichten beim Halten von sonstigen Finanzinstrumenten“. | f) unverändert |
| g) Die Angabe zu § 26 wird wie folgt gefasst:
„§ 26 Veröffentlichungspflichten des Emittenten und Übermittlung an das Unternehmensregister“. | g) unverändert |
| h) Nach der Angabe zu § 26 wird folgende Angabe eingefügt:
„§ 26a Veröffentlichung der Gesamtzahl der Stimmrechte und Übermittlung an das Unternehmensregister“. | h) unverändert |
| i) Nach der Angabe zu § 29 wird folgende Angabe eingefügt:
„§ 29a Befreiungen“. | i) unverändert |
| j) Nach der Angabe zu § 29a wird folgende Angabe eingefügt:
„§ 30 Handelstage“. | j) unverändert |
| k) Nach der Angabe zu § 30 werden folgende Angaben eingefügt: | k) unverändert |

Entwurf

Beschlüsse des 7. Ausschusses

„Abschnitt 5a

Notwendige Informationen für die Wahrnehmung
von Rechten aus Wertpapieren

- § 30a Pflichten der Emittenten gegenüber Wertpapierinhabern
- § 30b Veröffentlichung von Mitteilungen und Übermittlung im Wege der Datenfernübertragung
- § 30c Änderungen der Rechtsgrundlage des Emittenten
- § 30d Vorschriften für Emittenten aus der Europäischen Union und dem Europäischen Wirtschaftsraum
- § 30e Veröffentlichung zusätzlicher Angaben und Übermittlung an das Unternehmensregister
- § 30f Befreiung
- § 30g Ausschluss der Anfechtung“.

- 1) Die Angabe zur Überschrift des Abschnitts 11 wird wie folgt gefasst:

„Abschnitt 11

Überwachung von Unternehmensabschlüssen, Veröffentlichung von Finanzberichten“.

- m) Nach der Angabe zur Überschrift des Abschnitts 11 wird folgende Angabe eingefügt:

„Unterabschnitt 1

Überwachung von Unternehmensabschlüssen“.

- n) Nach der Angabe zu § 37u werden folgende Angaben eingefügt:

„Unterabschnitt 2

Veröffentlichung und Übermittlung von Finanzberichten an das Unternehmensregister

- § 37v Jahresfinanzbericht
- § 37w Halbjahresfinanzbericht
- § 37x Zwischenmitteilung der Geschäftsführung
- § 37y Konzernabschluss
- § 37z Ausnahmen“.

- o) Nach der Angabe zu § 45 wird folgende Angabe angefügt:

„§ 46 Anwendungsbestimmung zum Abschnitt 11 Unterabschnitt 2“.

2. § 2 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 1 werden die Wörter „Zertifikate, die Aktien vertreten, Schuldverschreibungen, Genussscheine, Optionsscheine und“ gestrichen.

- bb) Nummer 2 wird wie folgt gefasst:

„2. mit Aktien vergleichbare Anlagewerte und Zertifikate, die Aktien vertreten, sowie“.

- l) unverändert

- m) unverändert

- n) unverändert

- o) Nach der Angabe zu § 45 wird folgende Angabe angefügt:

„§ 46 Anwendungsbestimmung **für das Transparenzrichtlinie-Umsetzungsgesetz**“.

2. § 2 wird wie folgt geändert:

- a) unverändert

Entwurf

- cc) Nach Nummer 2 wird folgende Nummer 3 eingefügt:
- „3. Schuldtitel, insbesondere Inhaberschuldverschreibungen und Orderschuldverschreibungen einschließlich Genussscheine, Optionscheine und Zertifikate, die Schuldtitel vertreten,“.
- b) Folgende Absätze 6 und 7 werden angefügt:
- „(6) Emittenten, für die die Bundesrepublik Deutschland der Herkunftsstaat ist, sind
1. Emittenten von Schuldtiteln mit einer Stückelung von weniger als 1 000 Euro oder dem am Ausgabebetrag entsprechenden Gegenwert in einer anderen Währung oder von Aktien,
 - a) die ihren Sitz im Inland haben und deren Wertpapiere zum Handel an einem organisierten Markt im Inland oder in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassen sind, oder
 - b) die ihren Sitz in einem Staat haben, der weder Mitgliedstaat der Europäischen Union noch Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist (Drittstaat), und deren Wertpapiere zum Handel an einem organisierten Markt im Inland oder in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassen sind, wenn das jährliche Dokument im Sinne des § 10 des Wertpapierprospektgesetzes bei der Bundesanstalt zu hinterlegen ist,
 2. Emittenten, die keine Finanzinstrumente im Sinne der Nummer 1 begeben, wenn sie im Inland oder in einem Drittstaat ihren Sitz haben und ihre Finanzinstrumente zum Handel an einem organisierten Markt *nur* im Inland zugelassen sind,
 3. Emittenten, die keine Finanzinstrumente im Sinne der Nummer 1 begeben und nicht unter Nummer 2 fallen,
 - a) wenn sie im Inland ihren Sitz haben und ihre Finanzinstrumente zum Handel an einem organisierten Markt auch oder ausschließlich in einem oder mehreren anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder in einem oder mehreren anderen Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassen sind oder
 - b) wenn sie ihren Sitz in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum haben und ihre Finanz-

Beschlüsse des 7. Ausschusses

- b) Folgende Absätze 6 und 7 werden angefügt:
- „(6) Emittenten, für die die Bundesrepublik Deutschland der Herkunftsstaat ist, sind
1. unverändert
 2. Emittenten, die keine Finanzinstrumente im Sinne der Nummer 1 begeben, wenn sie im Inland oder in einem Drittstaat ihren Sitz haben und ihre Finanzinstrumente zum Handel an einem organisierten Markt im Inland, **nicht aber in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum** zugelassen sind,
 3. unverändert

Entwurf

instrumente zum Handel an einem organisierten Markt auch oder ausschließlich im Inland zugelassen sind oder

- c) wenn sie ihren Sitz in einem Drittstaat haben und ihre Finanzinstrumente zum Handel an einem organisierten Markt im Inland und in einem oder mehreren anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder in einem oder mehreren anderen Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassen sind,

und sie die Bundesrepublik Deutschland nach Maßgabe des § 2b als Herkunftsstaat gewählt haben. Für Emittenten, die unter Buchstabe a fallen, aber keine Wahl getroffen haben, ist die Bundesrepublik Deutschland der Herkunftsstaat; das Gleiche gilt für Emittenten, die unter Buchstabe c fallen, aber keine Wahl getroffen haben, wenn das jährliche Dokument im Sinne des § 10 des Wertpapierprospektgesetzes bei der Bundesanstalt zu hinterlegen ist.

(7) Inlandsemittenten sind

1. Emittenten, für die die Bundesrepublik Deutschland der Herkunftsstaat ist, mit Ausnahme solcher Emittenten, deren Wertpapiere nicht im Inland, sondern lediglich in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassen sind, soweit sie in diesem anderen Staat Veröffentlichungs- und Mitteilungspflichten nach Maßgabe der Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2004 zur Harmonisierung der Transparenzanforderungen in Bezug auf Informationen über Emittenten, deren Wertpapiere zum Handel auf einem geregelten Markt zugelassen sind, und zur Änderung der Richtlinie 2001/34/EG (ABl. EU Nr. L 390 S. 38) unterliegen, und
2. Emittenten, für die nicht die Bundesrepublik Deutschland, sondern ein anderer Mitgliedstaat der Europäischen Union oder ein anderer Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum der Herkunftsstaat ist, deren Wertpapiere aber nur im Inland zum Handel an einem organisierten Markt zugelassen sind.“

3. Nach dem § 2a wird folgender § 2b eingefügt:

„§ 2b
Wahl des Herkunftsstaates

(1) Ein Emittent im Sinne des § 2 Abs. 6 Nr. 3 Buchstabe a bis c kann die Bundesrepublik Deutschland als Herkunftsstaat wählen, wenn er nicht innerhalb der letzten drei Jahre einen anderen Staat als Herkunftsstaat gewählt hat. Die Wahl ist mindestens drei Jahre gültig, es sei denn, die Finanzinstrumente des Emittenten sind an keinem organisierten Markt in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum mehr zum Handel zugelassen. Die Wahl ist zu ver-

Beschlüsse des 7. Ausschusses

(7) unverändert

3. unverändert

Entwurf

öffentlichen und dem Unternehmensregister im Sinne des § 8b des Handelsgesetzbuchs zur Speicherung zu übermitteln. Mit der Veröffentlichung wird die Wahl wirksam.

(2) Das Bundesministerium der Finanzen kann durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, nähere Bestimmungen zur Veröffentlichung der Wahl des Herkunftsstaates treffen.“

4. In § 7 Abs. 5 Satz 1 wird nach den Wörtern „stattgefunden hat“ das Wort „und“ durch die Wörter „oder der nach dem Recht der Europäischen Union für die Verfolgung des Verstoßes zuständig ist,“ ersetzt.
5. Nach § 10 wird folgender § 11 eingefügt:

„§ 11
Verpflichtung des Insolvenzverwalters

(1) Wird über das Vermögen eines nach diesem Gesetz zu einer Handlung Verpflichteten ein Insolvenzverfahren eröffnet, hat der Insolvenzverwalter den Schuldner bei der Erfüllung der Pflichten nach diesem Gesetz zu unterstützen, insbesondere indem er aus der Insolvenzmasse die hierfür erforderlichen Mittel bereitstellt.

(2) Wird vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens ein vorläufiger Insolvenzverwalter bestellt, hat dieser den Schuldner bei der Erfüllung seiner Pflichten zu unterstützen, insbesondere indem er der Verwendung der Mittel durch den Verpflichteten zustimmt oder, wenn dem Verpflichteten ein allgemeines Verfügungsverbot auferlegt wurde, indem er die Mittel aus dem von ihm verwalteten Vermögen zur Verfügung stellt.“

6. § 15 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„§ 15
Mitteilung, Veröffentlichung und Übermittlung von Insiderinformationen an das Unternehmensregister“.

b) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Ein Inlandsemittent von Finanzinstrumenten muss Insiderinformationen, die ihn unmittelbar betreffen, unverzüglich veröffentlichen; er hat sie außerdem unverzüglich, jedoch nicht vor ihrer Veröffentlichung dem Unternehmensregister im Sinne des § 8b des Handelsgesetzbuchs zur Speicherung zu übermitteln.“

bb) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Als Inlandsemittent gilt im Sinne dieser Vorschrift auch ein solcher, für dessen Finanzinstrumente erst ein Antrag auf Zulassung gestellt ist.“

cc) Im neuen Satz 4 werden das Wort „zeitgleich“ durch die Wörter „gleichzeitig nach Satz 1“ ersetzt und nach dem Wort „veröffentlichen“ die Wörter „und dem Unternehmensregister im

Beschlüsse des 7. Ausschusses

4. In § 7 Abs. 5 Satz 1 wird nach den Wörtern „stattgefunden hat“ das Wort „und“ durch **das Wort „oder“** ersetzt **und es werden nach dem Wort „werden“** die Wörter „oder der nach dem Recht der Europäischen Union für die Verfolgung des Verstoßes zuständig ist.“ **eingefügt.**

5. unverändert

6. unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 7. Ausschusses

Sinne des § 8b des Handelsgesetzbuchs zur Speicherung zu übermitteln“ eingefügt.

dd) Im neuen Satz 5 wird die Angabe „Satz 3“ durch die Angabe „Satz 4“ ersetzt und nach dem Wort „Veröffentlichung“ werden die Wörter „und die Übermittlung“ eingefügt.

c) Absatz 4 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 Nr. 1 und 2 wird jeweils nach den Wörtern „der Geschäftsführung der“ das Wort „inländischen“ eingefügt.

bb) In Satz 2 wird die Angabe „Satz 5“ durch die Angabe „Satz 6“ ersetzt.

d) Absatz 5 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird die Angabe „Absatz 7 Nr. 1“ durch die Angabe „Absatz 7 Satz 1 Nr. 1“ und die Angabe „Absatz 1 Satz 1, 3 oder 4 oder Absatz 2 Satz 2“ durch die Angabe „Absatz 1 Satz 1, 4 oder 5 oder Absatz 2 Satz 2“ ersetzt.

bb) Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Der Inlandsemittent hat gleichzeitig mit den Veröffentlichungen nach Absatz 1 Satz 1, Satz 4 oder Satz 5 oder Absatz 2 Satz 2 diese der Geschäftsführung der in Absatz 4 Satz 1 Nr. 1 und 2 erfassten organisierten Märkte und der Bundesanstalt mitzuteilen; diese Verpflichtung entfällt, soweit die Bundesanstalt nach Absatz 4 Satz 4 gestattet hat, bereits die Mitteilung nach Absatz 4 Satz 1 gleichzeitig mit der Veröffentlichung vorzunehmen.“

e) Absatz 7 Satz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 1 werden nach den Wörtern „die Art,“ die Wörter „die Sprache,“ eingefügt und die Angabe „Absatz 1 Satz 1, 3 und 4 sowie Absatz 2 Satz 2“ durch die Angabe „Absatz 1 Satz 1, 4 und 5 sowie Absatz 2 Satz 2“ ersetzt.

bb) In Nummer 2 werden nach den Wörtern „die Art,“ die Wörter „die Sprache,“ eingefügt, nach der Angabe „Absatz 3 Satz 4“ das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt und nach den Wörtern „Absatz 4 und“ die Wörter „Absatz 5 Satz 2 und“ eingefügt.

7. § 15a wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„§ 15a
Mitteilung von Geschäften, Veröffentlichung
und Übermittlung an das Unternehmensregister“.

b) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Ein Inlandsemittent hat Informationen nach Absatz 1 unverzüglich zu veröffentlichen und gleichzeitig der Bundesanstalt die Veröffentlichung mitzuteilen; er übermittelt sie außerdem unverzüglich, jedoch nicht vor ihrer Veröffentlichung dem Unternehmensregister im Sinne des § 8b des Handelsgesetzbuchs zur Speicherung. § 15 Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend mit der Maßgabe, dass die öffentliche

7. unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 7. Ausschusses

Ankündigung eines Antrags auf Zulassung einem gestellten Antrag auf Zulassung gleichsteht.“

- c) In Absatz 5 Satz 1 werden nach den Wörtern „die Art,“ die Wörter „die Sprache,“ und nach den Wörtern „nach Absatz 1“ die Wörter „und Absatz 4 Satz 1“ eingefügt.
8. In § 15b Abs. 1 Satz 1 werden nach der Angabe „§ 15 Abs. 1 Satz 1“ die Wörter „oder Satz 2“ eingefügt. 8. unverändert
9. Die Zwischenüberschrift vor § 21 wird wie folgt gefasst: 9. unverändert
- „Abschnitt 5
Mitteilung, Veröffentlichung und Übermittlung
von Veränderungen des Stimmrechtsanteils
an das Unternehmensregister“.
10. § 21 wird wie folgt geändert: 10. unverändert
- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
- aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:
- „Wer durch Erwerb, Veräußerung oder auf sonstige Weise 3 Prozent, 5 Prozent, 10 Prozent, 15 Prozent, 20 Prozent, 25 Prozent, 30 Prozent, 50 Prozent oder 75 Prozent der Stimmrechte an einem Emittenten, für den die Bundesrepublik Deutschland der Herkunftsstaat ist, erreicht, überschreitet oder unterschreitet (Meldepflichtiger), hat dies unverzüglich dem Emittenten und gleichzeitig der Bundesanstalt, spätestens innerhalb von vier Handelstagen unter Beachtung von § 22 Abs. 1 und 2 mitzuteilen.“
- bb) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:
- „Bei Zertifikaten, die Aktien vertreten, trifft die Mitteilungspflicht ausschließlich den Inhaber der Zertifikate.“
- cc) In dem neuen Satz 3 wird nach dem Wort „Frist“ die Angabe „des Satzes 1“ eingefügt.
- b) Absatz 1a wird wie folgt gefasst:
- „(1a) Wem im Zeitpunkt der erstmaligen Zulassung der Aktien zum Handel an einem organisierten Markt 3 Prozent oder mehr der Stimmrechte an einem Emittenten zustehen, für den die Bundesrepublik Deutschland der Herkunftsstaat ist, hat diesem Emittenten sowie der Bundesanstalt eine Mitteilung entsprechend Absatz 1 Satz 1 zu machen. Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.“
- c) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:
- „(2) Inlandsemittenten und Emittenten, für die die Bundesrepublik Deutschland der Herkunftsstaat ist, sind im Sinne dieses Abschnitts nur solche, deren Aktien zum Handel an einem organisierten Markt zugelassen sind.“
- d) Folgender Absatz 3 wird angefügt:
- „(3) Das Bundesministerium der Finanzen kann durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, nähere Bestimmungen er-

Entwurf

Beschlüsse des 7. Ausschusses

lassen über den Inhalt, die Art, die Sprache, den Umfang und die Form der Mitteilung nach Absatz 1 Satz 1 und Absatz 1a.“

11. § 22 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Im einleitenden Satzteil werden die Wörter „der börsennotierten Gesellschaft“ durch die Wörter „des Emittenten, für den die Bundesrepublik Deutschland der Herkunftsstaat ist,“ ersetzt.

bb) In Nummer 6 werden nach den Wörtern „anvertraut sind“ die Wörter „oder aus denen er die Stimmrechte als Bevollmächtigter ausüben kann“ eingefügt.

b) In Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter „der börsennotierten Gesellschaft“ durch die Wörter „des Emittenten, für den die Bundesrepublik Deutschland der Herkunftsstaat ist,“ und die Wörter „die börsennotierte Gesellschaft“ durch die Wörter „diesen Emittenten“ ersetzt.

c) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 3a eingefügt:

„(3a) Für die Zurechnung nach dieser Vorschrift gilt ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen hinsichtlich der Beteiligungen, die von ihm im Rahmen einer Wertpapierdienstleistung nach § 2 Abs. 3 Nr. 6 verwaltet werden, nicht als Tochterunternehmen im Sinne des Absatzes 3, wenn es

1. die Stimmrechte, die mit den betreffenden Aktien verbunden sind, nur aufgrund von in schriftlicher Form oder über elektronische Hilfsmittel erteilten Weisungen ausüben darf oder durch geeignete Vorkehrungen sicherstellt, dass die Finanzportfolioverwaltung unabhängig von anderen Dienstleistungen und unter Bedingungen, die denen der Richtlinie 85/611/EWG des Rates vom 20. Dezember 1985 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (ABl. EG Nr. L 375 S. 3) gleichwertig sind, erfolgt und
2. die Stimmrechte unabhängig vom Meldepflichtigen ausübt.

Ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen gilt jedoch dann für die Zurechnung nach dieser Vorschrift als Tochterunternehmen im Sinne des Absatzes 3, wenn der Meldepflichtige oder ein anderes Tochterunternehmen des Meldepflichtigen seinerseits Anteile an der von dem Wertpapierdienstleistungsunternehmen verwalteten Beteiligung hält und das Wertpapierdienstleistungsunternehmen die Stimmrechte, die mit diesen Beteiligungen verbunden sind, nicht nach freiem Ermessen, sondern nur aufgrund unmittelbarer oder mittelbarer Weisungen ausüben kann, die ihm vom Meldepflichtigen oder von einem anderen Tochterunternehmen des Meldepflichtigen erteilt werden.“

11. unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 7. Ausschusses

d) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Wird eine Vollmacht im Falle des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 6 nur zur Ausübung der Stimmrechte für eine Hauptversammlung erteilt, ist es für die Erfüllung der Mitteilungspflicht nach § 21 Abs. 1 und 1a in Verbindung mit Absatz 1 Satz 1 Nr. 6 ausreichend, wenn die Mitteilung lediglich bei Erteilung der Vollmacht abgegeben wird. Die Mitteilung muss die Angabe enthalten, wann die Hauptversammlung stattfindet und wie hoch nach Erlöschen der Vollmacht oder des Ausübungsermessens der Stimmrechtsanteil sein wird, der dem Bevollmächtigten zugerechnet wird.“

e) Folgender Absatz 5 wird angefügt:

„(5) Das Bundesministerium der Finanzen kann durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, nähere Bestimmungen erlassen über die Umstände, unter welchen im Falle des Absatzes 3a eine Unabhängigkeit des Wertpapierdienstleistungsunternehmens vom Meldepflichtigen gegeben ist, und über elektronische Hilfsmittel, mit denen Weisungen im Sinne des Absatzes 3a erteilt werden können.“

12. § 23 wird wie folgt gefasst:

„§ 23

Nichtberücksichtigung von Stimmrechten

(1) Stimmrechte aus Aktien eines Emittenten, für den die Bundesrepublik Deutschland der Herkunftsstaat ist, bleiben bei der Berechnung des Stimmrechtsanteils unberücksichtigt, wenn ihr Inhaber

1. ein Unternehmen mit Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist, das Wertpapierdienstleistungen erbringt,
2. die betreffenden Aktien im Handelsbestand hält oder zu halten beabsichtigt und dieser Anteil nicht mehr als 5 Prozent der Stimmrechte beträgt und
3. sicherstellt, dass die Stimmrechte aus den betreffenden Aktien nicht ausgeübt und nicht anderweitig genutzt werden, um auf die Geschäftsführung des Emittenten Einfluss zu nehmen.

(2) Stimmrechte aus Aktien eines Emittenten, für den die Bundesrepublik Deutschland der Herkunftsstaat ist, bleiben bei der Berechnung des Stimmrechtsanteils unberücksichtigt, sofern

1. die betreffenden Aktien ausschließlich für den Zweck der Abrechnung und Abwicklung von Geschäften für höchstens drei Handelstage gehalten werden, selbst wenn die Aktien auch außerhalb eines organisierten Marktes gehandelt werden, oder
2. eine mit der Verwahrung von Aktien betraute Stelle die Stimmrechte aus den verwahrten Aktien nur aufgrund von Weisungen, die schriftlich oder über elektronische Hilfsmittel erteilt wurden, ausüben darf.

12. unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 7. Ausschusses

(3) Stimmrechte aus Aktien, die die Mitglieder des Europäischen Systems der Zentralbanken bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben als Währungsbehörden zur Verfügung gestellt bekommen oder die sie bereitstellen, bleiben bei der Berechnung des Stimmrechtsanteils am Emittenten, für den die Bundesrepublik Deutschland der Herkunftsstaat ist, unberücksichtigt, soweit es sich bei den Transaktionen um kurzfristige Geschäfte handelt und die Stimmrechte aus den betreffenden Aktien nicht ausgeübt werden. Satz 1 gilt insbesondere für Stimmrechte aus Aktien, die einem oder von einem Mitglied im Sinne des Satzes 1 zur Sicherheit übertragen werden, und für Stimmrechte aus Aktien, die dem Mitglied als Pfand oder im Rahmen eines Pensionsgeschäfts oder einer ähnlichen Vereinbarung gegen Liquidität für geldpolitische Zwecke oder innerhalb eines Zahlungssystems zur Verfügung gestellt oder von diesem bereitgestellt werden.

(4) Für die Meldeschwellen von 3 Prozent und 5 Prozent bleiben Stimmrechte aus solchen Aktien eines Emittenten, für den die Bundesrepublik Deutschland der Herkunftsstaat ist, unberücksichtigt, die von einer Person erworben oder veräußert werden, die an einem Markt dauerhaft anbietet, Finanzinstrumente im Wege des Eigenhandels zu selbst gestellten Preisen zu kaufen oder zu verkaufen (Market Maker), wenn diese Person

1. dabei in ihrer Eigenschaft als Market Maker handelt,
2. eine Zulassung nach § 32 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit § 1 Abs. 1a Satz 2 Nr. 4 des Kreditwesengesetzes hat und
3. nicht in die Geschäftsführung des Emittenten eingreift und keinen Einfluss auf ihn dahingehend ausübt, die betreffenden Aktien zu kaufen oder den Preis der Aktien zu stützen.

(5) Stimmrechte aus Aktien, die nach den Absätzen 1 bis 4 bei der Berechnung des Stimmrechtsanteils unberücksichtigt bleiben, können mit Ausnahme von Absatz 2 Nr. 2 nicht ausgeübt werden.

(6) Das Bundesministerium der Finanzen kann durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf,

1. eine geringere Höchstdauer für das Halten der Aktien nach Absatz 2 Nr. 1 festlegen,
2. nähere Bestimmungen erlassen über die Nichtberücksichtigung der Stimmrechte eines Market Maker nach Absatz 4 und
3. nähere Bestimmungen erlassen über elektronische Hilfsmittel, mit denen Weisungen nach Absatz 2 Nr. 2 erteilt werden können.“

13. § 25 wird wie folgt gefasst:

„§ 25
Mitteilungspflichten beim Halten
von sonstigen Finanzinstrumenten

(1) Wer unmittelbar oder mittelbar Finanzinstrumente hält, die ihrem Inhaber das Recht verleihen, ein-

13. § 25 wird wie folgt gefasst:

„§ 25
Mitteilungspflichten beim Halten
von sonstigen Finanzinstrumenten

(1) unverändert

Entwurf

seitig im Rahmen einer rechtlich bindenden Vereinbarung mit Stimmrechten verbundene und bereits ausgegebene Aktien eines Emittenten, für den die Bundesrepublik Deutschland der Herkunftsstaat ist, zu erwerben, hat dies bei Erreichen, Überschreiten oder Unterschreiten der in § 21 Abs. 1 Satz 1 genannten Schwellen mit Ausnahme der Schwelle von 3 Prozent entsprechend § 21 Abs. 1 Satz 1 unverzüglich dem Emittenten und gleichzeitig der Bundesanstalt mitzuteilen. Die §§ 23 und 24 gelten entsprechend. Soweit nicht etwas anderes bestimmt ist, findet eine Zusammenrechnung mit den Beteiligungen nach den §§ 21 und 22 nicht statt.

(2) Beziehen sich verschiedene der in Absatz 1 genannten Finanzinstrumente auf Aktien des gleichen Emittenten, muss der Mitteilungspflichtige die Stimmrechte aus diesen Aktien zusammenrechnen.

(3) Das Bundesministerium der Finanzen kann durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, nähere Bestimmungen erlassen über den Inhalt, die Art, die Sprache, den Umfang und die Form der Mitteilung nach Absatz 1.“

14. § 26 wird wie folgt gefasst:

„§ 26

Veröffentlichungspflichten des Emittenten
und Übermittlung an das Unternehmensregister

(1) Ein Inlandsemittent hat Informationen nach § 21 Abs. 1 Satz 1, Abs. 1a und § 25 Abs. 1 Satz 1 oder nach entsprechenden Vorschriften anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder anderer Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum unverzüglich, spätestens drei Handelstage nach Zugang der Mitteilung zu veröffentlichen; er übermittelt sie außerdem unverzüglich, jedoch nicht vor ihrer Veröffentlichung dem Unternehmensregister im Sinne des § 8b des Handelsgesetzbuchs zur Speicherung. Erreicht, überschreitet oder unterschreitet ein Inlandsemittent in Bezug auf eigene Aktien entweder selbst oder über eine in eigenem Namen, aber für Rechnung dieses Emittenten handelnde Person die Schwellen von 5 Prozent oder 10 Prozent durch Erwerb, Veräußerung oder auf sonstige Weise, gilt Satz 1 entsprechend mit der Maßgabe, dass abweichend von Satz 1 eine Erklärung zu veröffentlichen ist, deren Inhalt sich nach § 21 Abs. 1 Satz 1, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 21 Abs. 2 bestimmt, und die Veröffentlichung spätestens vier Handelstage nach Erreichen, Überschreiten oder Unterschreiten der genannten Schwellen zu erfolgen hat; wenn für den Emittenten die Bundesrepublik Deutschland der Herkunftsstaat ist, ist außerdem die Schwelle von 3 Prozent maßgeblich.

(2) Der Inlandsemittent hat gleichzeitig mit der Veröffentlichung nach Absatz 1 Satz 1 und 2 diese der Bundesanstalt mitzuteilen.

Beschlüsse des 7. Ausschusses

(2) Beziehen sich verschiedene der in Absatz 1 genannten Finanzinstrumente auf Aktien des gleichen Emittenten, muss der Mitteilungspflichtige die Stimmrechte aus diesen Aktien zusammenrechnen. **Soweit bereits eine Meldung nach § 21 aufgrund einer Zusammenrechnung nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 erfolgt, ist eine zusätzliche Meldung nach dieser Vorschrift nicht erforderlich.**

(3) unverändert

14. unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 7. Ausschusses

(3) Das Bundesministerium der Finanzen kann durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, nähere Bestimmungen erlassen über

1. den Inhalt, die Art, die Sprache, den Umfang und die Form der Veröffentlichung nach Absatz 1 Satz 1 und
2. den Inhalt, die Art, die Sprache, den Umfang und die Form der Mitteilung nach Absatz 2.“

15. Nach § 26 wird folgender § 26a eingefügt:

„§ 26a

Veröffentlichung der Gesamtzahl der Stimmrechte und Übermittlung an das Unternehmensregister

Ein Inlandsemittent hat die Gesamtzahl der Stimmrechte am Ende eines jeden Kalendermonats, in dem es zu einer Zu- oder Abnahme von Stimmrechten gekommen ist, in der in § 26 Abs. 1 Satz 1, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach Absatz 3 Nr. 1, vorgesehenen Weise zu veröffentlichen und gleichzeitig der Bundesanstalt entsprechend § 26 Abs. 2, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach Absatz 3 Nr. 2, die Veröffentlichung mitzuteilen. Er übermittelt die Information außerdem unverzüglich, jedoch nicht vor ihrer Veröffentlichung dem Unternehmensregister im Sinne des § 8b des Handelsgesetzbuchs zur Speicherung.“

16. In § 27 werden nach der Angabe „§ 21 Abs. 1“ das Wort „oder“ durch ein Komma ersetzt, nach der Angabe „1a“ die Wörter „oder § 25 Abs. 1“ eingefügt und die Wörter „der börsennotierten Gesellschaft“ durch die Wörter „des Emittenten, für den die Bundesrepublik Deutschland der Herkunftsstaat ist,“ ersetzt.

17. Nach § 29 wird folgender § 29a eingefügt:

„§ 29a

Befreiungen

(1) Die Bundesanstalt kann Inlandsemittenten mit Sitz in einem Drittstaat von den Pflichten nach § 26 Abs. 1 und § 26a freistellen, soweit diese Emittenten gleichwertigen Regeln eines Drittstaates unterliegen oder sich solchen Regeln unterwerfen.

(2) Emittenten, denen die Bundesanstalt eine Befreiung nach Absatz 1 erteilt hat, müssen Informationen über Umstände, die denen des § 21 Abs. 1 Satz 1, Abs. 1a, § 25 Abs. 1 Satz 1, § 26 Abs. 1 Satz 1 und 2 und § 26a entsprechen und die nach den gleichwertigen Regeln eines Drittstaates der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen sind, in der in § 26 Abs. 1 Satz 1, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach Absatz 3, geregelter Weise veröffentlichen und gleichzeitig der Bundesanstalt mitteilen. Die Informationen sind außerdem unverzüglich, jedoch nicht vor ihrer Veröffentlichung dem Unternehmensregister im Sinne des § 8b des Handelsgesetzbuchs zur Speicherung zu übermitteln.

(3) Für die Zurechnung der Stimmrechte nach § 22 gilt ein Unternehmen mit Sitz in einem Drittstaat, das

15. unverändert

16. unverändert

17. unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 7. Ausschusses

nach § 32 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit § 1 Abs. 1a Satz 2 Nr. 3 des Kreditwesengesetzes einer Zulassung für die Finanzportfolioverwaltung bedürfte, wenn es seinen Sitz oder seine Hauptverwaltung im Inland hätte, hinsichtlich der Aktien, die von ihm im Rahmen der Finanzportfolioverwaltung verwaltet werden, nicht als Tochterunternehmen im Sinne von § 22 Abs. 3. Das setzt voraus, dass es bezüglich seiner Unabhängigkeit Anforderungen genügt, die denen für Wertpapierdienstleistungsunternehmen nach § 22 Abs. 3a, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 22 Abs. 5, gleichwertig sind.

(4) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, nähere Bestimmungen über die Gleichwertigkeit von Regeln eines Drittstaates und die Freistellung von Emittenten nach Absatz 1 und Unternehmen nach Absatz 3 zu erlassen.“

18. Nach § 29 wird folgender neuer § 30 eingefügt:

„§ 30
Handelstage

(1) Für die Berechnung der Mitteilungs- und Veröffentlichungsfristen nach diesem Abschnitt gelten als Handelstage alle Kalendertage, die nicht Sonnabende, Sonntage oder zumindest in einem Land landeseinheitliche gesetzlich anerkannte Feiertage sind.

(2) Die Bundesanstalt stellt im Internet unter ihrer Adresse einen Kalender der Handelstage zur Verfügung.“

19. Nach Abschnitt 5 wird folgender Abschnitt 5a eingefügt:

„Abschnitt 5a
Notwendige Informationen für die Wahrnehmung
von Rechten aus Wertpapieren

§ 30a
Pflichten der Emittenten
gegenüber Wertpapierinhabern

(1) Emittenten, für die die Bundesrepublik Deutschland der Herkunftsstaat ist, müssen sicherstellen, dass

1. alle Inhaber der zugelassenen Wertpapiere unter gleichen Voraussetzungen gleich behandelt werden;
2. alle Einrichtungen und Informationen, die die Inhaber der zugelassenen Wertpapiere zur Ausübung ihrer Rechte benötigen, im Inland öffentlich zur Verfügung stehen;
3. Daten zu Inhabern zugelassener Wertpapiere vor einer Kenntnisnahme durch Unbefugte geschützt sind;
4. für die gesamte Dauer der Zulassung der Wertpapiere mindestens ein Finanzinstitut als Zahlstelle im Inland bestimmt ist, bei der alle erforderlichen Maßnahmen hinsichtlich der Wertpapiere, im Falle der Vorlegung der Wertpapiere bei dieser Stelle kostenfrei, bewirkt werden können;

18. unverändert

19. Nach Abschnitt 5 wird folgender Abschnitt 5a eingefügt:

„Abschnitt 5a
Notwendige Informationen für die Wahrnehmung
von Rechten aus Wertpapieren

§ 30a
unverändert

Entwurf

5. im Falle zugelassener Aktien jeder stimmberechtigten Person zusammen mit der Einladung zur Hauptversammlung oder nach deren Anberaumung auf Verlangen in Textform ein Formular für die Erteilung einer Vollmacht für die Hauptversammlung übermittelt wird;
6. im Falle zugelassener Schuldtitel im Sinne des § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 mit Ausnahme von Wertpapieren, die zugleich unter § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 fallen oder die ein zumindest bedingtes Recht auf den Erwerb von Wertpapieren nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 oder Nr. 2 begründen, jeder stimmberechtigten Person zusammen mit der Einladung zur Gläubigerversammlung oder nach deren Anberaumung auf Verlangen rechtzeitig in Textform ein Formular für die Erteilung einer Vollmacht für die Gläubigerversammlung übermittelt wird.

(2) Ein Emittent von zugelassenen Schuldtiteln im Sinne von Absatz 1 Nr. 6, für den die Bundesrepublik Deutschland der Herkunftsstaat ist, kann die Gläubigerversammlung in jedem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum abhalten. Das setzt voraus, dass in dem Staat alle für die Ausübung der Rechte erforderlichen Einrichtungen und Informationen für die Schuldtitelinhaber verfügbar sind und zur Gläubigerversammlung ausschließlich Schuldtitelinhaber mit einer Mindeststückelung von 50 000 Euro oder dem am Ausgabetag entsprechenden Gegenwert in einer anderen Währung eingeladen werden.

(3) Für die Bestimmungen nach Absatz 1 Nr. 1 bis 5 sowie nach § 30b Abs. 3 Nr. 1 stehen die Inhaber Aktien vertretender Zertifikate den Inhabern der vertretenen Aktien gleich.

§ 30b

Veröffentlichung von Mitteilungen und Übermittlung im Wege der Datenfernübertragung

(1) Der Emittent von zugelassenen Aktien, für den die Bundesrepublik Deutschland der Herkunftsstaat ist, muss

1. *den Ort, den Zeitpunkt und die Tagesordnung* der Hauptversammlung, die Gesamtzahl der Aktien und Stimmrechte im Zeitpunkt der Einberufung der Hauptversammlung und die Rechte der Aktionäre bezüglich der Teilnahme an der Hauptversammlung sowie
2. Mitteilungen über die Ausschüttung und Auszahlung von Dividenden, die Ausgabe neuer Aktien und die Vereinbarung oder Ausübung von Umtausch-, Bezugs-, Einziehungs- und Zeichnungsrechten

unverzüglich im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlichen.

Beschlüsse des 7. Ausschusses

§ 30b

Veröffentlichung von Mitteilungen und Übermittlung im Wege der Datenfernübertragung

(1) Der Emittent von zugelassenen Aktien, für den die Bundesrepublik Deutschland der Herkunftsstaat ist, muss

1. **die Einberufung** der Hauptversammlung **einschließlich der** Tagesordnung, die Gesamtzahl der Aktien und Stimmrechte im Zeitpunkt der Einberufung der Hauptversammlung und die Rechte der Aktionäre bezüglich der Teilnahme an der Hauptversammlung sowie
2. unverändert

unverzüglich im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlichen. **Soweit eine entsprechende Veröffentlichung im elektronischen Bundesanzeiger auch durch sonstige Vorschriften vorgeschrieben wird, ist eine einmalige Veröffentlichung ausreichend.**

Entwurf

(2) Der Emittent zugelassener Schuldtitel im Sinne von § 30a Abs. 1 Nr. 6, für den die Bundesrepublik Deutschland der Herkunftsstaat ist, muss

1. den Ort, den Zeitpunkt und die Tagesordnung der Gläubigerversammlung und Mitteilungen über das Recht der Schuldtitelinhaber zur Teilnahme daran sowie
2. Mitteilungen über die Ausübung von Umtausch-, Zeichnungs- und Kündigungsrechten sowie über die Zinszahlungen, die Rückzahlungen, die Auslosungen und die bisher gekündigten oder ausgelosten, noch nicht eingelösten Stücke

unverzüglich im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlichten.

(3) Unbeschadet der Veröffentlichungspflichten nach den Absätzen 1 und 2 dürfen Emittenten, für die die Bundesrepublik Deutschland der Herkunftsstaat ist, Informationen an die Inhaber zugelassener Wertpapiere im Wege der Datenfernübertragung übermitteln, wenn die dadurch entstehenden Kosten nicht unter Verletzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes nach § 30a Abs. 1 Nr. 1 den Wertpapierinhabern auferlegt werden und

1. im Falle zugelassener Aktien
 - a) die Hauptversammlung zugestimmt hat,
 - b) die Wahl der Art der Datenfernübertragung nicht vom Sitz oder Wohnsitz der Aktionäre oder der Personen, denen Stimmrechte in den Fällen des § 22 zugerechnet werden, abhängt,
 - c) Vorkehrungen zur sicheren Identifizierung und Adressierung der Aktionäre oder derjenigen, die Stimmrechte ausüben oder Weisungen zu deren Ausübung erteilen dürfen, getroffen worden sind und
 - d) die Aktionäre oder in Fällen des § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 3, 4 und Abs. 2 die zur Ausübung von Stimmrechten Berechtigten in die Übermittlung im Wege der Datenfernübertragung ausdrücklich eingewilligt haben oder einer Bitte in Textform um Zustimmung nicht innerhalb eines angemessenen Zeitraums widersprochen und die dadurch als erteilt geltende Zustimmung nicht zu einem späteren Zeitpunkt widerrufen haben,
2. im Falle zugelassener Schuldtitel im Sinne von § 30a Abs. 1 Nr. 6
 - a) eine Gläubigerversammlung zugestimmt hat,
 - b) die Wahl der Art der Datenfernübertragung nicht vom Sitz oder Wohnsitz der Schuldtitelinhaber oder deren Bevollmächtigten abhängt,
 - c) Vorkehrungen zur sicheren Identifizierung und Adressierung der Schuldtitelinhaber getroffen worden sind,
 - d) die Schuldtitelinhaber in die Übermittlung im Wege der Datenfernübertragung ausdrücklich eingewilligt haben oder einer Bitte in Textform

Beschlüsse des 7. Ausschusses

(2) unverändert

(3) unverändert

Entwurf

um Zustimmung nicht innerhalb eines angemessenen Zeitraums widersprochen und die dadurch als erteilt geltende Zustimmung nicht zu einem späteren Zeitpunkt widerrufen haben.

§ 30c

Änderungen der Rechtsgrundlage des Emittenten

Der Emittent zugelassener Wertpapiere, für den die Bundesrepublik Deutschland der Herkunftsstaat ist, muss beabsichtigte Änderungen seiner Satzung oder seiner sonstigen Rechtsgrundlagen, die die Rechte der Wertpapierinhaber berühren, der Bundesanstalt und den Zulassungsstellen der inländischen oder ausländischen organisierten Märkte, an denen seine Wertpapiere zum Handel zugelassen sind, unverzüglich nach der Entscheidung, den Änderungsentwurf dem Beschlussorgan, das über die Änderung beschließen soll, vorlegen, spätestens aber zum Zeitpunkt der Einberufung des Beschlussorgans mitteilen.

§ 30d

Vorschriften für Emittenten
aus der Europäischen Union
und dem Europäischen Wirtschaftsraum

Die Vorschriften der §§ 30a bis 30c finden auch Anwendung auf Emittenten, für die nicht die Bundesrepublik Deutschland, sondern ein anderer Mitgliedstaat der Europäischen Union oder Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum der Herkunftsstaat ist, wenn ihre Wertpapiere zum Handel an einem inländischen organisierten Markt zugelassen sind und ihr Herkunftsstaat für sie keine den §§ 30a bis 30c entsprechenden Vorschriften vorsieht.

§ 30e

Veröffentlichung zusätzlicher Angaben
und Übermittlung an das Unternehmensregister

(1) Ein Inlandsemittent muss

1. jede Änderung der mit den zugelassenen Wertpapieren verbundenen Rechte sowie
 - a) im Falle zugelassener Aktien der Rechte, die mit derivativen vom Emittenten selbst begebenen Wertpapieren verbunden sind, sofern sie ein Umtausch- oder Erwerbsrecht auf die zugelassenen Aktien des Emittenten verschaffen,
 - b) im Falle anderer Wertpapiere als Aktien Änderungen der Ausstattung dieser Wertpapiere, insbesondere von Zinssätzen, oder der damit verbundenen Bedingungen, soweit die mit den Wertpapieren verbundenen Rechte hiervon indirekt betroffen sind,
 - c) bei Wertpapieren, die den Gläubigern ein Umtausch- oder Bezugsrecht auf Aktien einräumen, alle Änderungen der Rechte, die mit den Aktien verbunden sind, auf die sich das Umtausch- oder Bezugsrecht bezieht,
2. die Aufnahme von Anleihen mit Ausnahme staatlicher Schuldverschreibungen im Sinne des § 36 des Börsengesetzes sowie die für sie übernomme-

Beschlüsse des 7. Ausschusses

§ 30c

unverändert

§ 30d

unverändert

§ 30e

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 7. Ausschusses

nen Gewährleistungen, sofern er nicht eine internationale öffentliche Einrichtung ist, der mindestens ein Mitgliedstaat der Europäischen Union oder ein anderer Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum angehört, oder er nicht ausschließlich Wertpapiere begibt, die durch den Bund garantiert werden, und

3. Informationen, die er in einem Drittstaat veröffentlicht und die für die Öffentlichkeit in der Europäischen Union und dem Europäischen Wirtschaftsraum Bedeutung haben können,

unverzüglich veröffentlichen und gleichzeitig der Bundesanstalt diese Veröffentlichung mitteilen. Er übermittelt diese Informationen außerdem unverzüglich, jedoch nicht vor ihrer Veröffentlichung dem Unternehmensregister im Sinne des § 8b des Handelsgesetzbuchs zur Speicherung.

(2) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, nähere Bestimmungen zu erlassen über den Mindestinhalt, die Art, die Sprache, den Umfang und die Form der Veröffentlichung und der Mitteilung nach Absatz 1 Satz 1.

§ 30f
Befreiung

(1) Die Bundesanstalt kann Inlandsemittenten mit Sitz in einem Drittstaat von den Pflichten nach den §§ 30a, 30b und 30e Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 freistellen, soweit diese Emittenten gleichwertigen Regeln eines Drittstaates unterliegen oder sich solchen Regeln unterwerfen.

(2) Emittenten, denen die Bundesanstalt eine Befreiung nach Absatz 1 erteilt hat, müssen Informationen über Umstände im Sinne des § 30e Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2, die nach den gleichwertigen Regeln eines Drittstaates der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen sind, nach Maßgabe des § 30e Abs. 1 in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 30e Abs. 2 veröffentlichen und die Veröffentlichung gleichzeitig der Bundesanstalt mitteilen; sie müssen die Informationen außerdem unverzüglich, jedoch nicht vor der Veröffentlichung dem Unternehmensregister im Sinne des § 8b des Handelsgesetzbuchs zur Speicherung übermitteln.

(3) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, nähere Bestimmungen über die Gleichwertigkeit von Regeln eines Drittstaates und die Freistellung von Emittenten nach Absatz 1 zu erlassen.

§ 30g
Ausschluss der Anfechtung

Die Anfechtung eines Hauptversammlungsbeschlusses kann nicht auf eine Verletzung der Vorschriften dieses Abschnitts gestützt werden.“

§ 30f
unverändert

§ 30g
unverändert

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>20. Die Zwischenüberschrift vor § 37n wird durch folgende Überschriften ersetzt:</p> <p style="text-align: center;">„Abschnitt 11 Überwachung von Unternehmensabschlüssen, Veröffentlichung von Finanzberichten Unterabschnitt 1 Überwachung von Unternehmensabschlüssen“.</p>	<p>20. unverändert</p>
<p>21. In § 37n werden nach dem Wort „Konzernlagebericht“ die Wörter „sowie der verkürzte Abschluss und der zugehörige Zwischenlagebericht“ eingefügt.</p>	<p>21. unverändert</p>
<p>22. In § 37o Abs. 1 Satz 4 werden nach dem Wort „Konzernlagebericht“ die Wörter „sowie der zuletzt veröffentlichte verkürzte Abschluss und der zugehörige Zwischenlagebericht“ eingefügt.</p>	<p>22. § 37o wird wie folgt geändert:</p> <p>a) In Absatz 1 Satz 4 werden nach dem Wort „Konzernlagebericht“ die Wörter „sowie der zuletzt veröffentlichte verkürzte Abschluss und der zugehörige Zwischenlagebericht“ eingefügt.</p> <p>b) Dem Absatz 1 wird folgender Satz angefügt: „Auf die Prüfung des verkürzten Abschlusses und des zugehörigen Zwischenlageberichts ist Satz 2 nicht anzuwenden.“</p>
<p>23. In § 37s Abs. 1 Satz 2 werden nach der Angabe „des § 7 Abs. 2 Satz 1 und 2“ das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt und vor der Angabe „Abs. 7“ die Wörter „auch in Verbindung mit“ eingefügt.</p>	<p>23. unverändert</p>
<p>24. Nach § 37u wird folgender Unterabschnitt 2 eingefügt:</p> <p style="text-align: center;">„Unterabschnitt 2 Veröffentlichung und Übermittlung von Finanzberichten an das Unternehmensregister § 37v Jahresfinanzbericht</p> <p>(1) Ein Unternehmen, das als Inlandsemittent Wertpapiere begibt, hat für den Schluss eines jeden Geschäftsjahrs einen Jahresfinanzbericht zu erstellen und spätestens vier Monate nach Ablauf eines jeden Geschäftsjahrs der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, wenn es nicht nach den handelsrechtlichen Vorschriften zur Offenlegung der in Absatz 2 genannten Rechnungslegungsunterlagen verpflichtet ist. Außerdem muss jedes Unternehmen, das als Inlandsemittent Wertpapiere begibt, vor dem Zeitpunkt, zu dem die in Absatz 2 genannten Rechnungslegungsunterlagen erstmals der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen, eine Bekanntmachung darüber veröffentlichen, ab welchem Zeitpunkt und unter welcher Internetadresse die in Absatz 2 genannten Rechnungslegungsunterlagen zusätzlich zu ihrer Verfügbarkeit im Unternehmensregister öffentlich zugänglich sind. Das Unternehmen teilt die Bekanntmachung gleichzeitig mit ihrer Veröffentlichung der Bundesanstalt mit und übermittelt sie unverzüglich, jedoch nicht vor ihrer Veröffentlichung dem Unternehmensregister im Sinne des § 8b des Handelsgesetzbuchs zur Speicherung. Es hat außerdem unverzüglich, jedoch nicht vor Veröffentlichung der Bekanntmachung nach Satz 2 die in Absatz 2 genannten Rechnungslegungsunterlagen an das Unternehmensregister zur Speicherung zu übermitteln, es sei denn die Übermittlung erfolgt nach § 8b Abs. 2 Nr. 4 in Verbindung mit Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 des Handelsgesetzbuchs.</p>	<p>24. Nach § 37u wird folgender Unterabschnitt 2 eingefügt:</p> <p style="text-align: center;">„Unterabschnitt 2 Veröffentlichung und Übermittlung von Finanzberichten an das Unternehmensregister § 37v Jahresfinanzbericht</p> <p>(1) unverändert</p>

Entwurf

(2) Der Jahresfinanzbericht hat mindestens

1. den geprüften Jahresabschluss,
2. den Lagebericht und
3. eine den Vorgaben der § 264 Abs. 2 Satz 3, § 289 Abs. 1 Satz 5 des Handelsgesetzbuchs entsprechende Erklärung

zu enthalten.

(3) Das Bundesministerium der Finanzen kann im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Justiz durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, nähere Bestimmungen erlassen über

1. den Mindestinhalt, die Art, die Sprache, den Umfang und die Form der Veröffentlichung nach Absatz 1 Satz 2,
2. den Mindestinhalt, die Art, die Sprache, den Umfang und die Form der Mitteilung nach Absatz 1 Satz 3,
3. wie lange die Informationen nach Absatz 2 im Unternehmensregister allgemein zugänglich bleiben müssen und wann sie zu löschen sind, und
4. eine aufeinander abgestimmte Verfahrensweise, nach der der Jahresfinanzbericht und das Jährliche Dokument nach § 10 des Wertpapierprospektgesetzes der Bundesanstalt zur Kenntnis gelangen.

§ 37w

Halbjahresfinanzbericht

(1) Ein Unternehmen, das als Inlandsemittent Aktien oder Schuldtitel im Sinne des § 2 Abs. 1 Satz 1 begibt, hat für die ersten sechs Monate eines jeden Geschäftsjahrs einen Halbjahresfinanzbericht zu erstellen und diesen unverzüglich, spätestens zwei Monate nach Ablauf des Berichtszeitraums der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, es sei denn, es handelt sich bei den zugelassenen Wertpapieren um Schuldtitel, die *zugleich* unter § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 fallen oder die ein zumindest bedingtes Recht auf den Erwerb von Wertpapieren nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 oder 2 begründen. *Wird für die ersten drei Monate eines Geschäftsjahrs ein Quartalsfinanzbericht nach § 37x Abs. 3 erstellt, verkürzt sich der Berichtszeitraum für den Halbjahresfinanzbericht auf die folgenden drei Monate.* Außerdem muss das Unternehmen vor dem Zeitpunkt, zu dem der Halbjahresfinanzbericht erstmals der Öffentlichkeit zur Verfügung steht, eine Bekanntmachung darüber veröffentlichen, ab welchem Zeitpunkt und unter welcher Internetadresse der Bericht zusätzlich zu seiner Verfügbarkeit im Unternehmensregister öffentlich zugänglich ist. Das Unternehmen teilt die Bekanntmachung gleichzeitig mit ihrer Veröffentlichung der Bundesanstalt mit und übermittelt sie unverzüglich, jedoch nicht

Beschlüsse des 7. Ausschusses

(2) Der Jahresfinanzbericht hat mindestens

1. den **gemäß dem nationalen Recht des Sitzstaates des Unternehmens aufgestellten und** geprüften Jahresabschluss,
2. den Lagebericht und
3. eine den Vorgaben der § 264 Abs. 2 Satz 3, § 289 Abs. 1 Satz 5 des Handelsgesetzbuchs entsprechende Erklärung

zu enthalten.

(3) **unverändert**

§ 37w

Halbjahresfinanzbericht

(1) Ein Unternehmen, das als Inlandsemittent Aktien oder Schuldtitel im Sinne des § 2 Abs. 1 Satz 1 begibt, hat für die ersten sechs Monate eines jeden Geschäftsjahrs einen Halbjahresfinanzbericht zu erstellen und diesen unverzüglich, spätestens zwei Monate nach Ablauf des Berichtszeitraums der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, es sei denn, es handelt sich bei den zugelassenen Wertpapieren um Schuldtitel, die unter § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 fallen oder die ein zumindest bedingtes Recht auf den Erwerb von Wertpapieren nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 oder 2 begründen. Außerdem muss das Unternehmen vor dem Zeitpunkt, zu dem der Halbjahresfinanzbericht erstmals der Öffentlichkeit zur Verfügung steht, eine Bekanntmachung darüber veröffentlichen, ab welchem Zeitpunkt und unter welcher Internetadresse der Bericht zusätzlich zu seiner Verfügbarkeit im Unternehmensregister öffentlich zugänglich ist. Das Unternehmen teilt die Bekanntmachung gleichzeitig mit ihrer Veröffentlichung der Bundesanstalt mit und übermittelt sie unverzüglich, jedoch nicht vor ihrer Veröffentlichung dem Unternehmensregister im Sinne des § 8b des Handelsgesetzbuchs zur Speicherung. Es hat außerdem unverzüglich, jedoch nicht vor Veröffentlichung der Bekanntmachung nach Satz 2 den

Entwurf

vor ihrer Veröffentlichung dem Unternehmensregister im Sinne des § 8b des Handelsgesetzbuchs zur Speicherung. Es hat außerdem unverzüglich, jedoch nicht vor Veröffentlichung der Bekanntmachung nach Satz 3 den Halbjahresfinanzbericht an das Unternehmensregister zur Speicherung zu übermitteln.

(2) Der Halbjahresfinanzbericht hat mindestens

1. einen verkürzten Abschluss,
2. einen Zwischenlagebericht und
3. eine den Vorgaben des § 264 Abs. 2 Satz 3 und des § 289 Abs. 1 Satz 5 des Handelsgesetzbuchs entsprechende Erklärung

zu enthalten.

(3) Der verkürzte Abschluss hat mindestens eine verkürzte Bilanz, eine verkürzte Gewinn- und Verlustrechnung und einen Anhang zu enthalten. Auf den verkürzten Abschluss sind die für den Jahresabschluss geltenden Rechnungslegungsgrundsätze anzuwenden. Tritt bei der Offenlegung an die Stelle des Jahresabschlusses ein Einzelabschluss im Sinne des § 325 Abs. 2a des Handelsgesetzbuchs, sind auf den verkürzten Abschluss die in § 315a Abs. 1 des Handelsgesetzbuchs bezeichneten internationalen Rechnungslegungsstandards und Vorschriften anzuwenden.

(4) Im Zwischenlagebericht sind mindestens die wichtigen Ereignisse des Berichtszeitraums im Unternehmen des Emittenten und ihre Auswirkungen auf den verkürzten Abschluss anzugeben sowie die wesentlichen Chancen und Risiken für die dem Berichtszeitraum folgenden sechs Monate des Geschäftsjahrs zu beschreiben. Ferner sind die wesentlichen Geschäfte des Emittenten mit nahestehenden Personen anzugeben.

(5) Der verkürzte Abschluss und der Zwischenlagebericht *sind mindestens* einer prüferischen Durchsicht durch einen Abschlussprüfer *zu unterziehen*. Die Vorschriften über die Bestellung des Abschlussprüfers sind auf die prüferische Durchsicht entsprechend anzuwenden. Die prüferische Durchsicht ist so anzulegen, dass bei gewissenhafter Berufsausübung ausgeschlossen werden kann, dass der verkürzte Abschluss und der Zwischenlagebericht in wesentlichen Belangen den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen *widerspricht*. Der Abschlussprüfer hat das Ergebnis der prüferischen Durchsicht in einer Bescheinigung zum Halbjahresfinanzbericht zusammenzufassen, die mit dem Halbjahresfinanzbericht zu veröffentlichen ist. Sind der verkürzte Abschluss und der Zwischenlagebericht entsprechend § 317 des Handelsgesetzbuchs geprüft worden, ist der Bestätigungsvermerk oder der Vermerk über seine Versagung vollständig wiederzugeben und mit dem Halbjahresfinanzbericht zu veröffent-

Beschlüsse des 7. Ausschusses

Halbjahresfinanzbericht an das Unternehmensregister zur Speicherung zu übermitteln.

(2) unverändert

(3) unverändert

(4) Im Zwischenlagebericht sind mindestens die wichtigen Ereignisse des Berichtszeitraums im Unternehmen des Emittenten und ihre Auswirkungen auf den verkürzten Abschluss anzugeben sowie die wesentlichen Chancen und Risiken für die dem Berichtszeitraum folgenden sechs Monate des Geschäftsjahrs zu beschreiben. Ferner sind **bei einem Unternehmen, das als Inlandsemittent Aktien begibt**, die wesentlichen Geschäfte des Emittenten mit nahestehenden Personen anzugeben; **die Angaben können stattdessen im Anhang des Halbjahresfinanzberichts gemacht werden.**

(5) Der verkürzte Abschluss und der Zwischenlagebericht **kann** einer prüferischen Durchsicht durch einen Abschlussprüfer **unterzogen werden**. Die Vorschriften über die Bestellung des Abschlussprüfers sind auf die prüferische Durchsicht entsprechend anzuwenden. Die prüferische Durchsicht ist so anzulegen, dass bei gewissenhafter Berufsausübung ausgeschlossen werden kann, dass der verkürzte Abschluss und der Zwischenlagebericht in wesentlichen Belangen den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen **widersprechen**. Der Abschlussprüfer hat das Ergebnis der prüferischen Durchsicht in einer Bescheinigung zum Halbjahresfinanzbericht zusammenzufassen, die mit dem Halbjahresfinanzbericht zu veröffentlichen ist. Sind der verkürzte Abschluss und der Zwischenlagebericht entsprechend § 317 des Handelsgesetzbuchs geprüft worden, ist der Bestätigungsvermerk oder der Vermerk über seine Versagung vollständig wiederzugeben und mit dem Halbjahresfinanzbericht zu veröffentlichen.

Entwurf

lichen. § 320 und § 323 des Handelsgesetzbuchs gelten entsprechend.

(6) Das Bundesministerium der Finanzen kann im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Justiz durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, nähere Bestimmungen erlassen über

1. den Inhalt und die prüferische Durchsicht des Halbjahresfinanzberichts,
2. den Mindestinhalt, die Art, die Sprache, den Umfang und die Form der Veröffentlichung nach Absatz 1 Satz 3,
3. den Mindestinhalt, die Art, die Sprache, den Umfang und die Form der Mitteilung nach Absatz 1 Satz 4 und
4. wie lange der Halbjahresfinanzbericht im Unternehmensregister allgemein zugänglich bleiben muss und wann er zu löschen ist.

§ 37x

Zwischenmitteilung der Geschäftsführung

(1) Ein Unternehmen, das als Inlandsemittent Aktien begibt, hat *für den Schluss des ersten und dritten Quartals eines jeden Geschäftsjahrs* jeweils eine Zwischenmitteilung der Geschäftsführung *zu erstellen und spätestens sechs Wochen nach Ablauf des Mitteilungszeitraums* der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Außerdem muss das Unternehmen vorher eine Bekanntmachung darüber veröffentlichen, ab welchem Zeitpunkt und unter welcher Internetadresse die Zwischenmitteilung der Geschäftsführung zusätzlich zu ihrer Verfügbarkeit im Unternehmensregister öffentlich zugänglich ist. Das Unternehmen teilt die Bekanntmachung gleichzeitig mit ihrer Veröffentlichung der Bundesanstalt mit und übermittelt sie unverzüglich, jedoch nicht vor ihrer Veröffentlichung dem Unternehmensregister im Sinne des § 8b des Handelsgesetzbuchs zur Speicherung. Es hat außerdem unverzüglich, jedoch nicht vor Veröffentlichung der Bekanntmachung nach Satz 2 die Zwischenmitteilung der Geschäftsführung an das Unternehmensregister zur Speicherung zu übermitteln.

(2) Die Zwischenmitteilung hat die Beurteilung zu ermöglichen, wie sich die Geschäftstätigkeit des Emittenten in den drei Monaten vor Ablauf des Mitteilungszeitraums entwickelt hat. In der Zwischenmitteilung sind die wesentlichen Ereignisse und Geschäfte des Mitteilungszeitraums im Unternehmen des Emittenten und ihre Auswirkungen auf die Finanzlage des Emittenten zu erläutern sowie die Finanzlage und das Geschäftsergebnis des Emittenten im Mitteilungszeitraum zu beschreiben.

Beschlüsse des 7. Ausschusses

Sind der verkürzte Abschluss und der Zwischenlagebericht weder einer prüferischen Durchsicht unterzogen noch entsprechend § 317 des Handelsgesetzbuchs geprüft worden, ist dies im Halbjahresfinanzbericht anzugeben. § 320 und § 323 des Handelsgesetzbuchs gelten entsprechend.

(6) Das Bundesministerium der Finanzen kann im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Justiz durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, nähere Bestimmungen erlassen über

1. unverändert
2. den Mindestinhalt, die Art, die Sprache, den Umfang und die Form der Veröffentlichung nach Absatz 1 Satz 2,
3. den Mindestinhalt, die Art, die Sprache, den Umfang und die Form der Mitteilung nach Absatz 1 Satz 3 und
4. unverändert

§ 37x

Zwischenmitteilung der Geschäftsführung

(1) Ein Unternehmen, das als Inlandsemittent Aktien begibt, hat **in einem Zeitraum zwischen zehn Wochen nach Beginn und sechs Wochen vor Ende der ersten und zweiten Hälfte des Geschäftsjahrs** jeweils eine Zwischenmitteilung der Geschäftsführung der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Außerdem muss das Unternehmen vorher eine Bekanntmachung darüber veröffentlichen, ab welchem Zeitpunkt und unter welcher Internetadresse die Zwischenmitteilung der Geschäftsführung zusätzlich zu ihrer Verfügbarkeit im Unternehmensregister öffentlich zugänglich ist. Das Unternehmen teilt die Bekanntmachung gleichzeitig mit ihrer Veröffentlichung der Bundesanstalt mit und übermittelt sie unverzüglich, jedoch nicht vor ihrer Veröffentlichung dem Unternehmensregister im Sinne des § 8b des Handelsgesetzbuchs zur Speicherung. Es hat außerdem unverzüglich, jedoch nicht vor Veröffentlichung der Bekanntmachung nach Satz 2 die Zwischenmitteilung der Geschäftsführung an das Unternehmensregister zur Speicherung zu übermitteln.

(2) Die Zwischenmitteilung hat **Informationen über den Zeitraum zwischen dem Beginn der jeweiligen Hälfte des Geschäftsjahrs und dem Zeitpunkt zu enthalten, zu welchem die Zwischenmitteilung der Öffentlichkeit im Sinne des Absatzes 1 Satz 1 zur Verfügung stehen; diese Informationen haben** die Beurteilung zu ermöglichen, wie sich die Geschäftstätigkeit des Emittenten in den drei Monaten vor Ablauf des Mitteilungszeitraums entwickelt hat. In der Zwischenmitteilung sind die wesentlichen Ereignisse und Geschäfte des Mitteilungszeitraums im Unternehmen des Emittenten und ihre Auswirkungen

Entwurf

(3) Wird ein Quartalsfinanzbericht nach den Vorgaben des § 37w Abs. 2 *bis* 4 erstellt und veröffentlicht, entfällt die Pflicht nach Absatz 1. Der Quartalsfinanzbericht ist unverzüglich, jedoch nicht vor seiner Veröffentlichung an das Unternehmensregister zu übermitteln. Wird der Quartalsfinanzbericht einer prüferischen Durchsicht durch einen Abschlussprüfer unterzogen, gelten § 320 und § 323 des Handelsgesetzbuchs entsprechend.

(4) Das Bundesministerium der Finanzen kann im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Justiz durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, nähere Bestimmungen erlassen über

1. den Mindestinhalt, die Art, die Sprache, den Umfang und die Form der Veröffentlichung nach Absatz 1 Satz 2 und
2. den Mindestinhalt, die Art, die Sprache, den Umfang und die Form der Mitteilung nach Absatz 1 Satz 3.

§ 37y
Konzernabschluss

Ist ein Mutterunternehmen verpflichtet, einen Konzernabschluss und einen Konzernlagebericht aufzustellen, gelten § 37v bis § 37x mit der folgenden Maßgabe:

1. Der Jahresfinanzbericht hat auch den geprüften Konzernabschluss, den Konzernlagebericht und eine den Vorgaben des § 297 Abs. 2 Satz 3, § 315 Abs. 1 Satz 6 des Handelsgesetzbuchs entsprechende Erklärung zu enthalten.
2. Die gesetzlichen Vertreter des Mutterunternehmens haben den Halbjahresfinanzbericht für das Mutterunternehmen und die Gesamtheit der *nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs* einzubeziehenden Tochterunternehmen zu erstellen und zu veröffentlichen. § 37w Abs. 3 gilt entsprechend, wenn das Mutterunternehmen verpflichtet ist, den Konzernabschluss nach den in § 315a Abs. 1 des Handelsgesetzbuchs bezeichneten internationalen Rechnungslegungsstandards und Vorschriften aufzustellen.
3. Die Angaben nach § 37x Abs. 2 Satz 2 in der Zwischenmitteilung eines Mutterunternehmens haben sich auf das Mutterunternehmen und die Gesamtheit der *nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs* einzubeziehenden Tochterunternehmen zu beziehen.

Beschlüsse des 7. Ausschusses

auf die Finanzlage des Emittenten zu erläutern sowie die Finanzlage und das Geschäftsergebnis des Emittenten im Mitteilungszeitraum zu beschreiben.

(3) Wird ein Quartalsfinanzbericht nach den Vorgaben des § 37w Abs. 2 **Nr. 1 und 2, Abs. 3 und 4** erstellt und veröffentlicht, entfällt die Pflicht nach Absatz 1. Der Quartalsfinanzbericht ist unverzüglich, jedoch nicht vor seiner Veröffentlichung an das Unternehmensregister zu übermitteln. Wird der Quartalsfinanzbericht einer prüferischen Durchsicht durch einen Abschlussprüfer unterzogen, gelten § 320 und § 323 des Handelsgesetzbuchs entsprechend.

(4) **unverändert**

§ 37y
Konzernabschluss

Ist ein Mutterunternehmen verpflichtet, einen Konzernabschluss und einen Konzernlagebericht aufzustellen, gelten § 37v bis § 37x mit der folgenden Maßgabe:

1. Der Jahresfinanzbericht hat auch den geprüften, **im Einklang mit der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 betreffend die Anwendung internationaler Rechnungslegungsstandards (ABl. EG Nr. L 243 S. 1) aufgestellten** Konzernabschluss, den Konzernlagebericht und eine den Vorgaben des § 297 Abs. 2 Satz 3, § 315 Abs. 1 Satz 6 des Handelsgesetzbuchs entsprechende Erklärung zu enthalten.
2. Die gesetzlichen Vertreter des Mutterunternehmens haben den Halbjahresfinanzbericht für das Mutterunternehmen und die Gesamtheit der einzubeziehenden Tochterunternehmen zu erstellen und zu veröffentlichen. § 37w Abs. 3 gilt entsprechend, wenn das Mutterunternehmen verpflichtet ist, den Konzernabschluss nach den in § 315a Abs. 1 des Handelsgesetzbuchs bezeichneten internationalen Rechnungslegungsstandards und Vorschriften aufzustellen.
3. Die Angaben nach § 37x Abs. 2 Satz 2 in der Zwischenmitteilung eines Mutterunternehmens haben sich auf das Mutterunternehmen und die Gesamtheit der einzubeziehenden Tochterunternehmen zu beziehen.

Entwurf

§ 37z
Ausnahmen

(1) Die §§ 37v bis 37y finden keine Anwendung auf Unternehmen, die ausschließlich zum Handel an einem organisierten Markt zugelassene Schuldtitel mit einer Mindeststückelung von 50 000 Euro oder dem am Ausgabebetrag entsprechenden Gegenwert einer anderen Währung begeben.

(2) § 37w findet keine Anwendung auf Kreditinstitute, die als Inlandsemittenten Wertpapiere begeben, wenn ihre Aktien nicht an einem organisierten Markt zugelassen sind und sie dauernd oder wiederholt ausschließlich Schuldtitel begeben haben, deren Gesamtnennbetrag 100 000 000 Euro nicht erreicht und für die kein Prospekt nach dem Wertpapierprospektgesetz veröffentlicht wurde.

(3) § 37w findet ebenfalls keine Anwendung auf Unternehmen, die als Inlandsemittenten Wertpapiere begeben, wenn sie zum 31. Dezember 2003 bereits existiert haben und ausschließlich zum Handel an einem organisierten Markt zugelassene Schuldtitel begeben, die vom Bund, von einem Land oder von einer seiner Gebietskörperschaften unbedingt und unwiderruflich garantiert werden.

(4) Die Bundesanstalt kann ein Unternehmen mit Sitz in einem Drittstaat, das als Inlandsemittent Wertpapiere begibt, von den Anforderungen der §§ 37v bis 37y, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 37v Abs. 3, § 37w Abs. 6 oder § 37x Abs. 4, ausnehmen, soweit diese Emittenten gleichwertigen Regeln eines Drittstaates unterliegen oder sich solchen Regeln unterwerfen. Die nach den Vorschriften des Drittstaates zu erstellenden Informationen sind jedoch in der in § 37v Abs. 1 Satz 1 und 2, § 37w Abs. 1 Satz 1 und 3 und § 37x Abs. 1 Satz 1 und 2, jeweils auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 37v Abs. 3, § 37w Abs. 6 oder § 37x Abs. 4, geregelten Weise der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, zu veröffentlichen und gleichzeitig der Bundesanstalt mitzuteilen. Die Informationen sind außerdem unverzüglich, jedoch nicht vor ihrer Veröffentlichung dem Unternehmensregister im Sinne des § 8b des Handelsgesetzbuchs zur Speicherung zu übermitteln. Das Bundesministerium der Finanzen kann durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, nähere Bestimmungen über die Gleichwertigkeit von Regeln eines Drittstaates und die Freistellung von Unternehmen nach Satz 1 erlassen.

(5) Abweichend von Absatz 4 werden Unternehmen mit Sitz in einem Drittstaat von der Erstellung ihrer Jahresabschlüsse nach § 37v und § 37w vor dem Geschäftsjahr, das am oder nach dem 1. Januar 2007 beginnt, ausgenommen, wenn die Unternehmen ihre Jahresabschlüsse nach den in Artikel 9 der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 betreffend die Anwendung internationaler Rechnungslegungsstandards (ABl. EG

Beschlüsse des 7. Ausschusses

§ 37z
Ausnahmen

(1) unverändert

(2) unverändert

(3) unverändert

(4) Die Bundesanstalt kann ein Unternehmen mit Sitz in einem Drittstaat, das als Inlandsemittent Wertpapiere begibt, von den Anforderungen der §§ 37v bis 37y, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 37v Abs. 3, § 37w Abs. 6 oder § 37x Abs. 4, ausnehmen, soweit diese Emittenten gleichwertigen Regeln eines Drittstaates unterliegen oder sich solchen Regeln unterwerfen. Die nach den Vorschriften des Drittstaates zu erstellenden Informationen sind jedoch in der in § 37v Abs. 1 Satz 1 und 2, § 37w Abs. 1 Satz 1 und 2 und § 37x Abs. 1 Satz 1 und 2, jeweils auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 37v Abs. 3, § 37w Abs. 6 oder § 37x Abs. 4, geregelten Weise der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, zu veröffentlichen und gleichzeitig der Bundesanstalt mitzuteilen. Die Informationen sind außerdem unverzüglich, jedoch nicht vor ihrer Veröffentlichung dem Unternehmensregister im Sinne des § 8b des Handelsgesetzbuchs zur Speicherung zu übermitteln. Das Bundesministerium der Finanzen kann durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, nähere Bestimmungen über die Gleichwertigkeit von Regeln eines Drittstaates und die Freistellung von Unternehmen nach Satz 1 erlassen.

(5) unverändert

Entwurf

Nr. L 243 S. 1) genannten international anerkannten Standards aufstellen.“

25. § 39 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
- a) Nummer 2 wird wie folgt geändert:
- aa) In Buchstabe c wird nach der Angabe „§ 15 Abs. 3 Satz 4“ das Wort „oder“ durch ein Komma ersetzt und nach der Angabe „Abs. 4 Satz 1“ die Angabe „oder Abs. 5 Satz 2“ eingefügt.
- bb) In Buchstabe d wird nach den Wörtern „auch in Verbindung mit Satz 2,“ die Angabe „Abs. 4 Satz 1“ eingefügt und nach der Angabe „Absatz 5 Satz 1,“ das Wort „oder“ gestrichen.
- cc) In Buchstabe e wird nach der Angabe „Satz 1“ die Angabe „oder 2“ und nach der Angabe „Abs. 1a“ ein Komma und die Wörter „jeweils auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 21 Abs. 3,“ eingefügt.
- dd) Nach Buchstabe e werden die folgenden Buchstaben eingefügt:
- „f) § 25 Abs. 1 Satz 1, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 25 Abs. 3,
- g) § 26 Abs. 2, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 26 Abs. 3 Nr. 2,
- h) § 26a Satz 1,
- i) § 29a Abs. 2 Satz 1,
- j) § 30c, auch in Verbindung mit § 30d,
- k) § 30e Abs. 1 Satz 1, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 30e Abs. 2,
- l) § 30f Abs. 2,
- m) § 37v Abs. 1 Satz 3, auch in Verbindung mit § 37y, jeweils auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 37v Abs. 3 Nr. 2,
- n) § 37w Abs. 1 Satz 4, auch in Verbindung mit § 37y, jeweils auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 37w Abs. 6 Nr. 3,
- o) § 37x Abs. 1 Satz 3, auch in Verbindung mit § 37y, jeweils auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 37x Abs. 4 Nr. 2, oder
- p) § 37z Abs. 4 Satz 2“.
- b) Nummer 5 wird wie folgt neu gefasst:
- „5. entgegen
- a) § 15 Abs. 1 Satz 1, auch in Verbindung mit Satz 2, § 15 Abs. 1 Satz 4 oder 5, jeweils in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach Abs. 7 Satz 1 Nr. 1,
- b) § 15a Abs. 4 Satz 1 in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach Abs. 5 Satz 1,

Beschlüsse des 7. Ausschusses

25. § 39 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
- a) Nummer 2 wird wie folgt geändert:
- aa) unverändert
- bb) unverändert
- cc) unverändert
- dd) Nach Buchstabe e werden die folgenden Buchstaben eingefügt:
- „f) § 25 Abs. 1 Satz 1, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 25 Abs. 3,
- g) § 26 Abs. 2, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 26 Abs. 3 Nr. 2,
- h) § 26a Satz 1,
- i) § 29a Abs. 2 Satz 1,
- j) § 30c, auch in Verbindung mit § 30d,
- k) § 30e Abs. 1 Satz 1, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 30e Abs. 2,
- l) § 30f Abs. 2,
- m) § 37v Abs. 1 Satz 3, auch in Verbindung mit § 37y, jeweils auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 37v Abs. 3 Nr. 2,
- n) § 37w Abs. 1 Satz 3, auch in Verbindung mit § 37y, jeweils auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 37w Abs. 6 Nr. 3,
- o) § 37x Abs. 1 Satz 3, auch in Verbindung mit § 37y, jeweils auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 37x Abs. 4 Nr. 2, oder
- p) § 37z Abs. 4 Satz 2“.
- b) Nummer 5 wird wie folgt neu gefasst:
- „5. entgegen
- a) unverändert
- b) unverändert

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
c) § 26 Abs. 1 Satz 1, auch in Verbindung mit Satz 2, jeweils in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 26 Abs. 3 Nr. 1, oder entgegen § 26a Satz 1 oder § 29a Abs. 2 Satz 1,	c) unverändert
d) § 30b Abs. 1 oder 2, jeweils auch in Verbindung mit § 30d,	d) unverändert
e) § 30e Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 30e Abs. 2 oder entgegen § 30f Abs. 2,	e) unverändert
f) § 37v Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 37v Abs. 3 Nr. 1, jeweils auch in Verbindung mit § 37y, oder entgegen § 37z Abs. 4 Satz 2,	f) unverändert
g) § 37w Abs. 1 Satz 3 in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 37w Abs. 6 Nr. 2, jeweils auch in Verbindung mit § 37y, oder	g) § 37w Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 37w Abs. 6 Nr. 2, jeweils auch in Verbindung mit § 37y, oder
h) § 37x Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 37x Abs. 4 Nr. 1, jeweils auch in Verbindung mit § 37y	h) unverändert
eine Veröffentlichung nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig vornimmt oder nicht oder nicht rechtzeitig nachholt,“.	
c) Folgende neue Nummer 6 wird eingefügt:	c) Folgende neue Nummer 6 wird eingefügt:
„6. entgegen § 15 Abs. 1 Satz 1, § 15a Abs. 4 Satz 1, § 26 Abs. 1 Satz 1, § 26a Satz 2, § 29a Abs. 2 Satz 2, § 30e Abs. 1 Satz 2, § 30f Abs. 2, § 37v Abs. 1 Satz 3, § 37w Abs. 1 Satz 4 oder § 37x Abs. 1 Satz 3, jeweils auch in Verbindung mit § 37y, oder entgegen § 37z Abs. 4 Satz 3 eine Information oder eine Bekanntmachung nicht oder nicht rechtzeitig übermittelt,“.	„6. entgegen § 15 Abs. 1 Satz 1, § 15a Abs. 4 Satz 1, § 26 Abs. 1 Satz 1, § 26a Satz 2, § 29a Abs. 2 Satz 2, § 30e Abs. 1 Satz 2, § 30f Abs. 2, § 37v Abs. 1 Satz 3, § 37w Abs. 1 Satz 3 oder § 37x Abs. 1 Satz 3, jeweils auch in Verbindung mit § 37y, oder entgegen § 37z Abs. 4 Satz 3 eine Information oder eine Bekanntmachung nicht oder nicht rechtzeitig übermittelt,“.
d) Die bisherige Nummer 6 wird die neue Nummer 7; die bisherige Nummer 7 wird aufgehoben.	d) unverändert
e) Nach Nummer 11 werden folgende neue Nummern 12 bis 14 eingefügt:	e) unverändert
„12. entgegen § 30a Abs. 1 Nr. 2, auch in Verbindung mit Abs. 3 oder § 30d, nicht sicherstellt, dass Einrichtungen und Informationen im Inland öffentlich zur Verfügung stehen,	
13. entgegen § 30a Abs. 1 Nr. 3, auch in Verbindung mit Abs. 3 oder § 30d, nicht sicherstellt, dass Daten vor der Kenntnisnahme durch Unbefugte geschützt sind,	
14. entgegen § 30a Abs. 1 Nr. 4, auch in Verbindung mit Abs. 3 oder § 30d, nicht sicherstellt, dass eine dort genannte Stelle bestimmt ist,“.	
f) Die bisherigen Nummern 12 bis 15 werden die neuen Nummern 15 bis 18.	f) unverändert
g) In der neuen Nummer 17 wird am Ende das Wort „oder“ durch ein Komma ersetzt.	g) unverändert

Entwurf

- h) Nach der neuen Nummer 18 werden folgende neue Nummern 19 und 20 angefügt:
- „19. entgegen § 37v Abs. 1 Satz 1, § 37w Abs. 1 Satz 1 oder § 37x Abs. 1 Satz 1, jeweils auch in Verbindung mit § 37y, einen Jahresfinanzbericht, einen Halbjahresfinanzbericht oder eine Zwischenmitteilung nicht oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt oder
20. entgegen § 37v Abs. 1 Satz 4, § 37w Abs. 1 Satz 5 oder § 37x Abs. 1 Satz 4, jeweils auch in Verbindung mit § 37y, einen Jahresfinanzbericht, einen Halbjahresfinanzbericht oder eine Zwischenmitteilung nicht oder nicht rechtzeitig übermittelt.“
26. In § 39 Abs. 4 werden nach der Angabe „Absatzes 2 Nr. 2 Buchstabe c“ das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt, nach der Angabe „e“ die Wörter „bis i und m bis p“ eingefügt, nach der Angabe „Nr. 3 und 4“ ein Komma und die Angabe „Nr. 5 Buchstabe c bis h und Nr. 6, 19 und 20“ eingefügt, nach der Angabe „Absatzes 2 Nr. 2 Buchstabe d, Nr. 5 Buchstabe b“ ein Komma und die Angabe „Nr. 12 bis 14“ eingefügt und die Angabe „Nr. 13“ durch die Angabe „Nr. 16“ ersetzt.
27. § 41 wird wie folgt geändert:
- a) Nach Absatz 4 wird folgender Absatz 4a eingefügt:
- „(4a) Wer am 20. Januar 2007, auch unter Berücksichtigung des § 22, einen mit Aktien verbundenen Stimmrechtsanteil hält, der die Schwelle von 15, 20 oder 30 Prozent erreicht, überschreitet oder unterschreitet, hat dem Emittenten, für den die Bundesrepublik Deutschland der Herkunftsstaat ist, spätestens am 20. März 2007 seinen Stimmrechtsanteil mitzuteilen. Das gilt nicht, wenn er bereits vor dem 20. Januar 2007 eine Mitteilung mit gleichwertigen Informationen an diesen Emittenten gerichtet hat; der Inhalt der Mitteilung richtet sich nach § 21 Abs. 1, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach Absatz 2.
- Wem am 20. Januar 2007 aufgrund Zurechnung nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 ein Stimmrechtsanteil an einem Emittenten, für den die Bundesrepublik Deutschland der Herkunftsstaat ist, von 5 Prozent oder mehr zusteht, muss diesen dem Emittenten spätestens am 20. März 2007 mitteilen. Dies gilt nicht, wenn er bereits vor dem 20. Januar 2007 eine Mitteilung mit gleichwertigen Informationen an diesen Emittenten gerichtet hat und ihm die Stimmrechtsanteile nicht bereits nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 in der vor dem [einsetzen: Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes] geltenden Fassung zugerechnet werden konnten; der Inhalt der Mitteilung

Beschlüsse des 7. Ausschusses

- h) Nach der neuen Nummer 18 werden folgende neue Nummern 19 und 20 angefügt:
- „19. entgegen § 37v Abs. 1 Satz 1, § 37w Abs. 1 Satz 1 oder § 37x Abs. 1 Satz 1, jeweils auch in Verbindung mit § 37y, einen Jahresfinanzbericht **einschließlich der Erklärung gemäß § 37v Abs. 2 Nr. 3**, einen Halbjahresfinanzbericht **einschließlich der Erklärung gemäß § 37w Abs. 2 Nr. 3** oder eine Zwischenmitteilung nicht oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt oder
20. entgegen § 37v Abs. 1 Satz 4, § 37w Abs. 1 Satz 4 oder § 37x Abs. 1 Satz 4, jeweils auch in Verbindung mit § 37y, einen Jahresfinanzbericht **einschließlich der Erklärung gemäß § 37v Abs. 2 Nr. 3**, einen Halbjahresfinanzbericht **einschließlich der Erklärung gemäß § 37w Abs. 2 Nr. 3** oder eine Zwischenmitteilung nicht oder nicht rechtzeitig übermittelt.“
26. unverändert
27. § 41 wird wie folgt geändert:
- a) Nach Absatz 4 wird folgender Absatz 4a eingefügt:
- „(4a) Wer am 20. Januar 2007, auch unter Berücksichtigung des § 22, einen mit Aktien verbundenen Stimmrechtsanteil hält, der die Schwelle von 15, 20 oder 30 Prozent erreicht, überschreitet oder unterschreitet, hat dem Emittenten, für den die Bundesrepublik Deutschland der Herkunftsstaat ist, spätestens am 20. März 2007 seinen Stimmrechtsanteil mitzuteilen. Das gilt nicht, wenn er bereits vor dem 20. Januar 2007 eine Mitteilung mit gleichwertigen Informationen an diesen Emittenten gerichtet hat; der Inhalt der Mitteilung richtet sich nach § 21 Abs. 1, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach Absatz 2.
- Wem am 20. Januar 2007 aufgrund Zurechnung nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 ein Stimmrechtsanteil an einem Emittenten, für den die Bundesrepublik Deutschland der Herkunftsstaat ist, von 5 Prozent oder mehr zusteht, muss diesen dem Emittenten spätestens am 20. März 2007 mitteilen. Dies gilt nicht, wenn er bereits vor dem 20. Januar 2007 eine Mitteilung mit gleichwertigen Informationen an diesen Emittenten gerichtet hat und ihm die Stimmrechtsanteile nicht bereits nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 in der vor dem [einsetzen: Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes] geltenden Fassung zugerechnet werden konnten; der Inhalt der Mitteilung

Entwurf

richtet sich nach § 21 Abs. 1, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach Absatz 2.

Wer am 20. Januar 2007 Finanzinstrumente im Sinne des § 25 hält, muss dem Emittenten, für den die Bundesrepublik Deutschland der Herkunftsstaat ist, spätestens am 20. März 2007 mitteilen, wie hoch sein Stimmrechtsanteil wäre, wenn er statt der Finanzinstrumente die Aktien hielte, die aufgrund der rechtlich bindenden Vereinbarung erworben werden können, es sei denn sein Stimmrechtsanteil läge unter 5 Prozent. Dies gilt nicht, wenn er bereits vor dem 20. Januar 2007 eine Mitteilung mit gleichwertigen Informationen an diesen Emittenten gerichtet hat; der Inhalt der Mitteilung richtet sich nach § 25 Abs. 1, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach Absatz 3.

Erhält ein Inlandsemittent eine Mitteilung nach Satz 1, 2 oder 3, so muss er diese bis spätestens zum 20. April 2007 nach § 26 Abs. 1 Satz 1, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach Absatz 3, veröffentlichen. Er übermittelt die Information außerdem unverzüglich, jedoch nicht vor ihrer Veröffentlichung dem Unternehmensregister im Sinne des § 8b des Handelsgesetzbuchs zur Speicherung. Er hat gleichzeitig mit der Veröffentlichung nach Satz 4 diese der Bundesanstalt nach § 26 Abs. 2, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach Absatz 3 Nr. 2, mitzuteilen.

Auf die Pflichten nach Satz 1 bis 3 sind die §§ 23, 24, 27 bis 29 und 29a Abs. 3 entsprechend anzuwenden. Auf die Pflichten nach Satz 4 ist § 29a Abs. 1 und 2 entsprechend anzuwenden.“

b) Absatz 5 wird wie folgt gefasst:

„(5) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig

1. entgegen Absatz 2 Satz 1 oder Absatz 4a Satz 1, 3, 5 oder 9 eine Mitteilung nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig macht oder
2. entgegen Absatz 3 oder Absatz 4a Satz 7 oder 8 eine Veröffentlichung nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig vornimmt, einen Beleg nicht oder nicht rechtzeitig übersendet oder eine Information nicht oder nicht rechtzeitig übermittelt.“

c) In Absatz 6 werden nach der Angabe „Absatzes 5“ die Angabe „Nr. 1“ gestrichen, das Wort „zweihundertfünftausend“ durch das Wort „zweihunderttausend“ ersetzt und die Wörter „und in den Fällen des Absatzes 5 Nr. 2 mit einer Geldbuße bis zu fünftausend Euro“ gestrichen.

28. Nach § 45 wird folgender § 46 angefügt:

„§ 46
Anwendungsbestimmung
zum Abschnitt 11 Unterabschnitt 2

Beschlüsse des 7. Ausschusses

richtet sich nach § 21 Abs. 1, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach Absatz 2.

Wer am 20. Januar 2007 Finanzinstrumente im Sinne des § 25 hält, muss dem Emittenten, für den die Bundesrepublik Deutschland der Herkunftsstaat ist, spätestens am 20. März 2007 mitteilen, wie hoch sein Stimmrechtsanteil wäre, wenn er statt der Finanzinstrumente die Aktien hielte, die aufgrund der rechtlich bindenden Vereinbarung erworben werden können, es sei denn sein Stimmrechtsanteil läge unter 5 Prozent. Dies gilt nicht, wenn er bereits vor dem 20. Januar 2007 eine Mitteilung mit gleichwertigen Informationen an diesen Emittenten gerichtet hat; der Inhalt der Mitteilung richtet sich nach § 25 Abs. 1, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach Absatz 3.

Erhält ein Inlandsemittent eine Mitteilung nach Satz 1, 3 oder 5, so muss er diese bis spätestens zum 20. April 2007 nach § 26 Abs. 1 Satz 1, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach Absatz 3, veröffentlichen. Er übermittelt die Information außerdem unverzüglich, jedoch nicht vor ihrer Veröffentlichung dem Unternehmensregister im Sinne des § 8b des Handelsgesetzbuchs zur Speicherung. Er hat gleichzeitig mit der Veröffentlichung nach Satz 7 diese der Bundesanstalt nach § 26 Abs. 2, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach Absatz 3 Nr. 2, mitzuteilen.

Auf die Pflichten nach Satz 1 bis 9 sind die §§ 23, 24, 27 bis 29 und 29a Abs. 3 entsprechend anzuwenden. Auf die Pflichten nach Satz 4 ist § 29a Abs. 1 und 2 entsprechend anzuwenden.“

b) unverändert

28. Nach § 45 wird folgender § 46 angefügt:

„§ 46
Anwendungsbestimmung
für das Transparenzrichtlinie-Umsetzungsgesetz

Entwurf

(1) § 37n und § 37o Abs. 1 Satz 4 sowie die Bestimmungen des Abschnitts 11 Unterabschnitt 2 in der vom [einsetzen: Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes] an geltenden Fassung finden erstmals auf Finanzberichte des Geschäftsjahrs Anwendung, das nach dem 31. Dezember 2006 beginnt.

(2) Auf Emittenten, von denen lediglich Schuldtitel zum Handel an einem organisierten Markt im Sinne des Artikels 4 Abs. 1 Nr. 14 der Richtlinie 2004/39/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Märkte für Finanzinstrumente (ABl. EU Nr. L 145 S. 1) in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassen sind, sowie auf Emittenten, deren Wertpapiere zum Handel in einem Drittstaat zugelassen sind und die zu diesem Zweck seit dem Geschäftsjahr, das vor dem 11. September 2002 begann, international anerkannte Rechnungslegungsstandards anwenden, finden § 37w Abs. 3 Satz 2 und § 37y Nr. 2 in der vom [einsetzen: Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes] an geltenden Fassung mit der Maßgabe Anwendung, dass der Emittent für vor dem 31. Dezember 2007 beginnende Geschäftsjahre die Rechnungslegungsgrundsätze des jeweiligen Vorjahresabschlusses anwenden kann.“

Artikel 2

Änderung der Wertpapierhandelsanzeige- und Insiderverzeichnisverordnung

Die Wertpapierhandelsanzeige- und Insiderverzeichnisverordnung vom 13. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3376) wird wie folgt geändert:

- In § 1 werden nach den Wörtern „Diese Verordnung ist anzuwenden auf“ die Wörter „die Wahl des Herkunftsstaates nach § 2b des Wertpapierhandelsgesetzes,“ eingefügt, nach der Angabe „§ 15a des Wertpapierhandelsgesetzes“ das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt, nach der Angabe „§ 15b des Wertpapierhandelsgesetzes“ ein Komma und die Wörter „die Veröffentlichung und Mitteilung bei Veränderungen des Stimmrechtsanteils nach Abschnitt 5 des Wertpapierhandelsgesetzes, die Veröffentlichung und Mitteilung zusätzlicher Angaben nach § 30e des Wertpapierhandelsgesetzes und die Veröffentlichung und Speicherung von Finanzberichten nach Abschnitt 11, Unterabschnitt 2 des Wertpapierhandelsgesetzes“ eingefügt.

Beschlüsse des 7. Ausschusses

(1) unverändert

(2) unverändert

(3) § 30b Abs. 3 Nr. 1 Buchstabe a in der vom [einsetzen: Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes] an geltenden Fassung findet erstmals auf Informationen Anwendung, die nach dem 31. Dezember 2007 übermittelt werden.

(4) Veröffentlichungen nach § 30b Abs. 1 und 2 sind bis zum 31. Dezember 2008 zusätzlich zu der Veröffentlichung im elektronischen Bundesanzeiger auch in einem Börsenpflichtblatt vorzunehmen.

Artikel 2

Änderung der Wertpapierhandelsanzeige- und Insiderverzeichnisverordnung

Die Wertpapierhandelsanzeige- und Insiderverzeichnisverordnung vom 13. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3376) wird wie folgt geändert:

- unverändert

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
2. In § 2 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a werden nach den Wörtern „Vor- und Familiennamen“ das Wort „und“ durch die Wörter „oder bei juristischen Personen den Namen und“ ersetzt.	2. unverändert
3. Die Überschrift des § 3 wird wie folgt gefasst: „§ 3 Art und Form der Anzeige“.	3. unverändert
4. Die Überschrift des Abschnitts 3 wird wie folgt gefasst: „Abschnitt 3 Veröffentlichung und Mitteilung von Informationen, Insiderverzeichnisse“.	4. unverändert
5. Nach der Überschrift des Abschnitts 3 wird folgender Unterabschnitt 1 eingefügt: „Unterabschnitt 1 Allgemeine Vorschriften § 3a Art der Veröffentlichung von Informationen (1) Die Informationen, auf die dieser Abschnitt Anwendung findet, sind zur Veröffentlichung Medien zuzuleiten, einschließlich solcher, bei denen davon ausgegangen werden kann, dass sie die Information in der gesamten Europäischen Union und in den übrigen Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum verbreiten. Soweit nichts anderes bestimmt ist, richtet sich ihre Veröffentlichung im Übrigen nach den Absätzen 2 bis 4 und § 3b und ihre Mitteilung nach § 3c. (2) Bei der Veröffentlichung der Informationen durch Medien nach Absatz 1 ist zu gewährleisten, dass 1. die Information von Medien empfangen wird, zu denen auch solche gehören müssen, die die Information so rasch und so zeitgleich wie möglich in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und in den übrigen Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum aktiv verbreiten können, 2. der Text der Information an die Medien in einer Weise gesandt wird, dass a) der Absender der Information sicher identifiziert werden kann, b) ein hinreichender Schutz gegen unbefugte Zugriffe oder Veränderung der Daten besteht und die Vertraulichkeit und Sicherheit der Übersendung auch im Übrigen durch die Art des genutzten Übertragungswegs oder durch eine Verschlüsselung der Daten nach dem Stand der Technik sichergestellt ist, c) Übertragungsfehler oder -unterbrechungen unverzüglich behoben werden können, und 3. bei der Übersendung der Information an die Medien a) der Name des Veröffentlichungspflichtigen einschließlich seiner Anschrift,	5. unverändert

Entwurf

- b) ein als Betreff erkennbares Schlagwort, das den wesentlichen Inhalt der Veröffentlichung zusammenfasst,
 - c) der Tag und die Uhrzeit der Übersendung und
 - d) das Ziel, die Information als eine vorgeschriebene Information europaweit zu verbreiten,
- erkennbar ist.

Der Veröffentlichungspflichtige ist für technische Systemfehler im Verantwortungsbereich der Medien, an die die Information versandt wurde, nicht verantwortlich.

(3) Der Veröffentlichungspflichtige muss auf Anforderung sechs Jahre lang in der Lage sein, der Bundesanstalt

1. die Person, die die Information an die Medien gesandt hat,
2. die verwandten Sicherheitsmaßnahmen für die Übersendung an die Medien,
3. den Tag und die Uhrzeit der Übersendung an die Medien,
4. das Mittel der Übersendung an die Medien und
5. gegebenenfalls alle Daten zu einer Verzögerung der Veröffentlichung

mitzuteilen.

(4) Beauftragt der Veröffentlichungspflichtige einen Dritten mit der Veranlassung der Veröffentlichung, bleibt er für die Erfüllung seiner Veröffentlichungspflicht verantwortlich; der Dritte muss die Anforderungen der Absätze 1 bis 3 erfüllen.

§ 3b

Sprache der Veröffentlichung

(1) Emittenten, deren Sitz im Ausland ist, oder Emittenten, für die die Bundesrepublik Deutschland der Herkunftsstaat nach § 2 Abs. 6 Nr. 3 Buchstabe a des Wertpapierhandelsgesetzes ist oder die bei der Bundesanstalt einen Prospekt in englischer Sprache für die Wertpapiere, auf die sich die Information bezieht, hinterlegt haben, können die Veröffentlichung ausschließlich in englischer Sprache vornehmen. Im Übrigen gelten die Absätze 2 bis 4.

(2) Sind Wertpapiere eines Emittenten, für den die Bundesrepublik Deutschland nach § 2 Abs. 6 des Wertpapierhandelsgesetzes der Herkunftsstaat ist, lediglich zum Handel an einem organisierten Markt im Inland zugelassen, so ist die Information in deutscher Sprache zu veröffentlichen. Sind die Wertpapiere zum Handel an einem organisierten Markt im Inland und in einem oder mehreren anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder in einem oder mehreren anderen Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassen, so ist die Information in deutscher oder englischer Sprache und nach Wahl des Emittenten in einer Sprache, die von den zuständigen Behörden der betreffenden Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder der betreffenden Vertragsstaaten des

Beschlüsse des 7. Ausschusses

Entwurf

Beschlüsse des 7. Ausschusses

Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum akzeptiert wird, oder in englischer Sprache zu veröffentlichen.

(3) Ein Inlandsemittent im Sinne des § 2 Abs. 7 Nr. 2 des Wertpapierhandelsgesetzes muss die Information in deutscher oder in englischer Sprache veröffentlichen. Ein Emittent, der seinen Sitz im Inland hat und dessen Wertpapiere nicht im Inland, sondern in mehr als einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zum Handel an einem organisierten Markt zugelassen sind, hat die Information nach seiner Wahl in einer von den zuständigen Behörden der betreffenden Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder der betreffenden Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum akzeptierten Sprache oder in englischer Sprache zu veröffentlichen; er kann sie zusätzlich auch in deutscher Sprache veröffentlichen.

(4) Sind Wertpapiere eines Inlandsemittenten im Sinne des § 2 Abs. 7 des Wertpapierhandelsgesetzes mit einer Mindeststückelung von 50 000 Euro oder einem am Ausgabetag entsprechenden Gegenwert in einer anderen Währung zum Handel an einem organisierten Markt im Inland oder in einem oder mehreren Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder in einem oder mehreren Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassen, so hat er die Information abweichend von den Absätzen 2 und 3 in englischer Sprache oder in einer Sprache zu veröffentlichen, die von der Bundesanstalt und im Falle der Zulassung in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum von den zuständigen Behörden dieser Staaten akzeptiert wird.

§ 3c

Mitteilung der Veröffentlichung

Soweit nichts anderes bestimmt ist, muss der Bundesanstalt die Veröffentlichung unter Angabe des Textes der Veröffentlichung, der Medien, an die die Information gesandt wurde, sowie des genauen Zeitpunkts der Versendung an die Medien mitgeteilt werden.“

6. Vor § 4 wird folgende Zwischenüberschrift eingefügt: 6. unverändert

„Unterabschnitt 2
Veröffentlichung und Mitteilung
von Insiderinformationen“.

7. § 4 wird wie folgt geändert: 7. unverändert

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 Nr. 3 wird wie folgt gefasst:

„3. die internationalen Wertpapierkennnummern der vom Emittenten ausgegebenen Aktien, Options- und Wandelanleihen sowie Genussscheine mit Ausstattungsmerkmalen, die den Aktien vergleichbar sind, soweit sie zum Handel an einem inländischen organisierten Markt zugelassen sind oder für sie eine solche Zulassung beantragt wurde, so-

Entwurf

wie die Börse und das Handelssegment, für die die Zulassung besteht oder beantragt wurde; hat der Emittent weitere Finanzinstrumente ausgegeben, für die eine Zulassung besteht oder beantragt wurde, genügt die Angabe einer Internetadresse, unter der er die entsprechenden Angaben für diese Finanzinstrumente in einer stets aktuellen und vollständigen Datei bereit zu stellen hat, wobei die Hauptseite einen deutlich erkennbaren Hinweis auf eine Seite mit Informationen für Anleger zu enthalten hat, unter der die Datei leicht aufzufinden sein muss,“.

bb) In Satz 3 ist die Angabe „§ 15 Abs. 1 Satz 3 und 4“ durch die Angabe „§ 15 Abs. 1 Satz 4 und 5“ zu ersetzen.

b) Absatz 2 Nr. 2 wird wie folgt gefasst:

„2. nach den Angaben im Sinn des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 2 und 3 die Medien, an die die Information gesandt wurde, sowie den Zeitpunkt dieser Versendung,“.

c) Absatz 3 Nr. 2 wird wie folgt gefasst:

„2. nach den Angaben im Sinn des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 2 und 3 den Inhalt der Veröffentlichung der unwahren Information, die Medien, an die die Information gesandt wurde, sowie den Zeitpunkt dieser Versendung,“.

8. § 5 wird wie folgt gefasst:

„§ 5
Art der Veröffentlichung

Unbeschadet der Anforderungen der §§ 3a und 3b hat der Veröffentlichungspflichtige dafür Sorge zu tragen, dass die Information

1. über ein elektronisch betriebenes Informationsverbreitungssystem, das bei Kreditinstituten, nach § 53 Abs. 1 Satz 1 des Kreditwesengesetzes tätigen Unternehmen, anderen Unternehmen, die ihren Sitz im Inland haben und an einer inländischen Börse zur Teilnahme am Handel zugelassen sind, und Versicherungsunternehmen weit verbreitet ist, in die Öffentlichkeit gelangt und
2. sofern der Veröffentlichungspflichtige über eine Adresse im Internet verfügt, unter dieser Adresse für die Dauer von mindestens einem Monat verfügbar ist, wobei die Hauptseite einen deutlich erkennbaren Hinweis auf eine Seite mit Informationen für Anleger zu enthalten hat, unter der die Veröffentlichung leicht aufzufinden sein muss.

Die Veröffentlichung nach Satz 1 Nr. 2 darf nicht vor der Veröffentlichung nach Satz 1 Nr. 1 erfolgen. Die Verpflichtungen nach dieser Vorschrift gelten nicht für Emittenten im Sinn des § 2 Abs. 7 Nr. 2 des Wertpapierhandelsgesetzes.“

9. Nach § 5 wird folgender § 5a eingefügt:

Beschlüsse des 7. Ausschusses

8. unverändert

9. unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 7. Ausschusses

„§ 5a

Mitteilung der Veröffentlichung

Die Mitteilung über die Veröffentlichung nach § 15 Abs. 5 Satz 2 des Wertpapierhandelsgesetzes ist mit den von § 3c geforderten Angaben auch an die Geschäftsführung der organisierten Märkte im Sinn des § 15 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 und 2 des Wertpapierhandelsgesetzes zu senden. Für die Versendung der Mitteilung gelten die Anforderungen nach § 3a Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und 3 entsprechend.“

- | | | | |
|-----|---|-----|-------------|
| 10. | In § 8 Abs. 3 Satz 1 wird im einleitenden Satzteil die Angabe „§ 15 Abs. 1 Satz 3 und 4“ durch die Angabe „§ 15 Abs. 1 Satz 4 und 5“ und in Nummer 4 die Angabe „§ 15 Abs. 1 Satz 4“ durch die Angabe „§ 15 Abs. 1 Satz 5“ ersetzt. | 10. | unverändert |
| 11. | In der Überschrift des § 9 werden vor dem Wort „Form“ die Wörter „Art und“ eingefügt. | 11. | unverändert |
| 12. | Die Überschrift des Abschnitts 4 wird durch folgende Überschrift ersetzt: | 12. | unverändert |

„Unterabschnitt 3

Veröffentlichung und Mitteilung von Geschäften“.

- | | | | |
|-----|---|-----|------------------------------|
| 13. | In der Überschrift des § 11 werden vor dem Wort „Form“ die Wörter „Art und“ eingefügt. | 13. | unverändert |
| 14. | In § 12 Nr. 2 werden nach den Wörtern „Vor- und Familiennamen“ die Wörter „oder bei juristischen Personen den Namen“ eingefügt. | 14. | unverändert |
| 15. | § 13 wird wie folgt gefasst: | 15. | § 13 wird wie folgt gefasst: |

„§ 13

Art der Veröffentlichung

Die Bundesanstalt kann zusätzlich zur Veröffentlichung nach § 15a Abs. 4 Satz 1 des Wertpapierhandelsgesetzes in Verbindung mit den §§ 3a und 3b die Information im Internet unter ihrer Adresse *vornehmen*.“

16. Nach § 13 wird folgender § 13a eingefügt:

„§ 13a

Mitteilung der Veröffentlichung

Für die Mitteilung des Emittenten über die Veröffentlichung an die Bundesanstalt nach § 15a Abs. 4 Satz 2 des Wertpapierhandelsgesetzes gilt § 3c.“

- | | | | |
|-----|---|-----|-------------|
| 17. | Die Überschrift des Abschnitts 5 wird durch folgende Überschrift ersetzt: | 17. | unverändert |
|-----|---|-----|-------------|

„Unterabschnitt 4

Insiderverzeichnis“.

18. Nach § 16 werden folgende Unterabschnitte eingefügt:

„Unterabschnitt 5

Veröffentlichung und Mitteilung bei Veränderungen des Stimmrechtsanteils

§ 17

Inhalt der Mitteilung

(1) Die Mitteilungen nach § 21 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 1a des Wertpapierhandelsgesetzes haben zu enthalten:

„§ 13

Art der Veröffentlichung

Die Bundesanstalt kann zusätzlich zur Veröffentlichung nach § 15a Abs. 4 Satz 1 des Wertpapierhandelsgesetzes in Verbindung mit den §§ 3a und 3b die Information im Internet unter ihrer Adresse **veröffentlichen**.“

16. unverändert

17. unverändert

18. Nach § 16 werden folgende Unterabschnitte eingefügt:

„Unterabschnitt 5

Veröffentlichung und Mitteilung bei Veränderungen des Stimmrechtsanteils

§ 17

Inhalt der Mitteilung

(1) unverändert

Entwurf

1. die deutlich hervorgehobene Überschrift „Stimmrechtsmitteilung“,
2. den Namen und die Anschrift des Mitteilungspflichtigen,
3. den Namen und die Anschrift des Emittenten,
4. die Schwelle, die berührt wurde, sowie die Angabe, ob die Schwelle überschritten, unterschritten oder erreicht wurde,
5. die Höhe des nunmehr gehaltenen Stimmrechtsanteils in Bezug auf die Gesamtmenge der Stimmrechte des Emittenten, auch wenn die Ausübung dieser Stimmrechte ausgesetzt ist, und in Bezug auf alle mit Stimmrechten versehenen Aktien ein und derselben Gattung und
6. das Datum des Überschreitens, Unterschreitens oder Erreichens der Schwelle.

(2) Zusätzlich hat im Fall der Zurechnung von Stimmrechten nach § 22 Abs. 1 und 2 des Wertpapierhandelsgesetzes die Mitteilung nach Absatz 1 zu enthalten:

1. den Namen des Dritten, aus dessen Aktien dem Mitteilungspflichtigen Stimmrechte zugerechnet werden,
2. gegebenenfalls die Namen der kontrollierten Unternehmen, über die die Stimmrechte tatsächlich gehalten werden.

Die zuzurechnenden Stimmrechte sind in den Mitteilungen nach § 21 Abs. 1 und 1a des Wertpapierhandelsgesetzes für jede der Nummern in § 22 Abs. 1 und für § 22 Abs. 2 Satz 1 des Wertpapierhandelsgesetzes getrennt anzugeben.

(3) Die Mitteilung nach § 25 Abs. 1 Satz 1 des Wertpapierhandelsgesetzes hat neben den Angaben des Absatzes 1 Nr. 1 und 2 zu enthalten:

1. den Namen und die Anschrift des Emittenten der Aktien, die mit den Finanzinstrumenten erworben werden können,
2. die Schwelle, die berührt würde, und die Höhe des Stimmrechtsanteils, der bestände, wenn der Mitteilungspflichtige statt der Finanzinstrumente die Aktien hielte, die aufgrund der förmlichen Vereinbarung erworben werden können, sowie die Angabe, ob die Schwelle überschritten, unterschritten oder erreicht würde; die Angabe des Stimmrechtsanteils muss sich auf die Gesamtmenge der Stimmrechte des Emittenten beziehen,
3. gegebenenfalls die Kette der kontrollierten Unternehmen, über die die Finanzinstrumente gehalten werden,
4. das Datum des hypothetischen Erreichens, Überschreitens oder Unterschreitens der Schwellen,

Beschlüsse des 7. Ausschusses

(2) Zusätzlich hat im Fall der Zurechnung von Stimmrechten nach § 22 Abs. 1 und 2 des Wertpapierhandelsgesetzes die Mitteilung nach Absatz 1 zu enthalten:

1. den Namen des Dritten, aus dessen Aktien dem Mitteilungspflichtigen Stimmrechte zugerechnet werden, **wenn dessen zugerechneter Stimmrechtsanteil jeweils 3 Prozent oder mehr beträgt,**
2. gegebenenfalls die Namen der kontrollierten Unternehmen, über die die Stimmrechte tatsächlich gehalten werden, **wenn deren zugerechneter Stimmrechtsanteil jeweils 3 Prozent oder mehr beträgt.**

Die zuzurechnenden Stimmrechte sind in den Mitteilungen nach § 21 Abs. 1 und 1a des Wertpapierhandelsgesetzes für jede der Nummern in § 22 Abs. 1 und für § 22 Abs. 2 Satz 1 des Wertpapierhandelsgesetzes getrennt anzugeben.

(3) unverändert

Entwurf

5. bei Finanzinstrumenten mit einem bestimmten Ausübungszeitraum einen Hinweis auf den Zeitpunkt, an dem die Aktien erworben werden sollen oder können, und
6. das Datum der Fälligkeit oder des Verfalls der Finanzinstrumente.

(4) Für die Zwecke der Berechnung des Stimmrechtsanteils ist die letzte Veröffentlichung nach § 26a des Wertpapierhandelsgesetzes zugrunde zu legen.

§ 18

Art, Form und Sprache der Mitteilung

Mitteilungen nach § 21 Abs. 1 Satz 1, Abs. 1a und § 25 Abs. 1 Satz 1 des Wertpapierhandelsgesetzes sind schriftlich oder mittels Telefax in deutscher oder englischer Sprache an den Emittenten und die Bundesanstalt zu übersenden.

§ 19

Inhalt der Veröffentlichung

Die Veröffentlichung nach § 26 Abs. 1 Satz 1 des Wertpapierhandelsgesetzes muss die Angaben der Mitteilung enthalten; der Mitteilungspflichtige ist mit vollständigem Namen, Sitz und Staat, in dem sich sein Wohnort oder Sitz befindet, anzugeben.

§ 20

Art und Sprache der Veröffentlichung

Die Art und Sprache der Veröffentlichung nach § 26 Abs. 1 Satz 1 des Wertpapierhandelsgesetzes erfolgt nach Maßgabe der §§ 3a und 3b; jedoch kann abweichend hiervon der Emittent die Mitteilung in englischer Sprache veröffentlichen, wenn er die Mitteilung in englischer Sprache erhalten hat.

§ 21

Mitteilung der Veröffentlichung

Für die Mitteilung des Emittenten über die Veröffentlichung an die Bundesanstalt nach § 26 Abs. 2 des Wertpapierhandelsgesetzes gilt § 3c.

Unterabschnitt 6

Veröffentlichung und Inhalt von Finanzberichten

§ 22

Art und Sprache der Veröffentlichung

Für die Art und Sprache der Veröffentlichung der Bekanntmachung nach § 37v Abs. 1 Satz 2, § 37w Abs. 1 Satz 3 und § 37x Abs. 1 Satz 2 des Wertpapierhandelsgesetzes gelten die §§ 3a und 3b.

§ 23

Mitteilung der Veröffentlichung

Für die Mitteilung des Unternehmens über die Veröffentlichung der Bekanntmachung an die Bundesanstalt nach § 37v Abs. 1 Satz 3, § 37w Abs. 1 Satz 4 und § 37x Abs. 1 Satz 3 des Wertpapierhandelsgesetzes gilt § 3c.

Beschlüsse des 7. Ausschusses

(4) unverändert

§ 18

unverändert

§ 19

unverändert

§ 20

unverändert

§ 21

unverändert

Unterabschnitt 6

Veröffentlichung und Inhalt von Finanzberichten

§ 22

Art und Sprache der Veröffentlichung

Für die Art und Sprache der Veröffentlichung der Bekanntmachung nach § 37v Abs. 1 Satz 2, § 37w Abs. 1 Satz 2 und § 37x Abs. 1 Satz 2 des Wertpapierhandelsgesetzes gelten die §§ 3a und 3b.

§ 23

Mitteilung der Veröffentlichung

Für die Mitteilung des Unternehmens über die Veröffentlichung der Bekanntmachung an die Bundesanstalt nach § 37v Abs. 1 Satz 3, § 37w Abs. 1 Satz 3 und § 37x Abs. 1 Satz 3 des Wertpapierhandelsgesetzes gilt § 3c.

Entwurf

§ 24

Verfügbarkeit der Finanzberichte

Die Informationen im Sinn von § 37v Abs. 2 und § 37w Abs. 2 des Wertpapierhandelsgesetzes müssen für mindestens fünf Jahre im Unternehmensregister der Öffentlichkeit zugänglich sein.

Unterabschnitt 7

Wahl des Herkunftsstaates

§ 25

Art der Veröffentlichung

Die Wahl der Bundesrepublik Deutschland als Herkunftsstaat nach § 2b des Wertpapierhandelsgesetzes ist nach Maßgabe des § 3a zu veröffentlichen.

Unterabschnitt 8

Veröffentlichung zusätzlicher Angaben

§ 26

Art, Sprache und Mitteilung der Veröffentlichung

Die Veröffentlichung nach § 30e Abs. 1 Satz 1 des Wertpapierhandelsgesetzes erfolgt nach Maßgabe der §§ 3a und 3b; *die* Mitteilung nach § 30e Abs. 1 Satz 1 des Wertpapierhandelsgesetzes erfolgt nach § 3c.“

22. Der bisherige Abschnitt 6 wird neuer Abschnitt 4 und der bisherige § 17 wird neuer § 27.

Artikel 3

Änderung des Börsengesetzes

Das Börsengesetz vom 21. Juni 2002 (BGBl. I S. 2010), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 16. August 2005 (BGBl. I S. 2437, 3095), wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) Die Angabe zu § 40 wird wie folgt gefasst:

„§ 40 (weggefallen)“.
 - b) Nach der Angabe zu § 42 wird folgende Angabe eingefügt:

„§ 42a Verpflichtung des Insolvenzverwalters“.
2. § 39 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 werden die Nummern 1 bis 3 aufgehoben.
 - b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Vorschriften darüber zu erlassen, wann und unter welchen Voraussetzungen die Verpflichtung nach Absatz 1 Nr. 4 eintritt.“
3. § 40 wird aufgehoben.
4. Nach § 42 wird folgender § 42a eingefügt:

Beschlüsse des 7. Ausschusses

§ 24

unverändert

Unterabschnitt 7

Wahl des Herkunftsstaates

§ 25

unverändert

Unterabschnitt 8

Veröffentlichung zusätzlicher Angaben

§ 26

Art, Sprache und Mitteilung der Veröffentlichung

Die Veröffentlichung nach § 30e Abs. 1 Satz 1 des Wertpapierhandelsgesetzes erfolgt nach Maßgabe der §§ 3a und 3b; **der Emittent kann die Information im Sinne des § 30e Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 des Wertpapierhandelsgesetzes jedoch ausschließlich in englischer Sprache veröffentlichen.** Die Mitteilung nach § 30e Abs. 1 Satz 1 des Wertpapierhandelsgesetzes erfolgt nach § 3c.“

19. unverändert

Artikel 3

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 7. Ausschusses

„§ 42a

Verpflichtung des Insolvenzverwalters

(1) Wird über das Vermögen eines nach diesem Gesetz zu einer Handlung Verpflichteten ein Insolvenzverfahren eröffnet, hat der Insolvenzverwalter den Schuldner bei der Erfüllung der Pflichten nach diesem Gesetz zu unterstützen, insbesondere indem er aus der Insolvenzmasse die hierfür erforderlichen Mittel bereitstellt.

(2) Wird vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens ein vorläufiger Insolvenzverwalter bestellt, hat dieser den Schuldner bei der Erfüllung seiner Pflichten zu unterstützen, insbesondere indem er der Verwendung der Mittel durch den Verpflichteten zustimmt oder, wenn dem Verpflichteten ein allgemeines Verfügungsverbot auferlegt wurde, indem er die Mittel aus dem von ihm verwalteten Vermögen zur Verfügung stellt.“

5. § 54 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Die Bestimmungen des § 37 Abs. 1, der §§ 41, 42a und 43 über die Verpflichtungen des Emittenten gelten für den geregelten Markt entsprechend.“

6. § 62 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 werden die Nummern 2 und 3 aufgehoben.
- b) In Absatz 3 wird die Angabe „Nr. 3, 5 und 6 Buchstabe a“ durch die Angabe „Nr. 5 und 6 Buchstabe a“ ersetzt.

Artikel 4**Änderung der Börsenzulassungs-Verordnung**

Die Börsenzulassungs-Verordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. September 1998 (BGBl. I S. 2832), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 22. Juni 2005 (BGBl. I S. 1698), wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

- a) Die Angaben zum Ersten Abschnitt des Zweiten Kapitels werden durch folgende Angabe ersetzt:

„Erster Abschnitt
(weggefallen)“.

- b) Die Angaben zu den §§ 63 bis 67 werden wie folgt gefasst:

„§ 63 (weggefallen)

§ 64 (weggefallen)

§ 65 (weggefallen)

§ 66 (weggefallen)

§ 67 (weggefallen)“.

- c) Die Angabe zu § 70 wird wie folgt gefasst:

„§ 70 (weggefallen)“.

- d) Die Angabe zur Überschrift des Dritten Kapitels wird wie folgt gefasst:

Artikel 4**Änderung der Börsenzulassungs-Verordnung**

Die Börsenzulassungs-Verordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. September 1998 (BGBl. I S. 2832), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 22. Juni 2005 (BGBl. I S. 1698), wird wie folgt geändert:

1. unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 7. Ausschusses

„Drittes Kapitel
Schlussvorschriften“.

e) Die Angabe zu § 71 wird wie folgt gefasst:

„§ 71 (weggefallen)“.

- | | |
|--|----------------|
| 2. In § 12 Abs. 1 Nr. 1 werden die Wörter „und §§ 62 bis 67 dieser Verordnung“ gestrichen. | 2. unverändert |
| 3. Im Zweiten Kapitel wird der Erste Abschnitt aufgehoben. | 3. unverändert |
| 4. Die §§ 63 bis 67 werden aufgehoben. | 4. unverändert |
| 5. § 70 wird aufgehoben. | 5. unverändert |
| 6. Die Überschrift des Dritten Kapitels wird wie folgt gefasst: | 6. unverändert |

„Drittes Kapitel
Schlussvorschriften“.

7. § 71 wird aufgehoben.

7. unverändert

7a. § 72a Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Veröffentlichungen nach den §§ 49 und 51 sind bis zum 31. Dezember 2008 zusätzlich zu der Veröffentlichung im elektronischen Bundesanzeiger auch in einem Börsenpflichtblatt vorzunehmen; das Börsenpflichtblatt in dem Zulassungsantrag nach § 48 Abs. 1 zu bezeichnen.“

8. Die Anlage wird aufgehoben.

8. unverändert

Artikel 5

Änderung des Handelsgesetzbuchs

Das Handelsgesetzbuch in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 4100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch [Entwurf eines Gesetzes über elektronische Handelsregister und Genossenschaftsregister sowie das Unternehmensregister (EHUG), Bundestagsdrucksache 16/960], wird wie folgt geändert:

1. § 8b wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 Nr. 9 wird wie folgt gefasst:

„9. Veröffentlichungen und sonstige der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellte Informationen nach den §§ 2b, 15 Abs. 1 und 2, § 15a Abs. 4, § 26 Abs. 1, §§ 26a, 29a Abs. 2, §§ 30e, 30f Abs. 2, § 37v Abs. 1 bis § 37x Abs. 1, §§ 37y, 37z Abs. 4 und § 41 Abs. 4a des Wertpapierhandlungsgesetzes, sofern die Veröffentlichung nicht bereits über Nummer 4 oder Nummer 7 in das Unternehmensregister eingestellt wird,“.

b) Dem Absatz 3 werden folgende Sätze 3 bis 5 angefügt:

„Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht überwacht die Übermittlung der Veröffentlichungen und der sonstigen der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellten Informationen nach den §§ 2b, 15 Abs. 1 und 2, § 15a Abs. 4, § 26 Abs. 1, §§ 26a, 29a Abs. 2, §§ 30e, 30f Abs. 2, § 37v Abs. 1 bis § 37x Abs. 1, §§ 37y, 37z Abs. 4 und § 41 Abs. 4a

Artikel 5

Änderung des Handelsgesetzbuchs

Das Handelsgesetzbuch in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 4100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch [Entwurf eines Gesetzes über elektronische Handelsregister und Genossenschaftsregister sowie das Unternehmensregister (EHUG), Bundestagsdrucksache 16/960], wird wie folgt geändert:

1. unverändert

Entwurf

des Wertpapierhandelsgesetzes an das Unternehmensregister zur Speicherung und kann Anordnungen treffen, die zu ihrer Durchsetzung geeignet und erforderlich sind. Die Bundesanstalt kann die gebotene Übermittlung der in Satz 3 genannten Veröffentlichungen, der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellten Informationen und Mitteilung auf Kosten des Pflichtigen vornehmen, wenn die Übermittlungspflicht nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht in der vorgeschriebenen Weise erfüllt wird. Für die Überwachungstätigkeit der Bundesanstalt gelten § 4 Abs. 3 Satz 1 und 3, Abs. 7, 9 und 10, § 7 und § 8 des Wertpapierhandelsgesetzes entsprechend.“

2. Nach dem Achten Abschnitt wird folgender Neunter Abschnitt eingefügt:

„Neunter Abschnitt
Bußgeldvorschriften

§ 104a
Bußgeldvorschrift

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig entgegen § 8b Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 dort genannte Daten nicht, nicht richtig oder nicht vollständig übermittelt. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu zweihunderttausend Euro geahndet werden.

(2) Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.“

3. Dem § 264 Abs. 2 wird folgender Satz angefügt:

„Die gesetzlichen Vertreter einer Kapitalgesellschaft, die Inlandsemittent im Sinne des § 2 Abs. 7 des Wertpapierhandelsgesetzes ist, haben bei der Unterzeichnung schriftlich zu versichern, dass der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild im Sinne des Satzes 1 vermittelt oder der Anhang Angaben nach Satz 2 enthält.“

4. Dem § 289 Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:

„Die gesetzlichen Vertreter einer Kapitalgesellschaft im Sinne des § 264 Abs. 2 Satz 3 haben zu versichern, dass im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Kapitalgesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, und dass die wesentlichen Chancen und Risiken im Sinne des Satzes 4 beschrieben sind.“

5. Dem § 297 Abs. 2 wird folgender Satz angefügt:

„Die gesetzlichen Vertreter eines Mutterunternehmens, das Inlandsemittent im Sinne des § 2 Abs. 7 des Wertpapierhandelsgesetzes ist, haben bei der Unterzeichnung schriftlich zu versichern, dass der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild im Sinne des Satzes 2 vermittelt oder der Konzernanhang Angaben nach Satz 3 enthält.“

Beschlüsse des 7. Ausschusses

2. Nach dem Achten Abschnitt **des ersten Buches** wird folgender Neunter Abschnitt eingefügt:

„Neunter Abschnitt
Bußgeldvorschriften

§ 104a
Bußgeldvorschrift

(1) unverändert

(2) unverändert

3. Dem § 264 Abs. 2 wird folgender Satz angefügt:

„Die gesetzlichen Vertreter einer Kapitalgesellschaft, die Inlandsemittent im Sinne des § 2 Abs. 7 des Wertpapierhandelsgesetzes **und keine Kapitalanlagegesellschaft im Sinn des § 327a** ist, haben bei der Unterzeichnung schriftlich zu versichern, dass **nach bestem Wissen** der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild im Sinne des Satzes 1 vermittelt oder der Anhang Angaben nach Satz 2 enthält.“

4. Dem § 289 Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:

„Die gesetzlichen Vertreter einer Kapitalgesellschaft im Sinne des § 264 Abs. 2 Satz 3 haben zu versichern, dass **nach bestem Wissen** im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Kapitalgesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, und dass die wesentlichen Chancen und Risiken im Sinne des Satzes 4 beschrieben sind.“

5. Dem § 297 Abs. 2 wird folgender Satz angefügt:

„Die gesetzlichen Vertreter eines Mutterunternehmens, das Inlandsemittent im Sinne des § 2 Abs. 7 des Wertpapierhandelsgesetzes **und keine Kapitalanlagegesellschaft im Sinn des § 327a** ist, haben bei der Unterzeichnung schriftlich zu versichern, dass **nach bestem Wissen** der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild im Sinne des Satzes 2 vermittelt oder der Konzernanhang Angaben nach Satz 3 enthält.“

Entwurf

6. Dem § 315 Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:
„Die gesetzlichen Vertreter eines Mutterunternehmens im Sinne des § 297 Abs. 2 Satz 4 haben zu versichern, dass im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, und dass die wesentlichen Chancen und Risiken im Sinne des Satzes 5 beschrieben sind.“
7. In § 315a Abs. 1 wird nach der Angabe „§ 294 Abs. 3,“ die Angabe „§ 297 Abs. 2 Satz 4,“ eingefügt.
8. In § 325 Abs. 2a Satz 3 wird die Angabe „285“ durch die Angabe „264 Abs. 2 Satz 3, § 285“ ersetzt.
9. § 331 wird wie folgt geändert:
- a) In Nummer 3 wird am Ende das Wort „oder“ durch ein Komma ersetzt.
- b) Nach Nummer 3 wird folgende neue Nummer 3a eingefügt:
„3a. entgegen § 264 Abs. 2 Satz 3, § 289 Abs. 1 Satz 5, § 297 Abs. 2 Satz 4 oder § 315 Abs. 1 Satz 6 eine Versicherung *nicht oder* nicht richtig abgibt,“.

Beschlüsse des 7. Ausschusses

6. Dem § 315 Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:
„Die gesetzlichen Vertreter eines Mutterunternehmens im Sinne des § 297 Abs. 2 Satz 4 haben zu versichern, dass **nach bestem Wissen** im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, und dass die wesentlichen Chancen und Risiken im Sinne des Satzes 5 beschrieben sind.“
7. unverändert
8. unverändert
- 8a. In § 327a werden die Wörter „Artikels 2 Abs. 1 Buchstabe b der Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2004 zur Harmonisierung der Transparenzanforderungen in Bezug auf Informationen über Emittenten, deren Wertpapiere zum Handels auf einem geregelten Markt zugelassen sind, und zur Änderung der Richtlinie 2001/34/EG (ABl. EU Nr. L 390 S. 38)“ durch die Angabe „§ 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 des Wertpapierhandelsgesetzes“ ersetzt.
9. § 331 wird wie folgt geändert:
- a) unverändert
- b) Nach Nummer 3 wird folgende neue Nummer 3a eingefügt:
„3a. entgegen § 264 Abs. 2 Satz 3, § 289 Abs. 1 Satz 5, § 297 Abs. 2 Satz 4 oder § 315 Abs. 1 Satz 6 eine Versicherung nicht richtig abgibt,“.
- 9a. § 340a Abs. 3 wird wie folgt gefasst:
„(3) Sofern Kreditinstitute einer prüferischen Durchsicht zu unterziehende Zwischenabschlüsse zur Ermittlung von Zwischenergebnissen im Sinn des § 10 Abs. 3 des Kreditwesengesetzes aufstellen, sind auf diese die für den Jahresabschluss geltenden Rechnungslegungsgrundsätze anzuwenden. Die Vorschriften über die Bestellung des Abschlussprüfers sind auf die prüferische Durchsicht entsprechend anzuwenden. Die prüferische Durchsicht ist so anzulegen, dass bei gewissenhafter Berufsausübung ausgeschlossen werden kann, dass der Zwischenabschluss in wesentlichen Belangen den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen widerspricht. Der Abschlussprüfer hat das Ergebnis der prüferischen Durchsicht in einer Bescheinigung zusammenzufassen. § 320 und § 323 gelten entsprechend.“
- 9b. § 340i Abs. 4 wird wie folgt gefasst:
„(4) Sofern Kreditinstitute einer prüferischen Durchsicht zu unterziehende Konzernzwischenabschlüsse zur Ermittlung von Konzernzwischen-

Entwurf

10. In § 342b Abs. 2 Satz 1 werden nach dem Wort „Konzernlagebericht“ die Wörter „sowie der zuletzt veröffentlichte verkürzte Abschluss und der zugehörige Zwischenlagebericht“ eingefügt.

Artikel 6

Änderung des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuche

Dem Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuche in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 4101-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel ... des Gesetzes vom ..., wird nach dem Vierundzwanzigsten Abschnitt folgender Abschnitt angefügt:

„Fünfundzwanzigster Abschnitt
Übergangsvorschriften zum Transparenzrichtlinie-
Umsetzungsgesetz

Artikel 62

§ 264 Abs. 2 Satz 3, § 289 Abs. 1 Satz 5, § 297 Abs. 2 Satz 4, § 315 Abs. 1 Satz 6, § 315a Abs. 1, § 325 Abs. 2a Satz 3, § 331 Nr. 1 und 2 sowie § 342b Abs. 2 Satz 1 des Handelsgesetzbuchs in der Fassung des Transparenzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes sind erstmals auf Jahres- und Konzernabschlüsse sowie Lageberichte und Konzernlageberichte und Halbjahresfinanzberichte für das nach dem 31. Dezember 2006 beginnende Geschäftsjahr anzuwenden.“

Artikel 7

Änderung des Investmentgesetzes

Das Investmentgesetz vom 15. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2676), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom

Beschlüsse des 7. Ausschusses

ergebnissen im Sinn des § 10a Abs. 10 des Kreditwesengesetzes aufstellen, sind auf diese die für den Konzernabschluss geltenden Rechnungslegungsgrundsätze anzuwenden. Die Vorschriften über die Bestellung des Abschlussprüfers sind auf die prüferische Durchsicht entsprechend anzuwenden. Die prüferische Durchsicht ist so anzulegen, dass bei gewissenhafter Berufsausübung ausgeschlossen werden kann, dass der Zwischenabschluss in wesentlichen Belangen den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen widerspricht. Der Abschlussprüfer hat das Ergebnis der prüferischen Durchsicht in einer Bescheinigung zusammenzufassen. § 320 und § 323 gelten entsprechend.“

10. § 342b Abs. 2 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 werden nach dem Wort „Konzernlagebericht“ die Wörter „sowie der zuletzt veröffentlichte verkürzte Abschluss und der zugehörige Zwischenlagebericht“ eingefügt.

b) Satz 4 wird wie folgt gefasst:

„Im Fall des Satzes 3 Nr. 1 unterbleibt die Prüfung, wenn offensichtlich kein öffentliches Interesse an der Prüfung besteht; Satz 3 Nr. 3 ist auf die Prüfung des verkürzten Abschlusses und des zugehörigen Zwischenlageberichts nicht anzuwenden.“

Artikel 6

Änderung des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuch

Dem Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 4101-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel ... des Gesetzes vom ..., wird nach dem Vierundzwanzigsten Abschnitt folgender Abschnitt angefügt:

„Fünfundzwanzigster Abschnitt
Übergangsvorschriften zum Transparenzrichtlinie-
Umsetzungsgesetz

Artikel 62

§ 264 Abs. 2 Satz 3, § 289 Abs. 1 Satz 5, § 297 Abs. 2 Satz 4, § 315 Abs. 1 Satz 6, § 315a Abs. 1, § 325 Abs. 2a Satz 3, § 331 Nr. 3 und 3a, § 340a Abs. 3, § 340i Abs. 4 sowie § 342b Abs. 2 Satz 1 des Handelsgesetzbuchs in der Fassung des Transparenzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes sind erstmals auf Jahres- und Konzernabschlüsse sowie Lageberichte und Konzernlageberichte und Halbjahresfinanzberichte **sowie Zwischenabschlüsse und Konzernzwischenabschlüsse** für das nach dem 31. Dezember 2006 beginnende Geschäftsjahr anzuwenden.“

Artikel 7

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 7. Ausschusses

1. September 2005 (BGBl. I S. 2676), wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

Die Angabe zu § 134 wird wie folgt gefasst:

„§ 134 (weggefallen)“.

2. In § 13 Abs. 2 Satz 3 und Abs. 3 Satz 3 wird jeweils die Angabe „§§ 130 bis 134“ durch die Angabe „§§ 130 bis 133 und § 32 Abs. 3“ ersetzt.

3. § 32 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Die Kapitalanlagegesellschaft ist hinsichtlich der von ihr verwalteten Sondervermögen kein Tochterunternehmen im Sinne des § 22 Abs. 3 des Wertpapierhandelsgesetzes und des § 2 Abs. 6 des Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetzes und keine Mehrheitsbeteiligung im Sinne des § 135 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes, sofern sie ihre Stimmrechte unabhängig vom Mutterunternehmen ausübt und das Sondervermögen nach Maßgabe der Richtlinie 85/611/EWG des Rates vom 20. Dezember 1985 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (ABl. EG Nr. L 375 S. 3) verwaltet wird. Die Kapitalanlagegesellschaft gilt jedoch dann als Tochterunternehmen, wenn das Mutterunternehmen oder ein anderes vom Mutterunternehmen kontrolliertes Unternehmen im Sinne des § 22 Abs. 3 des Wertpapierhandelsgesetzes seinerseits Anteile an dem von dieser Kapitalanlagegesellschaft verwalteten Sondervermögen hält und die Kapitalanlagegesellschaft die Stimmrechte, die mit diesen Beteiligungen verbunden sind, nicht nach freiem Ermessen, sondern nur aufgrund direkter oder indirekter Weisungen ausüben kann, die ihr vom Mutterunternehmen oder von einem anderen im Sinne des § 22 Abs. 3 des Wertpapierhandelsgesetzes kontrollierten Unternehmen des Mutterunternehmens erteilt werden. Stimmrechte aus Aktien, die zu einem von einer Kapitalanlagegesellschaft verwalteten Sondervermögen gehören, das kein Spezial-Sondervermögen ist und dessen Vermögensgegenstände im Miteigentum der Anleger stehen, gelten für die Anwendung des § 21 Abs. 1 des Wertpapierhandelsgesetzes und des § 29 Abs. 2 des Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetzes als Stimmrechte der Kapitalanlagegesellschaft; stehen die Vermögensgegenstände dieses Sondervermögens im Eigentum der Kapitalanlagegesellschaft, sind auf die Stimmrechte § 22 Abs. 1 des Wertpapierhandelsgesetzes und § 30 Abs. 1 des Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetzes nicht anzuwenden. Für die Mitteilungspflichten nach § 25 des Wertpapierhandelsgesetzes gilt Satz 3 entsprechend.“

b) Folgende Absätze 3 bis 5 werden angefügt:

„(3) Für Verwaltungsgesellschaften im Sinne der Richtlinie 85/611/EWG mit Sitz in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem

Entwurf

Beschlüsse des 7. Ausschusses

anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum gilt Absatz 2 Satz 1, 2 und 4 in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach Absatz 5 Satz 1 Nr. 1 entsprechend. Absatz 2 Satz 3 ist entsprechend anzuwenden, wenn der Anleger regelmäßig keine Weisungen für die Ausübung der Stimmrechte erteilen kann.

(4) Ein Unternehmen mit Sitz in einem Drittstaat, das einer Erlaubnis nach § 7 oder § 97 bedürfte, wenn es seinen Sitz im Inland hätte, ist hinsichtlich des von ihm verwalteten Investmentvermögens kein Tochterunternehmen im Sinne des § 22 Abs. 3 des Wertpapierhandelsgesetzes und des § 2 Abs. 6 des Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetzes und keine Mehrheitsbeteiligung im Sinne des § 135 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes, sofern es bezüglich seiner Unabhängigkeit Anforderungen genügt, die denen für Kapitalanlagegesellschaften nach Absatz 2 Satz 1 in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach Absatz 5 Satz 1 Nr. 1, gleichwertig sind. Absatz 2 Satz 2 bis 4 gilt entsprechend.

(5) Das Bundesministerium der Finanzen kann durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, nähere Bestimmungen erlassen über

1. Umstände, unter denen im Sinne des Absatzes 2 Satz 1 und 2 eine Unabhängigkeit der Kapitalanlagegesellschaft vom Mutterunternehmen gegeben ist und
 2. die Gleichwertigkeit von Regeln eines Drittstaates zur Unabhängigkeit von Kapitalanlagegesellschaften vom Mutterunternehmen.“
4. In § 99 Abs. 3 wird nach der Angabe „§§ 9, 10, 16,“ die Angabe „32 Abs. 2 in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 32 Abs. 5 Nr. 1, §§“ eingefügt.
 5. § 134 wird aufgehoben.
 6. In § 136 Abs. 5 wird die Angabe „§§ 130 bis 134“ durch die Angabe „§§ 130 bis 133 und § 32 Abs. 3“ ersetzt.

Artikel 8**Änderung des Kreditwesengesetzes**

In § 1 Abs. 9 Satz 2 des Kreditwesengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. September 1998 (BGBl. I S. 2776), das zuletzt durch Artikel 4a des Gesetzes vom 22. September 2005 (BGBl. I S. 2809) geändert worden ist, werden nach der Angabe „§ 22 Abs. 1 bis 3“ die Wörter „sowie 3a in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach Absatz 5“ und nach dem Wort „Wertpapierhandelsgesetzes“ das Wort „entsprechend“ eingefügt.

Artikel 9**Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes**

In § 7a Abs. 2 Satz 4 des Versicherungsaufsichtsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember

Artikel 8

unverändert

Artikel 9

unverändert

Entwurf

1992 (BGBl. 1993 I S. 2), das zuletzt durch Artikel 2 Abs. 4 des Gesetzes vom 22. September 2005 (BGBl. I S. 2802) geändert worden ist, wird nach der Angabe „§ 22 Abs. 1“ das Wort „und“ durch die Wörter „bis 3 sowie 3a in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach Absatz 5“ ersetzt und nach dem Wort „Wertpapierhandelsgesetzes“ das Wort „entsprechend“ eingefügt.

Artikel 10**Änderung des Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetzes**

§ 30 des Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetzes vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3822), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom ... (BGBl. ...) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 Satz 1 Nr. 6 werden nach dem Wort „sind“ die Wörter „oder aus denen er die Stimmrechte als Bevollmächtigter ausüben kann“ eingefügt.
2. Folgende Absätze werden angefügt:

„(3) Für die Zurechnung nach dieser Vorschrift gilt ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen hinsichtlich der Beteiligungen, die von ihm im Rahmen einer Wertpapierdienstleistung nach § 2 Abs. 3 Nr. 6 des Wertpapierhandelsgesetzes verwaltet werden, nicht als Tochterunternehmen im Sinne des § 2 Abs. 6, wenn es

1. die Stimmrechte, die mit den betreffenden Aktien verbunden sind, nur aufgrund von in schriftlicher Form oder über elektronische Hilfsmittel erteilten Weisungen ausüben darf oder durch geeignete Vorkehrungen sicherstellt, dass die Finanzportfolioverwaltung unabhängig von anderen Dienstleistungen und unter Bedingungen, die denen der Richtlinie 85/611/EWG des Rates vom 20. Dezember 1985 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmten Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (ABl. EG Nr. L 375 S. 3) gleichwertig sind, erfolgt und
2. die Stimmrechte unabhängig vom Bieter ausübt.

Ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen gilt jedoch dann für die Zurechnung nach dieser Vorschrift als Tochterunternehmen im Sinne des § 2 Abs. 6, wenn der Bieter oder ein anderes Tochterunternehmen des Bieters seinerseits Anteile an der vom Wertpapierdienstleistungsunternehmen verwalteten Beteiligung hält und das Wertpapierdienstleistungsunternehmen die Stimmrechte,

Beschlüsse des 7. Ausschusses

Artikel 10**Änderung des Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetzes**

Das Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3822), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom ... (BGBl. ...) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 16 Abs. 4 Satz 3 wird das Wort „Monatsfrist“ durch das Wort „Frist“ ersetzt.
2. § 30 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nummer 1 werden nach dem Wort „Bieters“ das Komma und die Wörter „der den Bieter kontrollierenden Person oder einem anderen Tochterunternehmen der den Bieter kontrollierenden Person“ gestrichen.
 - bb) In Nummer 6 werden nach dem Wort „sind“ die Wörter „oder aus denen er die Stimmrechte als Bevollmächtigter ausüben kann“ eingefügt.
 - b) Folgende Absätze werden angefügt:
 - (3) unverändert

Entwurf

die mit diesen Beteiligungen verbunden sind, nicht nach freiem Ermessen, sondern nur aufgrund direkter oder indirekter Weisungen ausüben kann, die ihm vom Bieter oder von einem anderen Tochterunternehmen des Bieters erteilt werden.

(4) Das Bundesministerium der Finanzen kann durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, nähere Bestimmungen über die Umstände erlassen, unter denen im Falle des Absatzes 3 eine Unabhängigkeit des Wertpapierdienstleistungsunternehmens vom Bieter gegeben ist.“

Artikel 11**Änderung des Wertpapierprospektgesetzes**

§ 10 Abs. 1 Satz 1 des Wertpapierprospektgesetzes vom 22. Juni 2005 (BGBl. I S. 1698) wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 1 wird die Angabe „25 oder“ gestrichen und nach der Angabe „26“ ein Komma und die Angabe „30b Abs. 1 und 2, 30e, 30f Abs. 2, 37v, 37w, 37x, 37y, 37z Abs. 4“ eingefügt.
2. Nummer 2 wird aufgehoben.

Artikel 12**Änderung des Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetzes**

In § 1 Abs. 1 Satz 4 Nr. 5 des Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetzes vom 16. August 2005 (BGBl. I S. 2437) wird das Wort „Zwischenberichten“ durch das Wort „Halbjahresfinanzberichten“ ersetzt.

Artikel 13**Änderung des Aktiengesetzes**

Das Aktiengesetz vom 6. September 1965 (BGBl. I S. 1089), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. September 2005 (BGBl. I S. 2802), wird wie folgt geändert:

1. In § 20 Abs. 8 werden die Wörter „einer börsennotierten Gesellschaft“ durch die Wörter „eines Emittenten“ ersetzt.
2. In § 21 Abs. 5 werden die Wörter „einer börsennotierten Gesellschaft“ durch die Wörter „eines Emittenten“ ersetzt.
3. In § 160 Abs. 1 Nr. 8 wird die Angabe „§ 25 Abs. 1“ durch die Angabe „§ 26 Abs. 1“ ersetzt.

Beschlüsse des 7. Ausschusses

(4) unverändert

Artikel 11

unverändert

Artikel 12

unverändert

Artikel 12a**Änderung der Klageregisterverordnung**

In § 1 Abs. 3 Nr. 5 der Klageregisterverordnung vom 26. Oktober 2005 (BGBl. I S. 3092) wird das Wort „Zwischenberichten“ durch das Wort „Halbjahresfinanzberichten“ ersetzt.“

Artikel 13

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 7. Ausschusses

Artikel 14**Änderung der Justizverwaltungskostenordnung**

In der Anlage zur Justizverwaltungskostenordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 363-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, die zuletzt durch [Entwurf eines Gesetzes über elektronische Handelsregister und Genossenschaftsregister sowie das Unternehmensregister (EHUG), Bundestagsdrucksache 16/960] geändert worden ist, wird nach Nummer 501 folgende Nummer 502 eingefügt:

Nr.	Gebührentatbestand	Gebührenbetrag
„502	Jahresgebühr für die Führung des Unternehmensregisters für jedes Kalenderjahr; in dem das Unternehmen nach § 8b Abs. 2 Nr. 9 und 10, Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 HGB selbst oder durch einen von ihm beauftragten Dritten Daten an das Unternehmensregister geliefert hat	50,00 EUR“.

Artikel 15**Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt am 20. Januar 2007 in Kraft.

Artikel 14**Änderung des Münzgesetzes**

Das Münzgesetz vom 16. Dezember 1999 (BGBl. I S. 2402), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 14. September 2005 (BGBl. I S. 2746), wird wie folgt geändert:

- a) In § 12 Abs. 1 werden nach dem Wort „Merkmale“ die Wörter „wie Euro-Münzen“ eingefügt und nach der Angabe „Artikel 2“ die Wörter „Medaillen und Münzstücke“ durch die Wörter „eine Medaille oder ein Münzstück“ ersetzt.
- b) In § 13 wird die Angabe „§ 12 Abs. 2“ durch die Angabe „§ 12 Abs. 3“ ersetzt.

Artikel 14a

**Aufhebung der Verordnung
über die Herstellung und den Vertrieb
von Medaillen und Marken**

Die Verordnung über die Herstellung und den Vertrieb von Medaillen und Marken vom 13. Dezember 1974 (BGBl. I S. 3520), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 27. August 2001 (BGBl. I S. 2286), wird aufgehoben.

Artikel 15**Inkrafttreten**

Artikel 10 Nr. 2 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft. Im Übrigen tritt dieses Gesetz am 20. Januar 2007 in Kraft.

Bericht der Abgeordneten Georg Fahrenschon, Nina Hauer und Frank Schäffler

I. Verfahrensablauf

Der Deutsche Bundestag hat den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf den **Drucksachen 16/2498, 16/2917** in seiner 51. Sitzung am 21. September 2006 dem Finanzausschuss federführend sowie dem Rechtsausschuss und dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur Mitberatung überwiesen.

Der Finanzausschuss hat seine Beratungen in der 28. Sitzung am 27. September 2006 aufgenommen und am 29. November 2006 abgeschlossen. Ferner hat der Ausschuss am 18. Oktober 2006 zu dem Gesetzentwurf eine öffentliche Anhörung durchgeführt.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Gesetzentwurf ist beabsichtigt, die Vorgaben der EU-Transparenzrichtlinie umzusetzen. Das deutsche Umsetzungsgesetz sieht insbesondere Änderungen des Wertpapierhandelsgesetzes durch Einführung des Herkunftsstaatsprinzips für die Adressaten von Transparenzpflichten vor. Im Gegensatz zur bisherigen Regelung ist für die Anwendung der deutschen Veröffentlichungsvorschriften und ihre Beaufsichtigung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) im Grundsatz künftig der Sitz der Emittenten in Deutschland maßgebend. Die Grundregel erfährt zahlreiche Durchbrechungen, damit grenzüberschreitend tätige Emittenten die gleichen Transparenzpflichten nicht in mehreren EU-Mitgliedstaaten zu erfüllen haben. Ferner sieht das Umsetzungsgesetz die Pflicht zur Veröffentlichung von Insiderinformationen, Geschäften von Personen mit Führungsaufgaben, Finanzberichten, Stimmrechtsmitteilungen und zusätzlichen Angaben durch Änderung des Wertpapierhandelsgesetzes vor. Die nach der Transparenzrichtlinie bei Veränderungen von Stimmrechtsanteilen vorgesehenen Meldeschwellen setzt der Gesetzentwurf mit 15, 20 und 30 v. H. um. Zusätzlich wird eine Eingangsmeldeschwelle bei 3 v. H. festgelegt, die das unbemerkte „Anschleichen“ an Emittenten erschweren soll. Die Nichtberücksichtigung von Stimmrechten aus Aktien im Handelsbestand wird nach den Richtlinienvorgaben auf 5 v. H. begrenzt. Gleichzeitig wird als Beitrag zur Entbürokratisierung auf das Erfordernis eines Antrags bei der BaFin für die Befreiung des Handelsbestands verzichtet.

Im Börsengesetz und der Börsenzulassungsverordnung geregelte Informations- und Publikationspflichten werden in das Wertpapierhandelsgesetz verschoben, um auch Emittenten zu treffen, die an keiner inländischen Börse zugelassen sind. Die BaFin wird künftig als zentrale Behörde für die Überwachung der Vorschriften zuständig sein. Hinsichtlich der Finanzberichte wird ein „Bilanzeid“ eingeführt, der zusätzlich sicherstellen soll, dass die verantwortlichen Personen des Emittenten die Verhältnisse des Unternehmens in den Berichten richtig darstellen. Das bestehende Enforcement-Regime mit der zweistufigen Prüfung durch die private Prüfungsstelle und die BaFin wird auf die inhaltliche Überprüfung der Halbjahresfinanzberichte ausgedehnt. Ferner wird die Erfüllung der Kapitalmarktpflichten des Emittenten im Falle der Insolvenz dadurch sichergestellt, nachdem

aufgrund der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts eine Veröffentlichungspflicht des Insolvenzverwalters nach bisheriger Rechtslage nicht besteht.

In der Wertpapierhandelsanzeige- und Insiderverzeichnisverordnung wird die Art und Weise der Veröffentlichung von Kapitalmarktinformationen geregelt. Insbesondere wird festgelegt, dass der Emittent seiner europaweiten Veröffentlichungspflicht nachgekommen ist, wenn die Information von Medien empfangen wird. Eine Verpflichtung der Medien zur Weiterleitung besteht nicht, so dass letztlich die Marktkräfte über die Verbreitung entscheiden sollen. Die Wertpapierhandelsanzeige- und Insiderverzeichnisverordnung enthält ferner formale Bestimmungen über Stimmrechtsmitteilungen und Finanzberichte. Weitere Änderungen des Gesetzentwurfs betreffen das Handelsgesetzbuch, das Investmentgesetz, das Kreditwesengesetz und das Versicherungsaufsichtsgesetz. Im Wertpapierprospektgesetz, im Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz wie auch im Aktiengesetz werden Folgeänderungen vorgenommen.

III. Stellungnahme des Bundesrates

Der Bundesrat hat in der 825. Sitzung am 22. September 2006 zu dem Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes Stellung genommen.

- Der Bundesrat lehnt die Schaffung einer zusätzlichen Meldeschwelle bei 3 v. H. ab und spricht sich für die Beibehaltung der bisherigen Eingangsmeldeschwelle für Stimmrechtsmitteilungen von 5 v. H. aus.
- Der Bundesrat bittet klarzustellen, dass die Veröffentlichungspflicht nach § 30b Abs. 1 Nr. 1 WpHG durch eine Veröffentlichung nach § 121 Abs. 3 AktG erfüllt werde, wenn diese Veröffentlichung im elektronischen Bundesanzeiger erfolgte und die in § 30b Abs. 1 Nr. 1 WpHG geforderten Angaben enthalte.
- Der Bundesrat regt an, im weiteren Gesetzgebungsverfahren klarzustellen, dass in den Fällen des § 30b Abs. 3 Nr. 1 Buchstabe a WpHG gegenwärtig bestehende Einwilligungen zur elektronischen Übermittlung von Unterlagen an Aktionäre unberührt blieben.
- Der Bundesrat bittet, im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens sicherzustellen, dass während einer Übergangszeit bis zum 31. Dezember 2009 die Veröffentlichungen nach den §§ 30b, 30e WpHG und 3a der Wertpapierhandelsanzeige- und Insiderverzeichnisverordnung zusätzlich zur elektronischen Veröffentlichung auch in einem überregionalen Börsenpflichtblatt in deutscher Sprache erfolgten.
- Der Bundesrat bittet sicherzustellen, dass der verkürzte Abschluss und der Zwischenlagebericht, die Gegenstand des Halbjahresfinanzberichts seien, keiner materiellen Prüfung (Enforcement-Verfahren), sondern lediglich einer formellen Prüfung unterzogen werden.
- Der Bundesrat spricht sich dafür aus, die Richtlinienumsetzung des sog. Bilanzeids strikt an den entsprechenden Vorgaben der Transparenzrichtlinie auszurichten und nicht über die Richtlinienvorgaben hinauszugehen.

- Der Bundesrat bittet, § 37w Abs. 5 WpHG so zu fassen, dass die Wahlmöglichkeit, die Artikel 5 Abs. 5 der Transparenzrichtlinie den Emittenten hinsichtlich der prüferischen Durchsicht des Halbjahresfinanzberichts durch einen Abschlussprüfer einräume, nicht eingeschränkt werde.
- Der Bundesrat regt zu § 37x Abs. 1 Satz 1 WpHG an, den Zeitpunkt für die Erstellung der Zwischenmitteilung der Geschäftsführung nicht auf den Schluss des ersten und dritten Quartals eines Geschäftsjahres, sondern entsprechend der in zeitlicher Hinsicht flexibleren Vorgabe in Artikel 6 Abs. 1 Satz 1 und 2 der Transparenzrichtlinie festzulegen.
- Der Bundesrat bittet, im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens zu prüfen, ob für Informationen, die Inlandsemitenten in einem Drittstaat veröffentlicht haben und die für die Öffentlichkeit in der Europäischen Union und dem Europäischen Wirtschaftsraum Bedeutung haben können, in § 3b der Wertpapierhandelsanzeige- und Insiderverzeichnisverordnung eine Ausnahme von der Übersetzung in die deutsche Sprache vorgesehen werden könne.
- Der Bundesrat fordert, die Zurechnung von Stimmrechten nach § 30 Abs. 1 Nr. 1 WpÜG ausschließlich darauf zu beziehen, dass sie einem Tochterunternehmen des Bieters gehören und zum vorhergehenden Rechtsstand zurückzukehren.

IV. Anhörung

Der Finanzausschuss hat am 18. Oktober 2006 zu dem Gesetzentwurf eine öffentliche Anhörung durchgeführt. Folgende Einzelsachverständige, Verbände und Institutionen hatten Gelegenheit zur Stellungnahme:

- Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
- Bundesverband der Deutschen Industrie
- Bundesverband der Wertpapierfirmen an den deutschen Wertpapierbörsen
- BVI Bundesverband Investment und Asset Management
- Deutsche Börse AG
- Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung
- Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz
- Deutscher Anwaltverein
- Deutscher Gewerkschaftsbund
- Deutsches Aktieninstitut
- Prof. Dr. Wolfgang Gerke
- Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft
- Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland
- Prof. Dr. Peter O. Mühlert
- Porsche AG, Hauptabteilungsleiter Wolfgang Peter
- Schutzgemeinschaft der Kapitalanleger
- Verband der Automobilindustrie
- Zentraler Kreditausschuss.

Das Ergebnis der Anhörung ist in die Ausschussberatungen eingegangen. Das Protokoll der öffentlichen Beratung ein-

schließlich der eingereichten schriftlichen Stellungnahmen ist der Öffentlichkeit zugänglich.

V. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat den Gesetzentwurf am 29. November 2006 in seiner 40. Sitzung beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., den Gesetzentwurf in der Fassung der Änderungsanträge anzunehmen. Die Stellungnahme des Bundesrates sowie die Gegenäußerung der Bundesregierung empfiehlt der Rechtsausschuss zur Kenntnis zu nehmen. Der Rechtsausschuss empfiehlt ferner mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., den Entschließungsantrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN anzunehmen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Vorlage in seiner 24. Sitzung am 29. November 2006 beraten und empfiehlt mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. sowie Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Gesetzentwurf in der Fassung der Änderungsanträge anzunehmen. Die Stellungnahme des Bundesrates sowie die Gegenäußerung der Bundesregierung empfiehlt der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur Kenntnisnahme. Ferner empfiehlt er mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Entschließungsantrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN anzunehmen.

VI. Empfehlung des federführenden Ausschusses

A. Allgemeiner Teil

Der **Finanzausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., den Gesetzentwurf in der vom Ausschuss geänderten Fassung anzunehmen. Ferner empfiehlt der Ausschuss einstimmig die Annahme einer Entschließung.

Die **Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD** betonen im Verlauf der Ausschusserörterungen, mit der Umsetzung der EU-rechtlichen Vorgaben in nationales Recht werde die Transparenz am Kapitalmarkt verbessert, die Markteffizienz gesteigert und der Anlegerschutz erhöht. Den Schwerpunkt des Gesetzgebungsvorhabens stelle zum einen die Verbesserung der Beteiligungstransparenz, insbesondere die Einführung zusätzlicher Meldeschwellen für Stimmrechtsmitteilungen und die neue Eingangsmeldeschwelle von 3 v. H. dar. Erweiterte Publizitätspflichten bei der Rechnungslegung betreffen zudem die Pflicht zur Veröffentlichung von Jahres- und Halbjahresfinanzberichten sowie Zwischenmitteilungen der Geschäftsführung. Des Weiteren seien Informationspflichten von Emittenten hervorzuheben, mit denen Wertpapierinhabern die Wahrnehmung ihrer Rechte erleichtert sowie die europaweite Verbreitung wichtiger Kapitalmarktinformationen wie z. B. Insiderinformationen sichergestellt werde. Die Koalitionsfraktionen

machten darauf aufmerksam, dass die zentrale Speicherung und Historisierung bestimmter Kapitalmarktinformationen bereits mit dem Gesetz über elektronische Handelsregister und Genossenschaftsregister sowie das Unternehmensregister (EHUG) umgesetzt worden sei. Sie hoben hervor, dass mit dem vorliegenden Gesetzentwurf zur Umsetzung der Transparenzrichtlinie grundsätzlich der Eins-zu-eins-Umsetzung der EU-Vorgaben in nationales Recht gefolgt werde. Es werde von diesem Grundsatz in nur wenigen Ausnahmen abgewichen. Namentlich die mit dem Gesetzentwurf vorgesehene Eingangsmeldeschwelle für Stimmrechtsmitteilungen ab einer Beteiligung von 3 v. H., die unterhalb der von der Richtlinie vorgegebenen Schwelle von 5 v. H. liege, stelle einen angemessenen politischen Impuls dar, um die Beteiligungstransparenz am deutschen Kapitalmarkt zu erhöhen. Darüber hinaus sei mit den im Ausschuss eingebrachten Änderungsanträgen eine weitere Annäherung an den Maßstab der Eins-zu-eins-Umsetzung der Richtlinie sowie an die seitens des Bundesrates in dessen Stellungnahme geltend gemachten Anliegen gelungen.

Die **Fraktion der FDP** lehnte den Gesetzentwurf ab und verwies darauf, dass die Vorlage auch nach zahlreichen von den Koalitionsfraktionen gemeinsam mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Änderungsanträgen über eine Eins-zu-eins-Umsetzung hinausgehe. Die Fraktion der FDP sprach sich dafür aus, von Regelungen Abstand zu nehmen, die eine national schärfere Umsetzung der EU-Vorgaben bedeuteten. Zwar würden mit den im Ausschuss vorgenommenen Veränderungen wichtige bürokratische Belastungen des Gesetzentwurfs zurückgenommen und ein Schritt in die richtige Richtung unternommen. Insgesamt seien die Korrekturen jedoch unzureichend. Die mit dem Gesetzentwurf vorgesehene Absenkung der Eingangsmeldeschwelle für Stimmrechtsmitteilungen auf eine Beteiligungshöhe von 3 v. H., die nach den Ausschussberatungen unverändert bleibe, treffe auf schwerwiegende Bedenken und sei abzulehnen. Ferner sei das Enforcement, das anlassbezogen formell und materiell durchgeführt werden soll, eine Regelung, die über eine Eins-zu-eins-Umsetzung hinausgehe und deren Effektivität in Frage stehe. Unterstützung der Fraktion der FDP finde dagegen die vorgesehene Änderung in § 30 des Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetzes zur Stimmrechtszurechnung sowie die Entschließung mit der an die Bundesregierung gerichteten Berichtspflicht, zur Jahresmitte 2008 über Erfahrungen mit dem TUG den Deutschen Bundestag zu unterrichten.

Die **Fraktion DIE LINKE** unterstützte den Gesetzentwurf im Hinblick auf dessen Bestreben, auf den Finanzmärkten ein höheres Maß an Transparenz herzustellen und hierzu die Absenkung der Eingangsmeldeschwelle für Stimmrechtsmitteilungen auf eine Beteiligungshöhe von 3 v. H. vorzunehmen. Auch der Mehrzahl der vorgelegten Änderungsanträge könne aus Sicht der Fraktion DIE LINKE zugestimmt werden. Insgesamt müsse dem Gesetzentwurf jedoch die Zustimmung versagt bleiben, so dass sich die Fraktion DIE LINKE bei der Gesamtabstimmung enthalten werde.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** legte dar, dass die mit dem Gesetzentwurf angestrebte Verbesserung von Markttransparenz und Anlegerschutz auf dem Kapitalmarkt grundsätzlich zu begrüßen sei. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hob hervor, dass die vom Ausschuss emp-

fohlene Rückführung von Bürokratielasten für die betroffenen Unternehmen, namentlich im Bereich der Halbjahresfinanzberichte, positiv zu bewerten sei. Darüber hinaus sei unter Transparenzgesichtspunkten auch das Festhalten an der Eingangsmeldeschwelle von 3 v. H. zu unterstützen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN merkte an, dass eine Eins-zu-eins-Umsetzung der EU-Richtlinie zwar nicht vorliege. Die überschießenden Regelungen seien nach den im Ausschuss vorgesehenen Veränderungen jedoch zu befürworten. Im Hinblick auf das vorliegende Gesetzgebungsvorhaben sei indes einzuwenden, dass Transparenz alleine nicht ausreichend sei. Für einen wirksamen Anlegerschutz komme es auf die Verfügbarkeit, die Qualität und die Verlässlichkeit der notwendigen Kapitalmarktinformationen an, so dass im Fall von Fehlinformationen die hierfür verantwortlichen Personen mit harten Konsequenzen zu rechnen haben müssten. Die vorgesehenen Regelungen zum Bilanzleid seien durch eine zivilrechtliche Verantwortlichkeit zu verstärken. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellte im Ausschuss mit diesem Hintergrund den Entschließungsantrag zur Abstimmung, die Bundesregierung aufzufordern, so rasch wie möglich einen Gesetzentwurf zur Haftung für Falschinformationen an Finanzmärkten vorzulegen, in dem der Umfang der Haftung unbegrenzt ausgestaltet werden soll und die Möglichkeit der Abdeckung von Schadensansprüchen durch eine externe Versicherung, deren Beiträge aus dem Gehalt des Managers gezahlt werden, über einen hohen Selbstbehalt mit einer Richtgröße von 50 v. H. begrenzt werden soll. Die zivilrechtliche Haftung solle auch greifen, wenn der Manager von Amts wegen von der Fehlerhaftigkeit der Informationen hätte wissen müssen und der Geltungsbereich solle sich grundsätzlich auf alle Kapitalmarktinformationen, die öffentlich gemacht werden, und auf diejenigen Manager, die für Inhalt und Verbreitung der Informationen verantwortlich sind, erstrecken. Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD machten geltend, dass es derzeit nach den Verunsicherungen, die im Zusammenhang mit den Erörterungen zu dem seinerzeit beabsichtigten Kapitalmarktinformationshaftungsgesetz diskutiert worden seien, nicht angemessen erscheine, das mit dem Entschließungsantrag unterbreitete Anliegen zu unterstützen. Der Entschließungsantrag wurde mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD und den Stimmen der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmhaltung der Fraktion DIE LINKE abgelehnt.

Der Ausschuss befasste sich vertieft mit der von der EU-Richtlinienvorgabe abweichenden Eingangsmeldeschwelle bei Stimmrechtsmitteilungen, die der Gesetzentwurf mit 3 v. H. festlegt. Die Koalitionsfraktionen befürworteten die mit dem Gesetzentwurf vorgesehene Schwelle. Sie führten an, dass die Eingangsmeldeschwelle für Stimmrechtsmitteilungen ab einer Beteiligung von 3 v. H. erforderlich und angemessen sei, um durch weitergehende Stimmrechtspublizität die Markttransparenz zu erhöhen und ein unbemerktes Anschleichen von Investoren zu erschweren. Die Koalitionsfraktionen erinnerten an die Vorgänge um die Deutsche Börse AG, die deutlich machten, dass Aktionäre auch mit einer Beteiligung unterhalb von 5 v. H. entscheidenden Einfluss auf den Emittenten nehmen könnten. In anderen EU-Mitgliedstaaten, wie beispielsweise in Groß-

britannien und Italien, seien bereits Meldeschwellen von 3 v. H. für Stimmrechtsmitteilungen eingeführt, so dass eine entsprechende deutsche Regelung auch nicht international isoliert stehe. Die Fraktion der FDP machte geltend, dass die Richtlinienvorgabe zum Nachteil des Finanzstandortes überschritten werde. Der bisherige und von der Transparenzrichtlinie gedeckte Schwellenwert von 5 v. H. sei hinreichend und führe zu einem höheren Harmonisierungsgrad innerhalb der EU. Dagegen erfülle die Herabsetzung der Schwelle auf 3 v. H. nicht mehr den Maßstab der Eins-zu-eins-Umsetzung. Die Tatsache, dass namhafte Finanzplätze wie der britische einen Schwellenwert von 3 v. H. ansetzten, könne als eine aus Investorensicht günstigere Regelung mit Vorteilen für den deutschen Finanzmarkt genutzt werden. Zudem werde die Regelung bewirken, dass Investoren die Beteiligung auf unter 3 v. H. hielten, um den Eindruck eines strategischen Investments zu vermeiden, und auf diese Weise zu Nachteilen bei der Eigenkapitalausstattung deutscher Unternehmen führen. Die Fraktion DIE LINKE sprach sich für die Eingangsmeldeschwelle von 3 v. H. aus. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützte unter Hinweis auf die zusätzlich gewonnene Transparenz für Anleger die vom Gesetzentwurf vorgesehene Meldeschwelle.

Der Finanzausschuss erörterte ferner die mit dem Gesetzentwurf vorgesehenen Regelungen zum Bilanzzeit. In der vom Ausschuss durchgeführten Anhörung waren Bedenken insbesondere dahingehend geäußert worden, dass dessen Einführung ohne einen einschränkenden Wissensvorbehalt vorgesehen sei. Die Koalitionsfraktionen nahmen die auch in der Stellungnahme des Bundesrates angesprochene Fragestellung auf und sprachen sich für die Aufnahme des Wissensvorbehalts bei Jahresabschluss und Lagebericht aus. Die Fraktion der FDP stimmte insoweit zu und hob darauf ab, dass die vom Gesetzentwurf vorgesehene Umsetzung der Richtlinienvorgaben auf grundsätzliche Bedenken stoße, da die Transparenzrichtlinie selbst den Wissensvorbehalt vorsehe. Ein sachlicher Grund für die Verschärfung der Rechtslage im Zuge der deutschen Richtlinienumsetzung sei nicht zu erkennen. Die Fraktion DIE LINKE wandte sich gegen die Änderung, während die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine entsprechende Änderung befürwortete. Die Koalitionsfraktionen und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellten im Ausschuss den Antrag, einen Wissensvorbehalt bei Jahresabschluss und Lagebericht in den Gesetzentwurf aufzunehmen. Die Formulierung „nach bestem Wissen“ solle zum Ausdruck bringen, dass vorsätzliches Handeln bei der Abgabe des Bilanzzeit bezogen auf die Richtigkeit der Angaben rechtliche Folgen auslöse. Dabei genüge es aber für die richtige Abgabe des Bilanzzeit nicht, wenn sich die Betroffenen auf vorhandenes Wissen zurückzögen und die allgemeinen Sorgfaltspflichten bei der Rechnungslegung missachteten. Der Antrag wurde mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD und den Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Im Ausschuss wurde ferner der Anwendungsbereich der Bußgeldvorschrift des § 104a HGB angesprochen. Es bestand insoweit Einvernehmen, dass der Anwendungsbereich der Bußgeldvorschrift des § 104a HGB in der Fassung des Gesetzentwurfs auf Kapitalmarktunternehmen beschränkt

ist. Durch die Verweisung auf § 8b Abs. 3 Nr. 2 in Verbindung mit Abs. 2 Nr. 10 HGB in der Fassung des Gesetzes über elektronische Handelsregister und Genossenschaftsregister und das Unternehmensregister (EHUG) werde die Verletzung der Übermittlungspflicht hinsichtlich Mitteilungen über kapitalmarktrechtliche Veröffentlichungen an die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht nach dem Wertpapier-Verkaufsprospektgesetz und nach dem Wertpapierprospektgesetz (WpPG) bußgeldbewehrt. Im Einzelnen gehe es um die Mitteilung des Anbieters über die Veröffentlichung eines Verkaufsprospektes (§ 9 Abs. 2 Satz 3 des Verkaufsprospektgesetz) oder eines Prospektes nach dem Wertpapierprospektgesetz (§ 14 Abs. 3 Satz 1 WpPG). Als Anbieter seien nur diejenigen Gesellschaften verpflichtet, die Wertpapiere öffentlich anbieten (vgl. § 2 Nr. 10 WpPG). Durch die weitere Verweisung auf § 8b Abs. 3 Nr. 2 HGB (in der Fassung des EHUG) in Verbindung mit § 8b Abs. 2 Nr. 9 HGB (in der Fassung des TUG) wird die Verletzung der Übermittlungspflicht hinsichtlich Veröffentlichungen und sonstiger der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellter Informationen, die mit dem TUG im Wertpapierhandelsgesetz vorgesehen werden, bußgeldbewehrt. Insoweit seien nur Emittenten verpflichtet.

Der Ausschuss befasste sich ferner mit der Ausweitung der Bilanzkontrolle auf Halbjahresfinanzberichte börsennotierter Unternehmen. Zum einen sprachen sich die Koalitionsfraktionen dafür aus, den verkürzten Abschluss sowie den zugehörigen Zwischenlagebericht, die als Bestandteile des Halbjahresfinanzberichts im Enforcement-Verfahren zu prüfen seien, keiner stichprobenartigen Prüfung zu unterziehen. Es sei hinreichend, nur anlassbezogene Prüfungen vorzusehen. Eines stichprobenartigen materiellen Enforcements bedürfe es nach Auffassung der Koalitionsfraktionen nicht. Die Begrenzung des Gesetzentwurfs auf anlassbezogene Prüfungen der Halbjahresfinanzberichte wirke einer ungerechtfertigten und nicht richtlinienkonformen Mehrbelastung der Unternehmen entgegen. Die Fraktion der FDP befürwortete dagegen eine rein formale Prüfung der Halbjahresberichte. Die Transparenzrichtlinie verlange lediglich, dass die Aufsichtsbehörde die Befugnis erhalte zu überprüfen, ob die Informationen im Sinne der Transparenzrichtlinie den einschlägigen Anforderungen entsprächen. Dies sei als rein formale Prüfung zu verstehen. Die von den Koalitionsfraktionen und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestellten Anträge hat der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE gegen die Stimmen der Fraktion der FDP angenommen.

Des Weiteren sprachen die Koalitionsfraktionen die Frage der prüferischen Durchsicht der Halbjahresberichte an. Sie befürworteten, bei der Prüfung der Halbjahresfinanzberichte keine Pflicht zur prüferischen Durchsicht durch den Wirtschaftsprüfer, sondern ein Wahlrecht vorzusehen, durch das den Richtlinienvorgaben besser entsprochen werde als mit der bisherigen Fassung des Gesetzentwurfs. Ferner werde die Einführung des Wahlrechts die Eigenverantwortung der Unternehmen befördern und die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Finanzplatzes nicht beeinträchtigen. Der von den Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestellte Antrag wurde im Ausschuss bei Stimm-

enthaltung der Fraktion DIE LINKE. mit den Stimmen der anderen Fraktionen angenommen.

Im Ausschuss bestand unter Bezug auf das Ergebnis der öffentlichen Anhörung Einvernehmen darüber, dass es abweichend von dem Gesetzentwurf einer Übergangsfrist für die elektronische Übermittlung von Informationen der Emittenten an die Wertpapierinhaber bedürfe. Nach der Gesetzesvorlage setzt die elektronische Übermittlung u. a. die Zustimmung der Hauptversammlung voraus. Diese werde bis zum Inkrafttreten der Rechtsänderung am 20. Januar 2007 in aller Regel nicht vorliegen. Um zu den im Jahr 2007 stattfindenden Hauptversammlungen die elektronische Übermittlung von Einladungen und Unterlagen zu ermöglichen und den ansonsten erforderlichen organisatorischen Aufwand zu vermeiden, hat dem Ausschuss der Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgelegen, es den Unternehmen durch eine Übergangsregelung zu ermöglichen, für die Hauptversammlungssaison 2007 nach der bisherigen Rechtslage zu verfahren. Des Weiteren hat der Ausschuss sich mit der Veröffentlichung in Börsenpflichtblättern beschäftigt. Die Koalitionsfraktionen sprachen sich dafür aus, insoweit eine mit den Bestimmungen des Gesetzes über elektronische Handelsregister und Genossenschaftsregister sowie das Unternehmensregister (EHUG) abgestimmte Übergangsfrist bis Ende 2008 einzufügen, die zusätzlich die Veröffentlichung der Informationen im Sinne des § 30b Abs. 1 und 2 WpHG in einem Börsenpflichtblatt vorsieht. In diesem Zusammenhang regten die Koalitionsfraktionen an, die Bundesregierung zu einer Berichterstattung über die mit der Übergangsregelung gesammelten Erfahrungen aufzufordern. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN befürwortete gleichfalls eine Übergangsfrist für die Veröffentlichung in einem Börsenpflichtblatt, sprach sich aber zunächst für eine verlängerte Frist bis 31. Dezember 2011 aus. Der entsprechende Antrag wurde im Verlauf der Ausschussberatungen zurückgezogen, da die zweijährige Übergangsfrist in Verbindung mit der Berichtspflicht der Bundesregierung eine angemessene Regelung darstelle. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN trat dem Koalitionsantrag bei. Die Fraktion der FDP sah es gleichfalls als angemessen an, eine Übergangsregelung einzuführen. Die vorgeschlagene Frist bis 31. Dezember 2008 sei jedoch auch in Verbindung mit der vom Ausschuss an die Bundesregierung gerichtete Berichtsbitte nicht als hinreichend anzusehen. Angemessen sei vielmehr eine längere, mindestens 3-jährige Frist. Der von den Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgelegte Änderungsantrag wurde mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen und den Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP angenommen.

Der Finanzausschuss hat in diesem Zusammenhang dem Plenum des Deutschen Bundestages eine von den Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachte Entschließung einstimmig zur Annahme empfohlen, nach der die Bundesregierung um Berichterstattung zu den Erfahrungen mit der Veröffentlichung von Informationen im Sinne des § 30b Abs. 1 und 2 WpHG sowohl im elektronischen Bundesanzeiger wie auch in einem Börsenpflichtblatt gebeten wird. Ferner soll die

Bundesregierung auf die Auslegungspraxis der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht eingehen, auch für die Hinweisbekanntmachung sog. Final Terms im Sinne des § 8 Abs. 1 Satz 6 WpPG die Veröffentlichung in Wirtschafts- oder Tageszeitungen zu verlangen.

Ferner verständigte sich der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. darauf, die bisher nach dem Gesetzentwurf vorgesehene Bestimmung über die Höhe der Jahresgebühr für die Führung des Unternehmensregisters entfallen zu lassen. Die Festlegung sei bereits mit dem Gesetz über elektronische Handelsregister und Genossenschaftsregister sowie das Unternehmensregister (EHUG) mit einer Gebühr von 30 Euro vorgenommen worden. Der Regelung im vorliegenden Gesetzentwurf bedürfe es daher nicht mehr.

Zusätzlich hat der Finanzausschuss auf Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Änderung bei der Zurechnung von Stimmrechtsanteilen nach § 30 des Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetzes vorgesehen. Sie wiesen darauf hin, dass die Übernahmerrichtlinie keine wechselseitige Stimmrechtszurechnung der Konzerngesellschaften untereinander mit der Folge des Pflichtangebots verlange und nur vorsehe, dass die Aktionäre der Zielgesellschaft im Falle des Kontrollwechsels die Möglichkeit zum Austritt aus der Gesellschaft erhielten und dies nicht dadurch umgangen werde, dass der Bieter andere Gesellschaften seines Konzerns einschalte. Die Änderung stelle den Rechtszustand vor dem Inkrafttreten des Übernahmerrichtlinie-Umsetzungsgesetzes vom 8. Juli 2006 (BGBl. I S. 1426) wieder her und entspreche einem Anliegen des Bundesrates. Der Änderungsantrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. angenommen.

Die Fraktion der FDP sprach im Ausschuss die Frage der Mitteilungspflichten beim Halten von sonstigen Finanzinstrumenten nach § 25 WpHG an. Sie wies darauf hin, dass allein die Zuordnung, ob nach § 21 in Verbindung mit § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 oder § 25 WpHG gemeldet werde, enormen Aufwand bei den Kreditinstituten verursache. In dem unter Beteiligung des Ressorts durchgeführten Berichterstattungsgespräch sei dargestellt worden, es sei wichtig, dass überhaupt eine Meldung vorliege. Auf eine Zuordnung komme es nicht an. Die Bundesregierung sagte hierauf, wesentlich sei die inhaltliche Richtigkeit der Meldung.

Darüber hinaus von den Fraktionen der CDU/CSU, SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachte Änderungsanträge hatten überwiegend klarstellenden Charakter oder enthielten redaktionelle Änderungen und wurden im Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. angenommen.

B. Einzelbegründung

Die vom Ausschuss empfohlenen Änderungen des Gesetzentwurfs werden im Einzelnen wie folgt begründet:

Zu Artikel 1 (Wertpapierhandelsgesetz)**Zu Nummer 1 Buchstabe o (Inhaltsübersicht)**

Die neue Überschrift verdeutlicht, dass die Bestimmung Anwendungsbestimmungen für verschiedene Bereiche der durch das TUG neu gefassten Bestimmungen enthält.

Zu Nummer 2 Buchstabe b (§ 2 Abs. 6 Nr. 2)

Es handelt sich um eine Klarstellung. Die bisherige Formulierung konnte so ausgelegt werden, dass Emittenten, die sowohl im Inland als auch in einem Drittstaat zugelassen sind, von der Regelung nicht erfasst worden wären. Durch die Neufassung wird klargestellt, dass nur solche Emittenten nicht erfasst sind, die auch in einem anderen Mitgliedstaat der EU oder Vertragsstaat des EWR zugelassen sind.

Zu Nummer 4 (§ 7)

Der Änderungsbefehl zu § 7 Abs. 5 Satz 1 ist fehlerhaft und muss daher korrigiert werden. Die Einfügung gehört als dritte „Oder“-Alternative ans Ende des Satzes. Inhaltlich ergeben sich keine Auswirkungen.

Zu Nummer 13 (§ 25 Abs. 2 Satz 2)

Aufgrund der bereits bestehenden Meldepflicht nach § 21 in Verbindung mit § 22 Abs. 1 Nr. 5 kann es in bestimmten Situationen zu einer Dopplung der Meldepflicht kommen. Die neu angefügte Vorschrift soll diese Dopplung vermeiden. Sie greift jedoch nur dann ein, wenn tatsächlich eine Meldung nach § 21 erfolgt. Ist dies nicht der Fall, bleibt die Meldepflicht des § 25 unberührt.

Zu Nummer 19 (§ 30b)

Zu Absatz 1 Nr. 1

Durch die Neufassung des § 30b Abs. 1 Nr. 1 wird klargestellt, dass das Tatbestandsmerkmal der Unverzüglichkeit der Veröffentlichung wie bisher in § 63 der Börsenzulassungs-Verordnung an den Zeitpunkt der Einberufung der Hauptversammlung anknüpft (vgl. Nummer 2 der Stellungnahme des Bundesrates zum TUG, Bundesratsdrucksache 579/06).

Zu Absatz 1 Satz 2 – neu –

Die Änderung geht ebenfalls zurück auf Nummer 2 der Stellungnahme des Bundesrates zum TUG. Durch den neuen Satz 2 wird zur Vermeidung von Rechtsunsicherheiten klargestellt, dass in den Fällen, in denen eine Veröffentlichung der in § 30b Abs. 1 genannten Informationen im elektronischen Bundesanzeiger auch durch andere gesetzliche Vorschriften vorgeschrieben wird, keinesfalls eine mehrfache Veröffentlichung erforderlich ist, sondern eine einmalige Veröffentlichung genügt. Die betrifft zum einen die vom Bundesrat erwähnte Einberufung der Hauptversammlung, die auch nach § 121 Abs. 3 i. V. m. § 25 Satz 1 des Aktiengesetzes im elektronischen Bundesanzeiger erfolgen muss. Darüber hinaus ist z. B. die in § 30b Abs. 1 Nr. 1 vorgesehene Veröffentlichung der Tagesordnung im elektronischen Bundesanzeiger auch in § 124 Abs. 1 Satz 1 i. V. m. § 25 Satz 1 des Aktiengesetzes vorgeschrieben.

Zu Nummer 22 (§ 37o)

Die Ergänzung von § 37o Abs. 1 um einen neuen Satz 6 dient dazu, die Prüfungsbefugnisse, die der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht im Rahmen des Enforcement der Halbjahresfinanzberichte zustehen, auf anlassbezogene Prüfungen im Sinne des § 37o Abs. 1 Satz 1 zu beschränken. Der verkürzte Abschluss und der Zwischenlagebericht, die als Bestandteile des Halbjahresfinanzberichts im Enforcement-Verfahren zu prüfen sind, können damit keiner stichprobenartigen Prüfung (§ 37o Abs. 1 Satz 2) unterzogen werden.

Zu Nummer 24

Zu § 37v Abs. 2

Es handelt sich um eine gesetzliche Klarstellung in Übereinstimmung mit Artikel 4 Abs. 3 der Transparenzrichtlinie. Insbesondere kann der Jahresabschluss als Bestandteil des Jahresfinanzberichts auch nach den internationalen Rechnungslegungsstandards IAS/IFRS aufgestellt sein, wenn der Sitzstaat des jeweiligen Unternehmens von dem Wahlrecht in Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 betreffend die Anwendung internationaler Rechnungslegungsstandards (ABl. EG Nr. L 243 S. 1) Gebrauch gemacht hat.

Zu § 37w

Zu Absatz 1 Satz 1

Es handelt sich um eine redaktionelle Klarstellung. In den Anwendungsbereich der Regelung fallen grundsätzlich alle Emittenten nach § 2 Abs. 1 Satz 1. Eine Ausnahme gilt für Schuldtitlemittenten nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2.

Zu Absatz 1 Satz 2

Mit der Streichung der im Regierungsentwurf vorgesehenen Regelung zur Verkürzung des Berichtszeitraums soll vermieden werden, dass der Halbjahresfinanzbericht faktisch zum Quartalsfinanzbericht wird und u. U. keine sinnvollen Informationen mehr vermittelt. Die Unternehmen werden sich ggf. an IAS 34.16 zu orientieren haben. Der Standard sieht für die Zwischenberichterstattung vor, dass die Informationen „in der Regel vom Geschäftsbeginn bis zum Zwischenberichtstermin kumuliert darzustellen“ sind. Die Börsenordnung für die Frankfurter Wertpapierbörse verlangt die Berichterstattung grundsätzlich für den jeweiligen Berichtszeitraum und den Zeitraum vom Beginn des Geschäftsjahres bis zum Quartalsstichtag (§ 63 Abs. 3). Im Übrigen handelt es sich um rein redaktionelle Folgeänderungen.

Zu Absatz 1 letzter Satz

Redaktionelle Folgeänderung zur Änderung in Absatz 1 Satz 2.

Zu Absatz 4 Satz 2

Mit der Beschränkung der Angabepflicht zu Geschäften mit nahestehenden Personen auf Aktienemittenten wird den Vorgaben der Transparenzrichtlinie Rechnung getragen, die in Artikel 5 Abs. 4 ebenfalls eine dahingehende Beschränkung vorsieht.

Die Transparenzrichtlinie sieht außerdem in Artikel 5 Abs. 4 ausdrücklich den Zwischenlagebericht als Standort für die Angaben zu Geschäften mit nahestehenden Personen vor. Dagegen sieht die noch umzusetzende Richtlinie 2006/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2006 (ABl. EU Nr. L 224 S. 1) für die gleichen Angaben den Anhang vor. Damit bestünde eine Inkonsistenz zwischen dem Jahresfinanzbericht, der die Angaben im Anhang enthält, und dem Halbjahresfinanzbericht, der die Angaben im Zwischenlagebericht umfasst. Diese soll mit dem neuen zweiten Halbsatz verhindert werden.

Zu Absatz 5

Mit den Änderungen wird einem Anliegen des Bundesrates Rechnung getragen. Auch wenn nunmehr auf eine Pflicht zur prüferischen Durchsicht verzichtet wird, soll die entsprechende Anwendung von § 323 HGB erhalten bleiben. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass bereits mehrere große deutsche börsennotierte Unternehmen ihre Zwischenberichte auf freiwilliger Basis einer prüferischen Durchsicht unterziehen.

Zu Absatz 6 Nr. 2 und 3

Redaktionelle Folgeänderung zur Änderung in Absatz 1 Satz 2.

Zu § 37x

Zu Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 Satz 1

Die Änderung entspricht einem Petition des Bundesrates (Bundratsdrucksache 579/06 (Beschluss) S. 6 Nr. 8). Der Mitteilungszeitraum und der Zeitpunkt der Veröffentlichung der Zwischenmitteilung der Geschäftsführung werden an die zeitlich flexibleren Vorgaben des Artikels 6 Abs. 1 Satz 1 bis 3 der Transparenzrichtlinie angepasst. Der Mitteilungszeitraum, auf den sich die Zwischenmitteilung beziehen muss, ist nicht starr auf 3 Monate begrenzt, sondern abhängig vom Zeitpunkt der Veröffentlichung. Dies ergibt sich aus Artikel 6 Abs. 1 Satz 3 der Transparenzrichtlinie. Daraus wird gleichzeitig ersichtlich, dass es der Regelung in der Transparenzrichtlinie nicht auf den Zeitpunkt der Erstellung ankommt. Dies bedeutet für die erste Hälfte des Geschäftsjahres 2006, dass der Zwischenbericht in dem Zeitraum zwischen dem 13. März und dem 19. Mai 2006 zu veröffentlichen wäre. Wird der Zwischenbericht am 13. März 2006 veröffentlicht, muss er auch nur Informationen für diesen Zeitraum beinhalten. Wird er am 19. Mai 2006 veröffentlicht, müssen die Informationen diesen längeren Zeitraum umfassen.

Zu Absatz 3 Satz 1

Die Einführung des Bilanzzeit für Quartalsfinanzberichte als Voraussetzung für die befreiende Wirkung hinsichtlich der Erstellung von Zwischenmitteilungen ist nicht beabsichtigt. Die Transparenzrichtlinie verlangt den Bilanzzeit für Quartalsfinanzberichte nicht ausdrücklich. In Artikel 6 Abs. 2 der Transparenzrichtlinie wird auf die Vorschriften des nationalen Rechts oder die Regeln des geregelten Marktes verwiesen. In der Börsenordnung für die Frankfurter Wertpapierbörse ist der Bilanzzeit für Quartalsberichte nicht vorgesehen (vgl. § 63).

Zu § 37y

Zu Nummer 1

Es handelt sich um eine gesetzliche Klarstellung in Übereinstimmung mit Artikel 4 Abs. 3 der Transparenzrichtlinie.

Zu Nummer 2 Satz 1 und Nummer 3

Es handelt sich um eine gesetzliche Klarstellung. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass der Konsolidierungskreis nach den internationalen Rechnungslegungsstandards IAS/IFRS anders ausfallen kann als nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs.

Zu § 37z Abs. 4

Redaktionelle Folgeänderung zur Änderung in § 37w Abs. 1 Satz 2.

Zu Nummer 25 (§ 39 Abs. 2)

Zu den Buchstaben a bis c

Redaktionelle Folgeänderungen zur Änderung in § 37w Abs. 1 Satz 2.

Zu Buchstabe h

Redaktionelle Folgeänderung zur Änderung in § 37w Abs. 1 Satz 2.

Zu Nummer 27 (§ 41 Abs. 4a)

Redaktionelle Änderungen.

Zu Nummer 28 (§46 Abs. 3 – neu – und 4 – neu –)

Der neue Absatz 3 beruht auf Nummer 3 der Stellungnahme des Bundesrates vom 22. September 2006 (Bundratsdrucksache 579/06 (Beschluss)) und dient zur Erleichterung der Vorbereitung der im Jahr 2007 durchzuführenden Hauptversammlungen, indem eine unnötige Wiedereinführung der Papierform vermieden wird. Bisher konnten die Aktionäre auf individueller Basis in die elektronische Übermittlung der Informationen einwilligen, während es zukünftig aufgrund der Vorgaben der Transparenzrichtlinie eines zusätzlichen Hauptversammlungsbeschlusses bedarf. Die Übergangsregelung ermöglicht es den Unternehmen, für die Hauptversammlungssaison 2007 auf Grundlage der bisherigen Rechtslage die Informationen zu versenden und dann auf der Hauptversammlung einen entsprechenden Beschluss gemäß § 30b Abs. 3 Nr. 1 Buchstabe a zu fassen.

Der neue Absatz 4 beruht auf Nummer 4 der Stellungnahme des Bundesrates vom 22. September 2006 (Bundratsdrucksache 579/06 (Beschluss)). Dabei handelt es sich um eine Folgeänderung des im Rahmen des Gesetzes über elektronische Handelsregister und Genossenschaftsregister sowie das Unternehmensregister (EHUG) gefundenen Kompromisses zu den Übergangsfristen bezüglich der Veröffentlichung in Börsenpflichtblättern. Hier soll einheitlich eine Übergangsfrist bis Ende 2008 gelten. Die Anpassung konnte erst jetzt erfolgen, da die Ergänzung des § 72a der Börsenzulassungs-Verordnung um eine Übergangsvorschrift für die nunmehr in § 30b Abs. 1 und 2 enthaltenen Veröffentlichungspflichten im Gesetzentwurf der Bundesregierung zum EHUG noch nicht vorgesehen war und die ge-

naue Länge der Übergangsfrist erst nach den abschließenden Beratungen des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages zum EHUG am 27. September 2006 und der 2./3. Lesung des Gesetzentwurfs am 28. September 2006 feststand, so dass diese Entscheidung zwingend abgewartet werden musste.

Zu Artikel 2 (Wertpapierhandelsanzeige- und Insiderverzeichnisverordnung)

Zu Nummer 15 (§ 13)

Redaktionelle Änderung.

Zu Nummer 18

Zu § 17 Abs. 2

Die Änderung bezweckt eine Entlastung der Mitteilungspflichtigen und die Vermeidung bürokratischer Hürden.

Nach dem bisherigen Wortlaut des § 17 Abs. 2 Nr. 1 wäre in der Stimmrechtsmitteilung unter Umständen eine Vielzahl von Personen namentlich zu nennen, was in vielen Fällen zu unüberschaubaren Mitteilungen führen dürfte. Dieses Problem tritt insbesondere bei Vermögensverwaltungsgesellschaften auf, denen Stimmrechte nach § 22 Abs. 1 Nr. 6 WpHG zugerechnet werden. Die Kunden dieser Gesellschaften haben in der Regel nur sehr geringe Beteiligungen an deutschen Aktiengesellschaften, welche die 3-Prozent-Schwelle bei weitem nicht erreichen. Erst das Zusammenrechnen einer Vielzahl von Portfolien wird dazu führen, dass die Meldeschwellen betroffen sind. Das gleiche Problem tritt auch bei § 17 Abs. 2 Nr. 2 auf.

Zu den §§ 22 und 23

Redaktionelle Folgeänderungen zur Änderung in § 37w Abs. 1 Satz 2.

Zu § 26

Mit der Änderung wird der Prüfungsbitte des Bundesrates (Bundesratsdrucksache 579/06 (Beschluss) S. 7 Nr. 9) entsprochen. Für Informationen, die Inlandsemittenten in einem Drittstaat veröffentlicht haben und die für die Öffentlichkeit in der Europäischen Union und dem Europäischen Wirtschaftsraum Bedeutung haben können (§ 30e Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 WpHG), ist eine Ausnahme vom Erfordernis der Übersetzung möglich. Allerdings kann eine solche Ausnahme nicht für jede beliebige Sprache, in der die Veröffentlichung in dem Drittstaat erfolgte, gewährt werden. Es kann nur gestatten werden, dass die Veröffentlichung nach § 30e Abs. 1 Satz 1 WpHG in Bezug auf Informationen i. S. d. § 30e Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 WpHG ausschließlich in englischer Sprache erfolgt. Dies steht in Einklang mit dem Sprachregime der Transparenzrichtlinie und auch § 3b.

Zu Artikel 4 (Börsenzulassungs-Verordnung)

Zu Nummer 7 a – neu – (§ 72a Abs. 2)

Es handelt sich um eine Folgeänderung einer durch das Gesetz über elektronische Handelsregister und Genossenschaftsregister sowie das Unternehmensregister (EHUG) neu eingefügten Vorschrift. Da die §§ 63 und 67 durch

Nummer 4 aufgehoben werden, war der Verweis in § 72a entsprechend anzupassen.

Zu Artikel 5 (Handelsgesetzbuch)

Zu Nummer 2

Klarstellung

Zu den Nummern 3 bis 6 (§§ 264, 289, 297, 315)

Mit der für den Wissensvorbehalt gewählten Formulierung „nach bestem Wissen“ wird auf der einen Seite zum Ausdruck gebracht, dass nur vorsätzliches und nicht auch fahrlässiges Handeln bei der Abgabe des Bilanzzeides bezogen auf die Richtigkeit der Angaben in den Unternehmensabschlüssen rechtliche Folgen auslösen soll. Auf der anderen Seite genügt es für die richtige Abgabe des Bilanzzeides aber nicht, wenn sich die zur Abgabe verpflichteten gesetzlichen Vertreter nur auf vorhandenes Wissen zurückziehen. Vielmehr haben sie sich grundsätzlich zu bemühen, ein möglichst vollständiges Wissen hinsichtlich der vorgeschriebenen Rechnungslegungsangaben zu erhalten. Dies entspricht der allgemeinen Sorgfaltspflicht, wonach die gesetzlichen Vertreter bei ihrer Geschäftsführung die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters anzuwenden haben (vgl. § 93 Abs. 1 AktG), und bekräftigt sie. Diese Pflicht gilt uneingeschränkt auch für den Bereich der Rechnungslegung. Ebenso werden die gesetzlichen Vertreter zu berücksichtigen haben, dass sie nach § 91 Abs. 2 AktG zur Einrichtung eines Risikoüberwachungssystems verpflichtet sind und dabei gewonnene Erkenntnisse einzubeziehen haben.

Zu Nummer 3 (§ 264)

Mit der ersten Änderung wird den Vorgaben der Transparenzrichtlinie Rechnung getragen, die in ihrem Artikel 8 Abs. 1 Buchstabe b eine dahingehende Ausnahme für Schuldemittenten vorsieht. Eine entsprechende Regelung, auf die nunmehr verwiesen werden kann, wird mit § 327a HGB im Rahmen des Gesetzes über elektronische Handelsregister und Genossenschaftsregister sowie das Unternehmensregister (EHUG) eingeführt.

Mit der Einführung des Wissensvorbehaltes wird einem Anliegen des Bundesrates Rechnung getragen.

Zu Nummer 4 (§ 289)

Mit der Einführung des Wissensvorbehaltes wird einem Anliegen des Bundesrates Rechnung getragen.

Zu Nummer 5 (§ 297)

Mit der ersten Änderung wird den Vorgaben der Transparenzrichtlinie Rechnung getragen, die in Artikel 8 Abs. 1 Buchstabe b eine dahingehende Ausnahme für Schuldemittenten vorsieht. Eine entsprechende Regelung, auf die nunmehr verwiesen werden kann, wird mit § 327a HGB im Rahmen des Gesetzes über elektronische Handelsregister und Genossenschaftsregister sowie das Unternehmensregister (EHUG) eingeführt.

Mit der Einführung des Wissensvorbehaltes wird einem Anliegen des Bundesrates Rechnung getragen.

Zu Nummer 6 (§ 315)

Mit der Einführung des Wissensvorbehaltes wird einem Anliegen des Bundesrates Rechnung getragen.

Zu Nummer 8a – neu – (§ 327a)

§ 327a, der durch Artikel 1 Nr. 24 des EHUG (Bundesratsdrucksache 693/06) mit Wirkung zum 1. Januar 2007 in das Handelsgesetzbuch eingefügt wird, enthält einen Verweis auf Artikel 2 Abs. 1 Buchstabe b der Transparenzrichtlinie. Dieser ist nunmehr durch einen Verweis auf die entsprechende Umsetzungsvorschrift im Wertpapierhandelsgesetz zu ersetzen. Keine inhaltliche Änderung.

Zu Nummer 9 (§ 331)

Mit der Änderung wird in Anlehnung an die Aussagedelikte in § 153 ff. StGB davon abgesehen, auch die Nichtabgabe des Bilanzeides unter Strafe zu stellen. Strafbar ist damit künftig nur eine unrichtige Abgabe des Bilanzeides.

Mit der Folgeänderung wird klargestellt, dass der Bilanzteil als Bestandteil des Jahresfinanzberichts und des Halbjahresfinanzberichts von den Ordnungswidrigkeitstatbeständen in § 39 Abs. 2 Nr. 19 und 20 WpHG erfasst wird.

Zu Nummer 9a – neu – (§ 340 Abs. 3)

Die Änderungen ergeben sich aus der Neufassung von § 10 Abs. 3 des Kreditwesengesetzes (KWG), wonach von einem Institut aufgestellte Zwischenabschlüsse künftig einer prüferischen Durchsicht durch den Abschlussprüfer zu unterziehen sind, wenn diese als Grundlage für die Ermittlung der bankaufsichtlichen Eigenmittelausstattung herangezogen werden. Die Streichung der Verweisung auf die Bestimmungen über den Jahresabschluss und § 340k HGB dient insoweit der Klarstellung.

Durch die Verpflichtung zur Anwendung der für den Jahresabschluss geltenden Rechnungslegungsgrundsätze wird zum Ausdruck gebracht, dass auf die unterjährig zu erstellenden Zwischenabschlüsse grundsätzlich die gleichen Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften anzuwenden sind wie auf den Jahresabschluss. Diese Vorschriften ergeben sich aus dem Handelsgesetzbuch, wenn auch der Jahresabschluss nach dem Handelsgesetzbuch aufgestellt wird. Dies gilt entsprechend für Abschlüsse, die nach den internationalen Rechnungslegungsstandards IAS/IFRS oder Rechnungslegungsstandards aus Drittstaaten erstellt werden. Darüber hinaus wird zum Ausdruck gebracht, dass die Zwischenabschlüsse nicht sämtliche Bestandteile eines vollständigen Jahresabschlusses enthalten müssen. Vielmehr wird z. B. bei Zwischenabschlüssen, die nach den IAS/IFRS aufgestellt werden, für ausreichend erachtet, dass den Anforderungen von IAS 34 entsprochen wird.

Mit den weiteren Änderungen wird die in § 37w Abs. 5 WpHG vorgesehene Regelung zur prüferischen Durchsicht von Halbjahresfinanzberichten grundsätzlich auch für die Zwischenabschlüsse im Sinne des § 10 Abs. 3 KWG übernommen. Im Rahmen des Gesetzentwurfs zur Umsetzung der neu gefassten Bankenrichtlinie und der neu gefassten Kapitaladäquanzrichtlinie wurde von einer Definition der prüferischen Durchsicht abgesehen und auf eine künftige

gesetzliche Regelung verwiesen (vgl. Bundestagsdrucksache 16/1335 S. 51). Eine dahingehende Regelung sieht nun § 37w Abs. 5 WpHG vor. Es erscheint sachgerecht, deren Inhalt für die vorgenannten Zwischenabschlüsse zu übernehmen. Damit werden die notwendigen ergänzenden Vorschriften zur näheren Bestimmung der prüferischen Durchsicht nach § 10 Abs. 3 KWG geschaffen. Die entsprechende Anwendung der Vorschriften über die Bestellung des Abschlussprüfers begründet keine Pflicht, den Prüfer für die prüferische Durchsicht jedes Zwischenabschlusses gesondert zu bestellen. Vielmehr wird es grundsätzlich für ausreichend erachtet, wenn der Prüfer einmal jährlich förmlich bestellt wird, um nicht nur die Abschlussprüfung, sondern unterjährig auch die prüferische Durchsicht der Zwischenabschlüsse vornehmen zu können.

Zu Nummer 9b – neu – (§ 340i Abs. 4)

Die Ergänzung in Satz 1 zu den Konzernzwischenabschlüssen stellt den Gleichlauf mit der entsprechenden Bestimmung des § 340a Abs. 3 in der Fassung des Gesetzes zur Umsetzung der neu gefassten Bankenrichtlinie und der neu gefassten Kapitaladäquanzrichtlinie her. Mit den weiteren Änderungen wird die Regelung in § 37w Abs. 5 WpHG grundsätzlich auch für Konzernzwischenabschlüsse nach § 10a Abs. 10 KWG übernommen. Insoweit wird auf die Begründung zu § 340a Abs. 3 verwiesen.

Zu Nummer 10 (§ 342b Abs. 2)

Die Ergänzung von Absatz 2 dient dazu, die Aufgaben und Befugnisse, die der Prüfstelle für Rechnungslegung auf der ersten Stufe des Enforcement-Verfahrens künftig bei der Prüfung von Halbjahresfinanzberichten zustehen, auf anlassbezogene Prüfungen nach Satz 3 Nr. 1 und 2 zu beschränken. Der verkürzte Abschluss und der Zwischenlagebericht, die als Bestandteile des Halbjahresfinanzberichts im Enforcement-Verfahren zu prüfen sind, unterliegen damit keiner stichprobenartigen Prüfung im Sinne des Satzes 3 Nr. 3.

Zu Artikel 6 (Artikel 62 des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuch)

Es handelt sich um redaktionelle Korrekturen sowie um Folgeänderungen zur Änderung der §§ 331, 340a Abs. 3 und des § 340i Abs. 4 HGB.

Zu Artikel 10 (Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz)

Zum Eingangssatz

Es handelt sich um eine rechtsförmliche Anpassung.

Zu Nummer 1 (§ 16 Abs. 4 Satz 3)

Durch diese Änderung wird die Vorschrift an den neu gefassten § 123 Abs. 1 AktG angepasst, in dem durch das Gesetz zur Unternehmensintegrität und Modernisierung des Anfechtungsrechts (BGBl. I S. 2802, 2808) anstelle der Monatsfrist eine 30-tägige Frist eingeführt worden ist.

Zu Nummer 2 (§ 30)**Zu Buchstabe a** (Absatz 1 Satz 1)**Zu Doppelbuchstabe aa** (Nummer 1)

Die Änderung entspricht einem Petikum des Bundesrates. Der vor dem Inkrafttreten des Übernahmerichtlinie-Umsetzungsgesetzes vom 8. Juli 2006 (BGBl. I S. 1426) geltende Wortlaut der Vorschrift wird wiederhergestellt. Die Richtlinie 2004/25/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 betreffend Übernahmeangebote (ABl. EU Nr. L 142 S. 12) verlangt keine wechselseitige Stimmrechtszurechnung der Konzerngesellschaften untereinander mit der Folge des Pflichtangebots. Sie sieht lediglich vor, dass die Aktionäre der Zielgesellschaft im Falle des Kontrollwechsels die Möglichkeit zum Austritt aus der Gesellschaft haben und dies nicht dadurch umgangen werden darf, dass der Bieter andere Gesellschaften seines Konzerns einschaltet.

Zu Doppelbuchstabe bb (Nummer 6)

Es handelt sich um eine rechtsförmliche Anpassung.

Zu Buchstabe b (Absätze 3 und 4)

Es handelt sich um eine rechtsförmliche Anpassung.

Zu Artikel 12a – neu – (Klageregisterverordnung)

Die Änderung ist Folge der in Artikel 12 vorgesehenen Änderung des § 1 Abs. 1 Satz 4 Nr. 5 des Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetzes. Sie dient der Aufrechterhaltung einer einheitlichen Terminologie in Gesetz und Verordnung.

Zu Artikel 14**Zur Aufhebung des bisherigen Artikels 14**
(Justizverwaltungskostenordnung)

Der bisherige Artikel 14 war aufzuheben, da die Einfügung der Nummer 502 bereits zum 1. Januar 2007 durch das Gesetz über elektronische Handelsregister und Genossenschaftsregister sowie das Unternehmensregister (EHUG) erfolgt.

Zum neu eingefügten Artikel 14 (Münzgesetz)

Mit Artikel 6 Nr. 3 des Gesetzes zur Reorganisation der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost und zur Änderung anderer Gesetze vom 14. September 2005 (BGBl. I S. 2746) wurde § 12 des Münzgesetzes neu gefasst und um einen Absatz erweitert.

Buchstabe a dient der Vervollständigung des Verweises in § 12 Abs. 1 und der sprachlichen Präzisierung der Vorschrift.

Buchstabe b korrigiert die Bezugnahme in § 13, da der frühere Absatz 2 des § 12 zu Absatz 3 geworden ist.

Zu Artikel 14a – neu – (Verordnung über die Herstellung und den Vertrieb von Medaillen und Marken)

Die Aufhebung ist erforderlich geworden aufgrund der inhaltlichen Neufassung der Ermächtigungsnorm im Münzgesetz (§ 10) durch Artikel 6 Nr. 2 des Gesetzes zur Reorganisation der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost und zur Änderung anderer Gesetze vom 14. September 2005 (BGBl. I S. 2746). Darüber hinaus werden einige der Regelungen dieser Verordnung nunmehr vom Anwendungsbereich der Verordnung (EG) Nr. 2182/2004 vom 6. Dezember 2004 über Medaillen und Münzstücke mit ähnlichen Merkmalen wie Euro-Münzen (ABl. EU Nr. L 373 S. 1) erfasst, mit der der Schutz der Euro-Umlaufmünzen einheitlich für den Euro-Raum sichergestellt wird. Vor diesem Hintergrund wurde nunmehr zum Zwecke der Neuordnung der Vorschriften zum Schutz deutscher Euro-Gedenkmünzen, die ein nationales Zahlungsmittel sind, am 31. Oktober 2005 eine neue Verordnung über die Herstellung und den Vertrieb von Medaillen und Münzstücken zum Schutz deutscher Euro-Gedenkmünzen (Medaillenverordnung) erlassen (BGBl. I S. 3117).

Zu Artikel 15 (Inkrafttreten)

Die Regelung über die Zurechnung von Stimmrechten im Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz steht nicht mit der Richtlinienumsetzung in Zusammenhang und soll deshalb sofort in Kraft treten.

Berlin, den 29. November 2006

Georg Fahrenschon
Berichterstatter

Nina Hauer
Berichterstatterin

Frank Schäffler
Berichterstatter